

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

184 · Februar 2006

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 99

Essay

MARCUS HAWEL

Negative Kritik und bestimmte Negation

Zur praktischen Seite der kritischen Theorie 101

Debatte Grundsicherung

SASCHA LIEBERMANN

Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffenland 110

Verfolgte Linke

SIEGFRIED PROKOP

Ernst Bloch und Wolfgang Harich im Jahre 1956 121

WOLFGANG HARTMANN

Der »Fall Noel Field«

Zum gleichnamigen Buch von Bernd-Rainer Barth 125

GERHARD WAGNER

Zwischen Mondschein und Gaslicht

Heine in der ästhetischen Kultur des Industriezeitalters 137

Lateinamerika heute

RAINA ZIMMERING

Frauenmorde und keine Aufklärung – die Frauen von Juárez 149

ERNESTO KROCH

Ein großes Experiment. In Uruguay regiert die Linke 162

Europa heute

JANE ANGERJÄRV

Geschlechtsbezogene Diskriminierung

von Frauen in Estland 168

SASCHA WAGENER Die Marxsche Verfassungskritik	176
Festplatte	
WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	180
Bücher & Zeitschriften	
Thomas Bach (Hrsg.): Schelling in Rußland. Die frühen naturphilosophischen Schriften von Daniil Michajlovic Vellanskij (1774-1847) (REINHARD MOCEK)	182
Anne Applebaum: Der Gulag (BERT GROSSE)	183
Robert Foltin: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich (BERND HÜTTNER)	185
Dieter Kelp, Jürgen Widera: Rheinhausen ist überall. Kirche als Anwalt der kleinen Leute (JURI HÄLKER)	185
Klaus Müller: Mikroökonomie – kritisch und praxisnah, mit Aufgaben, Klausuren und Lösungen (ULRICH BUSCH)	186
Jürgen Meier: »Eiszeit« in Deutschland (JÖRN SCHÜTRUMPF)	188
Summaries	190
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	192

VorSatz

Nachdem sich die neue Bundesregierung in einen brandenburgischen Ort namens Genshagen zurückgezogen hatte, um mit sich und ihren Ideen in Klausur zu gehen, bestand nach Verkündung der Ergebnisse die Gewissheit, dass sich auch unter Schwarz-Rot wenig am politischen Voluntarismus der jüngst zurückliegenden Jahre ändern wird. Denn wer verkündet, Elterngeldbeträge bis zu 67% des letzbezogenen Nettolohnes, höchstens jedoch bis zu 1 800 Euro (!) zahlen zu wollen, der muss in dem Glauben leben, in diesem Land sprössen die wohldotierten Jobs aus dem guten deutschen Boden oder wüchsen an den starken deutschen Eichen. Da mutet zumindest die Debatte um Kombilöhne und Mindestlohntarife nicht zynisch an. Wobei ich mir die Unterstellung von Ehrlichkeit in Richtung staats-tragender Politik lieber erspare. Und noch eine Gewissheit ist gewonnen: Schwarz-Rot in Deutschland ist leider kein anarchistisches Projekt.

Auch im Jahr 2006 geht es – der Gewissheiten kein Ende – um »Weichenstellungen für die Zukunft«, »Reformen, die den Sozialstaat für alle leistungsfähig erhalten sollen«, »Schaffung von Investitionsanreizen« etc. Man mag es kaum glauben, da man es besser zu wissen meint. Und bevor der Leser resigniert die Zeitung zuschlägt und bestenfalls zum Anfeuern seines aufgrund permanent steigender Gaspreise wieder in Betrieb genommenen Ofens benutzt, sollte man – der kleine Werbeblock in eigener Sache – lieber von vornherein diese Zeitschrift zur Hand nehmen und sich mit der kritischen Reflexion utopischer Potentiale in der Politik (Hawel) auseinandersetzen, das kritische Potential linker Politik in Uruguay (Kroch) reflektieren oder der fortgesetzten Debatte um die »linke Utopie« einer allgemeinen sozialen Grundversicherung (Liebermann) nachspüren. Oder man folgt Heinrich Heines politischer Fährte (Wagner), gelangt zu Noel Field (Hartmann) und von dort zu Ernst Bloch und Wolfgang Harich im Jahre 1956 (Prokop). Oder, oder, oder...

Apropos 1956. Vor 50 Jahren, in der alten Siegerrepublik wirtschaftswunderte man fleißig vor sich hin, in der »Zone« waltete noch das Prinzip Hoffnung und ein Kollege vom »Neuen Deutschland« schrieb parteilinienerkehrt, da sprach man (beiderseits) ebenfalls von Lohnerhöhungen, vom Ausbau des Sozialstaats, von in die Zukunft weisenden Investitionen. Und irgendwie beschleicht mich der Verdacht, dass Konrad Adenauer und Walter Ulbricht ihren politischen Zielen näher waren als Angela Merkel und ihre Wasserträger von der SPD heutzutage. Womit ich wieder bei Genshagen wäre.

Im Gegensatz zu aktueller Politik können Utopien wirklich in die Zukunft weisen. Ihre negativen Varianten, die Dystopien, warnen hingegen und enthüllen häufig in ihrer Wirkung fatale Tendenzen und Trends aktueller politischer Entwicklungen. Nun erinnert Genshagen 2006 nur schwerlich an das Orwellsche 1984. Jedoch verweist der Sprachgebrauch moderner Politik zunehmend in die Vergangenheit, nämlich direkt in Richtung des Orwellschen 1984. Was Rot-Grün mit sprachlichen Verzerrungen wie den »Sozialreformen« oder den »humanitären Interventionen zum Schutz der Rechte der Frauen in Afghanistan« begann, wird Schwarz-Rot nahtlos fortsetzen und noch verstärken. So tun sich die Minister der konservativ-christlichen Parteien bereits hervor, indem z. B. der neue Innenminister Wolfgang Schäuble den Einsatz der Bundeswehr während der Fußballweltmeisterschaft zum Schutz der Bevölkerung vor terroristischen Angriffen fordert. Und bald marschieren die Truppe dann gegen friedliche Demonstranten, was von Schäuble voraussichtlich als Maßnahme zur Wiederherstellung der freiheitlich demokratischen Grundordnung bezeichnet werden wird. Horst Seehofer, seines Zeichens Nachfolger der Grünen Renate Künast im Agrar- und Verbraucherschutzministerium – von den Mainstreammedien ganz offensichtlich häufig zu Unrecht als der vermeintlich linke Rand der Christsozialen dargestellt; ein schickes Image, alle Achtung –, fordert die Gleichberechtigung der Landwirte und ihrer Produktionsweisen. Ob chemo oder öko ist dem Verbraucher, dem kaum ein Cent in seinem Portemonnaie bleibt, doch egal, denkt der Herr Minister sicherlich. Nachhaltigkeit scheint lediglich noch ein Terminus bei der Billig-Versorgung der Bevölkerung mit pharmazeutisch präpariertem, pardon: verseuchtem Fleisch zu sein. Und Michael Glos, der politische Chefökonom von Merkels Gnaden, wird sein Süppchen mit der Atomindustrie schon zu kochen wissen. Man darf gespannt sein, wie der Vizekanzler Franz Müntefering und sein Trupp darauf reagieren. Müntefering bewies seine strategischen Fähigkeiten zur Genüge, als er die Neuwahlen ausrief. Das Ergebnis ist bekannt. Schröder ist seinen Job als Kanzler los und baut bald Pipelines, »uns Münte« verlor seinen als Parteivorsitzender, »den schönsten Job neben dem Papstberuf« und vermerkt die Genossen, die SPD wurde durch den Wähler vom Senior zum Junior degradiert, aber das spielt eigentlich keine Rolle mehr. Angesichts solcher übertragener Fähigkeiten, solide in die Zukunft zu planen und zu investieren sowie ein optimales Ergebnis für alle Beteiligten zu erreichen, sieht man mit Gewissheit einem mit politischen Euphemismen jeder Couleur angereicherten Jahr 2006 entgegen. Gewiss: Aufgaben zur Genüge für die Linke in diesem Land. Ich jedoch werde sicherheitshalber erst einmal bei Orwell nachlesen und einen weiten Bogen um Genshagen schlagen.

MARTIN SCHIRDEWAN

MARCUS HAWEL

Negative Kritik und bestimmte Negation

Zur praktischen Seite der kritischen Theorie

Zum Verhältnis von Theorie und Praxis

Der Rekurs politischer Praxis auf Gesellschaftstheorie ist sinnvoll, wenn die Verhältnisse erfolgreich vorwärts schreiten sollen. Praxis ist nicht frei zu wählen. Eine bestimmte Praxis erfolgt notwendig aus der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen eine bestimmte Praxis als Negativ bereits angelegt ist. Auch die Philosophie ist nicht frei in der Wahl ihrer Prinzipien, wenn es darum geht, Wirkmacht zu entfalten. Die Prinzipien sind gebunden an den Boden gegenwärtiger gesellschaftlicher Widersprüche. In diesem Sinne hat, wie Heinrich Heine sagt, die Philosophie ihre Mission zu erfüllen. Wenn Philosophie auch heute ihre Mission zu erfüllen hat, dann muß man sich mit dem Boden und der Zeit auseinandersetzen, auf dem und in der sie entsteht.

Mit der Reflexion des Verhältnisses von Theorie und Praxis zeigt die Theorie ihre praktische Seite – vor allem auch *negativ*, weil sie sich einer bestimmten Praxis durchaus verweigern und zugleich mit ihr arrangieren muß. Denn die Praxis erfolgt auf dem Feld der *Realpolitik*, das einerseits eher theoriefeindlich ist, aber andererseits das einzige Feld ist, auf dem Praxis überhaupt möglich ist. Wer sich der Realpolitik entzieht, ist praxisabstinent. Aber Realpolitik orientiert sich nicht bewußt an theoretischen Idealen, sondern am real Gegebenen; sie nimmt Zweck-Mittel-Kalkulationen vor, ist instrumentelle Vernunft, die den Zweck und den Einsatz der Mittel ausschließlich nach den Kriterien des Erfolges, Profits, Nutzens und der Macht abwägt und dabei nicht weit in die Zukunft schaut. Politik aber ist nur dann auf kurze Sicht richtig, heißt es bei Manès Sperber, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist.

Realpolitik ist abstrakt, d. h. mehrfach vom Gesamtzusammenhang isoliert; sie verliert das Ganze sowohl strukturell als auch örtlich und zeitlich aus dem Blick. Das Ganze degeneriert in der realpolitischen Logik zur Summe seiner Teile, jedes für sich wird gleichsam als ein eigenständiges System behandelt, als gäbe es kein zusammenhängendes Ganzes. Die zeitlichen Dimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden eindimensionalisiert: zur Gegenwart eingeebnet. Realpolitik macht keine utopischen Zukunftspläne, bedenkt nicht *historische Schranken* von geschichtlich Gewachsenem, verhält sich ahistorisch und agiert nur spontan im Handgemenge des *hic et nunc* auf dem Niveau des gesunden Menschenverstandes. Damit scheitert Realpolitik, weil sie nur kurzfristige Konzepte besitzt und genauso von der geschichtlichen Schubkraft überfordert ist wie vom utopisch Erforderlichen.

Marcus Hawel – Jg. 1973, Dr. (des), Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft in Hannover. Promotion über »Die normalisierte Nation – Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik«. Stipendiat der Hans Böckler Stiftung. Mitherausgeber der online-Zeitschrift »Sozialistische Positionen« (www.sopos.org). Seit 2005 im Vorstand des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Niedersachsen e.V. marcus.hawel@gmx.de Veröffentlichungen u. a.: Arbeit und Utopie. Oskar Negt zum 70. Geburtstag, hrsg. zusammen mit Tatjana Freytag, Frankfurt a. M. 2004; Die Bundesrepublik im Umgang mit Verbrechen des Nationalsozialismus – Eine verstrickte »Erfolgsgeschichte«, in: Tel Aviver Jahrbuch, hrsg. v. Moshe Zuckermann, 2005.

Einführungsvortrag für den dritten Tag des Kongresses zu konkreter Utopie und realpolitischer Intervention »Die Möglichkeiten einer anderen Welt« vom 7.-9. Oktober 2005 an der Universität in Hannover – veranstaltet von der online-Zeitschrift »Sozialistische Positionen« (www.sopos.org) und der Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M. 1988, S. 42.

2 Marcus Hawel: Ein Begriff muß bei dem Worte sein. Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften, in: Zeitschrift für kritische Theorie, Nr. 18/19, 2004, S. 73-79; S. 76.

3 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 3, Frankfurt a. Main 1959, S. 1602.

4 »Die höchst entwickelte Form des utopischen Bewußtseins ist dann erreicht, wenn die utopische Sehnsucht einer realen geschichtlichen Tendenz entspricht, wenn sich also die Hoffnung mit der Erkenntnis dieser Tendenz verbindet und praktisch wird. Dann liegt nicht bloß abstrakte Utopie vor, und diese verkörpert sich für Bloch vor allem im Marxschen Praxisziel der »Humanisierung der Natur« und der »Naturalisierung des Menschen.« – Gunzelin Schmid-Noerr: Bloch und Adorno – bildhafte und bilderlose Utopie, in: Zeitschrift für kritische Theorie, 13/2001, S. 25-55; S. 49.

5 Vgl. Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 1, a. a. O., S. 284.

Die Prinzipien der Realpolitik müssen der Kritik unterzogen werden; aber wir können sie nicht abstrakt negieren, müssen uns auf sie einlassen, weil ansonsten die Theorie gleichermaßen ihre Wirkmacht wie auch ihren Wahrheitsgehalt verliert. Das ist ein schwieriges Unterfangen, da die theoretische Vernunft auf dem Feld der Realpolitik nicht besonders willkommen geheißen, sondern eher ausgegrenzt wird. Den Gesellschaftstheoretikern wird zu oft vorgeworfen, sich außerhalb von Gesellschaft in ihren Elfenbeintürmen aufzuhalten. Ihre Distanz zum Betrieb, zur Politik wird ihnen angekreidet. Verläßt aber der Gesellschaftstheoretiker seinen Elfenbeinturm, um sich der politischen Intervention zu widmen, wird ihm entgegnet: das gehöre nicht hierher. Das sei doch Theorie. »In dem Gemeinspruch: »das gilt für die Theorie taugt aber für die Praxis kaum«, wird das Primat der Umsetzung emanzipatorischer Ideale als utopistisch verschrien. In ihm kommt eine bereits langwährende perpetuierte Trennung von Theorie und Praxis, in der geistige Arbeit nicht mehr als Praxis begriffen wird, weil sie nicht körperlich ist, zum Ausdruck. Der Theorie wird der Status der Arbeit aberkannt, und zugleich wird sie als unnützlich denunziert. Richtig ist, daß eine inhaltliche Differenz zwischen Theorie und Praxis aufgrund vorangeschrittener Arbeitsteilung besteht, die aber vor allem auch in ihrer personalen Getrenntheit wieder aufgehoben werden sollte. Die Getrenntheit aufrechtzuerhalten bedeutet Verarmung des Denkens und Handelns zugleich, »die Trennung beider Bereiche läßt beide als beschädigte zurück.«¹ (...) Der Schaden, der durch die Trennung von Theorie und Praxis entstanden ist, wird beseitigt, indem die Theorie sich in der Praxis als wahr erweisen muß.«²

Es ist aber zunächst nicht die Aufgabe der Theorie, einen Hund hinter dem Ofen hervorzulocken. Theorie kann überhaupt nur bestehen in Abgrenzung zur Praxis. In der Spontaneität ist naturwüchsig das Bewußtsein mit Handeln verknüpft. Erst mit der Kontrolle von Affekten ermöglicht sich die Distanz zur naturwüchsigen Betriebsamkeit. Denken entwickelt sich durch aufgeschobenes oder verzichtetes Handeln. Und das Resultat des Denkens ist die Theorie; sie macht erst aus dem Handeln eine Praxis: begriffene, reflektierte Tat. Die Trennung von Denken und Handeln ist hier notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Theorie und Praxis. Will aber die Theorie nicht bloß interpretieren, sondern als kritische auch verändern, ist sie auf die Praxis angewiesen. Sie muß, nachdem sie sich an der zeitlichen und räumlichen Trennung von Denken und Handeln bereichert hat, diese Trennung wieder aufheben.

Die Wahrheit ist unteilbar; sie läßt sich nicht irgendwelchen Partikularinteressen unterordnen, ohne daß sie ihren Gehalt verliert. Wahrheit ist nur als Ganzes zu haben. Das Ganze ist das Wahre, schreibt Hegel, aber das Ganze besteht nicht nur aus der Interpretation der Welt oder dem »Philosophischwerden der Welt im Buch«³, sondern auch aus dem Primat der gesellschaftlichen Veränderung. Wahrheit ist demzufolge in der Einheit aus Theorie und Praxis zu fassen. Darauf zielte die elfte Feuerbachthese von Marx – und Bloch spitzt die These sogar noch weiter zu, um sie seinem Begriff von *konkreter Utopie* zentral einzuverleiben⁴: Richtig interpretiert ist die Welt erst dann, wenn sie auch verändert wird.⁵ Und man könnte in Anlehnung

an Adorno, der mit seinem Diktum »Das Ganze ist das Unwahre« auf Hegel antwortete, formulieren: Die Verhältnisse sind nur dann wahr, wenn sie nicht nur richtig interpretiert, sondern auch verändert werden. Wahre Verhältnisse müssen mithin erst noch geschaffen werden. Wahrheit wird hier verstanden als Noch-Nicht-Sein; aber nur bezogen auf die reale Möglichkeit der Veränderung, d. h. der Veränderbarkeit der Verhältnisse: »Nur wenn, was ist, sich ändern läßt, ist das, was ist, nicht alles«⁶, heißt es in der *Negativen Dialektik* von Adorno.

Gerade, weil es bei Marx darauf ankommt, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern, hat Kritik ein praktisches Primat. Die »Waffe der Kritik« kann, wenn sie in Gestalt der Theorie die Massen ergreift, zur materiellen Gewalt werden und ihr praktisches Primat im Sinne gesellschaftlicher Veränderung erfüllen.⁷ Parteinahme der Kritik in der Politik stellt sich für Marx nicht als Widerspruch zur Wissenschaft dar. Solche Parteinahme muß allerdings *in actu* geschehen, sie wäre ansonsten einfach in den Wind geschrien und nicht gehört. Bequem sich der Wissenschaftler, sein Urteil erst nach der Wissenschaft zu fällen, ergeht es ihm wie der minervischen Eule Hegels, die erst mit einbrechender Dämmerung ihren Flug beginnt.⁸

Das Moment von Spontaneität ist geboten, wollen kritische Wissenschaftler in den Prozeß gesellschaftlicher Entwicklung eingreifen, damit dieser vernünftig organisiert werde. Der Spontaneität gerecht zu werden, bedeutet zunächst, die Dialektik von Agitation und Aufklärung zu erkennen; schließlich mit Phantasie in gesellschaftliche Prozesse einzugreifen, ohne ihre Abschlüsse in der empirischen und begrifflichen Wirklichkeit abzuwarten. Man muß von der Dialektik zwischen Agitation und Aufklärung schreiben dürfen, ohne gleich als Leninist sich verdächtig zu machen. Es soll nicht darum gehen, Theorie als Mittel der Demagogie und Propaganda zu begreifen, die marxistische Wahrheiten enthüllen soll. Das Verhältnis von Theorie zur Praxis darf nicht als technisches verstanden werden; ansonsten würde Theorie zum bloßen Handlungskatalog verkommen und als Instrumentarium wie Knetmasse dem gesellschaftlichen Sein und Seinsollen sich geschmeidig machen.⁹ Theorie orientiert sich nicht an bloßer Praxis, sondern bezieht sich auf den Gegenstand; wohl aber sollte die Praxis sich an der Theorie orientieren. Spontaneität in der Wissenschaft bezüglich des praktischen Primats der Kritik bedeutet zugleich, Theorie auf Praxis anzusetzen: Soziale Bewegungen kommen sehr häufig ohne Orientierung an Theorie zustande. Die Wahrscheinlichkeit, daß solche Bewegungen deshalb nicht progressiv sind, ist sehr groß. Die Kraft sozialer Ideen ist indessen aber nicht zu überschätzen; ihr Zustandekommen steht im gleichen Kontext wie das Entstehen sozialer Bewegungen. Einen kausalen Zusammenhang im Sinne von Ursache und Wirkung gibt es zwischen Theorie und Praxis nicht. Die Kraft sozialer Ideen soll nicht geleugnet werden, aber auch sie sind zunächst ebenso wie soziale Bewegungen im materialistischen Sinne Produkt gesellschaftlicher Ursachen, und beide wirken erst sekundär aufeinander.

Eine Utopie kann nicht aus dem Nichts geschaffen werden. Oder was dasselbe nach Blochs Worten meint: Aus dem Nichts entsteht

6 Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*, in: GS, Bd. 6, Frankfurt a. Main, S. 391.

7 Vgl. Karl Marx: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

8 Vgl. G. W. F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt a. Main 1970, S. 27 f.

9 Vgl. Th. W. Adorno: *Negative Dialektik*, a. a. O., S. 206.

10 Vgl. Ernst Bloch: Subjekt – Objekt. Erläuterungen zu Hegel, Frankfurt a. Main 1962, S. 17.

11 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 260.

12 Ebenda, S. 159.

13 Michael Jäger: Wer »mehr« will, will weniger. Radikale Veränderung. Warum ist es so schwer, über den Kapitalismus hinaus zu denken?, in: Freitag, Nr. 35 vom 2. 9. 2005.

14 Vgl. Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a. a. O., S. 165.

15 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 35.

nur etwas, wenn es in ihm angelegt ist.¹⁰ »Mögliches ist partiell Bedingtes«, sagt Bloch, »und nur als dieses ist es möglich.«¹¹ Im Nichts ist damit bereits schon etwas Seiendes als Noch-Nicht, d. h. als Anlage. Auf diese Anlage im Seienden, in den bestehenden Verhältnissen kommt es an; sie ist zu suchen und zu finden und zu entwickeln. Wo dagegen etwas absolut Neues unvermittelt, d.h. abstrakt (es kann nicht konkret sein) werden soll, haben wir es mit einer »schlechten Unendlichkeit« zu tun; »wo alles immer wieder neu sein soll, bleibt ebenso alles beim alten.«¹² Es kann nicht, wie Michael Jäger in seinem Freitag-Beitrag ganz richtig schreibt, um radikale Kritik in dem Sinne gehen, daß das Bestehende absolut zu negieren sei, weil das ganz Andere absolut nichts mit dem Bestehenden zu tun habe. Jäger fragt: »Was wäre eigentlich ein Systemwechsel? Woran erkennt man, daß etwas eine radikale Veränderung ist? Es ist klar, die (...) Denkversuche (der absoluten Kritik; MH) messen den Wechsel am Übergang vom Einen zum ganz Anderen. Ein totaler Schnitt soll das Neue vom Alten trennen. Wo er nicht stattfindet, bleibt man im Alten. Stimmt das?«¹³ Das stimmt natürlich nicht, und Jäger stellt zu Recht einen solchen Standpunkt, der unter Radikalität »vernichtende Kritik« versteht, in einen reaktionären Kontext. Aber ich weiß nicht, ob man deshalb gleich bei konstruktiver Kritik angelangen muß und »wirkliche Radikalität« nur darin bestehe, z. B. für das Unternehmertum ein »Berufsausübungsrecht« zu fordern, das moralischen und politischen Druck ausübt, weil es bei Mißbrauch aberkannt werden kann und zu Berufsverbot führt. Da scheint doch ungewollt von ihm in allzu vehementer Abgrenzung zur absoluten Kritik eine »Froschperspektive« eingenommen worden zu sein, von der aus der allzu phantasievolle Blick abstrakten Utopisierens sich nicht berichtigen läßt, ohne dem Praktizismus oder gar dem »Bourgeois->Realismus«, wie es Bloch nennt, zu verfallen.¹⁴ Zweifel sind auch angebracht, ob das zwingende Gegenteil zu vernichtender Kritik eben die konstruktive sei. Die Kritik muß *negativ* sein, wenn sie sich nicht am schlechten Ganzen und an dessen Aufrechterhaltung durch Reformierung mitschuldig machen möchte, wie es bei Adorno heißt.

Die Idee einer befreiten Gesellschaft ist notwendig eine negative Utopie. Freiheit kann kein Zustand sein, der sich nach einem positiven Ideal einrichten läßt. Freiheit bedeutet in der Praxis Befreiung; sie vollzieht sich durch die Dialektik der Aufhebungen. In diesem Sinne ist der Sozialismus die »wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung«¹⁵. Die Bewegung nach vorwärts kann nur nach denjenigen Bedingungen verlaufen, wie der bestehende Zustand sie definiert: als Praxis dialektischer Aufhebungen, d. h. als bestimmte Negation. »Denken heißt Überschreiten. So jedoch, daß Vorhandenes nicht unterschlagen, nicht überschlagen wird. Weder in seiner Not, noch gar in der Bewegung aus ihr heraus. Weder in den Ursachen der Not, noch gar im Ansatz der Wende, der darin heranreift. Deshalb geht wirkliches Überschreiten auch nie ins bloß Luftleere eines Vor-uns, bloß schwärmend, bloß abstrakt ausmalend. Sondern es begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es gleich, um freigelegt zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt. Wirkliches Überschreiten

kennt und aktiviert die in der Geschichte angelegte, dialektisch verlaufende Tendenz.«¹⁶

Die dieser Bewegung entsprechende Methode ist die immanente Kritik; sie erstellt keinen Katalog für die Praxis. Kein Dogma, keine Wahrheit, die als Abstraktion aus der reinen Vernunft gewonnen wäre, hält sie der Welt vor, sondern knüpft an die Bedürfnisse der Menschen, an ihre Kämpfe an, denn die immanente Kritik versteht sich als säkularisierte Philosophie. Damit ist die Theorie kritisch in die Praxis involviert; sie ist rücksichtslose Kritik alles Bestehenden und fürchtet sich genauso wenig vor den Konsequenzen ihrer Resultate wie vor dem Konflikt mit den herrschenden Mächten, wie es bei Marx in seinem Brief an Ruge heißt.¹⁷

Die Frage nach dem politischen Subjekt

Jede Theorie, die sich als politisch versteht und darauf hofft, zur materiellen Gewalt zu werden, indem sie von den Massen ergriffen wird, muß für sich und nach außen glaubwürdig geklärt haben, von welchen Massen die Rede ist. Der wirkungsvolle politische Eingriff in die gesellschaftlichen Verhältnisse bleibt aus, wenn die theoretische Botschaft zu ungenau adressiert ist – oder unkontrolliert, wenn sie einfach als Flaschenpost in das große Meer der Öffentlichkeit geworfen wird in der Hoffnung, irgendwann wird irgendwer sie schon entkorken.

Der an der Theorie orientierte politische Eingriff kann nur durch ein geschichtliches Subjekt der Gesellschaft erfolgen, dessen Zusammenhalt größer ist als die Kraft der Vereinzelung. Vereinzelte Einzelne lassen sich für unkontrollierte Revolten begeistern, aber nicht für eine Revolution. Wo hat sich in den Zentren der fortgeschrittenen Industriestaaten dieser Welt das Proletariat versteckt, das heute seinen Einsatz verpaßt? An sich besteht es noch, aber nur so abstrakt, wie es die Verortung im Produktionsprozeß als Nicht-Eigentümer der Produktionsmittel festlegt. Objektiv aber spricht alles dafür, daß »die Unterdrückten, heute nach der Voraussage der Theorie die übergroße Mehrheit der Menschen, sich selber nicht als Klasse erfahren können.«¹⁸

Klassenbewußtsein und Klassenkampf entwickeln sich spontan und hängen von der materiellen Lage der betroffenen Menschen ab. Wer glaubt, fürs Klassenbewußtsein müßten die Lohnabhängigen oder Arbeitslosen zunächst wenigstens die ersten hundertfünfzig Seiten des *Kapital* gelesen haben, unterschätzt die eigendynamische Kraft innerhalb der subalternen Klassen z. B. an der Peripherie – etwa in Lateinamerika –, die ganz gut ohne das *Kapital* auskommen können, wenn es darum geht, assoziative Strukturen gegen das Kapital zu organisieren. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt umgekehrt, daß die Motivation der Beherrschten, das Kapital zu studieren, bereits Klassenbewußtsein zur Voraussetzung hat.

Eine kritische Wissenschaft kann angesichts dessen nur die Aufgabe haben, in soziale Kämpfe derart einzugreifen, daß sie der kämpfenden Welt zeigt, wie Marx schreibt, warum diese eigentlich kämpft: »das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.«¹⁹ Klassenbewußtsein weiß um seine Stellung im Produktionsprozeß und sich mit anderen gemeinsam dieses

16 Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd.1, a. a. O., S. 2.

17 Vgl. Karl Marx: Brief an Ruge, in: Briefe aus den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« (1844), in: MEW, Bd. 1, Berlin 1972, S. 345.

18 Th. W. Adorno: Reflexionen zur Klassentheorie, in: Soziologische Schriften Bd. 1, Frankfurt a. Main 1979, S. 377.

19 Marx: Brief an Ruge, a. a. O., S. 345 f.

Schicksal teilen: daß das bestehende Produktionsverhältnis jene Ungleichheit und Entfremdung produziert, an denen gelitten wird. Sozialistisches Bewußtsein kennt die Hintergründe, Genesis und Geltung des Kapitals. Es weiß um die staatliche Gewalt und bürgerliche Gesetzgebung, die die Aufrechterhaltung des Produktionsverhältnisses als Herrschaftsformation stabilisieren sollen und arbeitet sowohl begrifflich als auch praktisch an der Bedingung der Möglichkeit zur Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung und Entfremdung.

Aber bei allen sympathisch anmutenden Vorsätzen, das sozialistische Klassenbewußtsein vermitteln zu wollen – vielleicht auch im weniger sympathischen Verständnis von Kautsky, daß das moderne sozialistische Bewußtsein nur aufgrund tiefer wissenschaftlicher Einsicht entstehen könne und demzufolge es in den Klassenkampf von außen hineingetragen werden müsse, wo die Verhältnisse es zulassen,²⁰ darf nicht übersehen werden, daß es in Europa und den USA *objektive* Gründe dafür gibt, warum »die übergroße Mehrheit der Menschen sich selber nicht als Klasse erfahren können« (Adorno). Aufklärung stößt hier an ihre Grenzen, wenn sie die objektiven Veränderungen des Kapitalismus ignoriert.

Der Versuch der Restauration bürgerlicher Gesellschaft nach den gescheiterten Revolutionen, nach dem Faschismus in Europa, nach Auschwitz erweckte den Anschein, als könne die Gesellschaftstheorie dort bedingungslos an Marxens Geist der Revolution anknüpfen.²¹ Aber dem war nicht so. Es kam nunmehr darauf an, die Begriffe in den gewandelten Verhältnissen, die von der kritischen Theorie mit dem Terminus Spätkapitalismus benannt wurden, auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen. »Mißt man die Marxschen Begriffe nicht an der Entwicklung des Kapitalismus und zieht man daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen für die politische Praxis, so erstarrt die Marxsche Theorie zum mechanisch wiederholten ›Grundvokabular‹, zu einer versteinerten Rhetorik, die kaum noch Bezug zur Realität hat.«²² Die Veränderung der Gestalt des Kapitalismus muß sich in den dialektischen Begriffen einer kritischen Theorie, mit denen die Wirklichkeit erfaßt wird, niederschlagen, oder die Theorie, die mit veralteten Begriffen hantiert, bleibt in einem Dogmatismus verfangen, der die veränderten Verhältnisse kaum auf den Begriff bringen und deshalb wenig emanzipatorischen Einfluß auf den weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Verhältnisse nehmen kann.

Die veränderte Erscheinung des heutigen Kapitalismus gegenüber der des 19. Jahrhunderts ist nicht damit abzutun, daß es sich um eine bloß akzidentielle Veränderung handelt. Man muß schon ein sehr hohes Abstraktionsniveau aufrechterhalten, um die Substanzbestimmungen des Allgemeinen kapitalistischer Produktionsweise und bürgerlicher Gesellschaft als unumschränkt gültig auch für die gegenwärtige Gesellschaft zu behaupten. Solche Hypostasierung von *abstracta* in der Wirklichkeit – das wußte bereits Hegel – zerstört die Wirklichkeit. Der Blick auf Gesellschaft ist dann zudem so allgemein, daß er kaum als wissenschaftlich bezeichnet werden kann: Er plaudert zu Platitüden gewordene Wahrheiten aus und überläßt die *differentia specifica* dem Zufall, über den man keine weitere wissenschaftliche Aussage fällen kann als diese: daß im Zufall nichts Allgemeines steckt. Frühkapitalismus und Spätkapitalismus sind aber

20 Vgl. Karl Kautsky: Revision des Programms der Sozialdemokratie in Österreich, in: Neue Zeit, XX (1902/03), Bd. 1, zit. n.: Bernd Leineweber: Intellektuelle Arbeit und kritische Theorie. Eine Untersuchung zur Geschichte der Theorie in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1977, S. 63.

21 Vgl. Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus (1987), Frankfurt a. M. 1994, S. 76.

22 Herbert Marcuse: Konterrevolution und Revolte (1972), Frankfurt a. M. 1973, S. 44.

nicht bloß zwei Seiten derselben Medaille, und die Wahrheit der Kritik der politischen Ökonomie trifft auf beide gleichermaßen zu, sondern die unterschiedliche Benennung verweist auf zwei unterschiedene Vergesellschaftungsweisen, deren Differenz in der Konkretion größer ist als ihre abstrakte Gleichheit. Die politische Ökonomie ist heute viel weniger politisch als ökonomisch. (Ihre Auswirkungen sind im Zentrum von einer anderen Qualität als an der Peripherie. Demzufolge kann im übrigen auch die Übernahme von antikapitalistischen Praxisformen, die an der Peripherie ihre Wirkmacht entfaltet haben, nicht gelingen.)

Ihr Recht auf Geltung verschafft sich die Marxsche Philosophie dennoch im Bewußtsein der Beherrschten, weil die Philosophie sich am Leben erhält, wie Adorno schreibt, da »der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward.«²³ Aber Marx konnte noch von der »Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten«²⁴ schreiben. Das Bürgertum produzierte seine eigenen Totengräber: die ständig größer werdende Klasse des Proletariates, deren bloße Existenz bereits die Negation des Bestehenden darstellte, weil sie qua ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen kein objektives Interesse an der Aufrechterhaltung des Bestehenden entwickeln konnte und nichts zu verlieren hatte außer ihren Ketten. Das Proletariat in den Metropolen war deshalb revolutionäres Subjekt in der Marxschen Theorie, das »mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses« die »Stunde des kapitalistischen Privateigentums« schlagen lasse.²⁵ Die Lohnabhängigen in Europa und den USA sind aber heute keineswegs mehr die Negation des Bestehenden. Die Disziplinierung der einzelnen durch Institutionen ist dort zu einer bürokratischen Herrschaftstechnologie zur Aufrechterhaltung des *status quo* geworden, die eingesetzt wird, um soziale Kämpfe zugunsten der herrschenden Ordnung zu entscheiden.

Durch diese Herrschaftstechnologie kam das zustande, was Marcuse als Verbürgerlichung der Arbeiterklasse bezeichnete.²⁶ Die Verbürgerlichung ging einher mit der Veränderung in der Gestalt der Ausbeutung, worin allemal der Grund dafür verborgen liegt, warum heute die Revolution in den kapitalistischen Zentren nicht auf der Tagesordnung steht. »Die Proletarier haben mehr zu verlieren als ihre Ketten. Ihr Lebensstandard hat sich gegen die englischen Zustände vor *mehr als hundertfünfzig* Jahren, wie sie den Autoren des Manifests vor Augen standen, nicht verschlechtert sondern verbessert. Kürzere Arbeitszeit, bessere Nahrung, Wohnung und Kleidung, Schutz der Familienangehörigen und des eigenen Alters, durchschnittlich höhere Lebensdauer sind mit der Entwicklung der technischen Produktivkräfte den Arbeitern zugefallen.«²⁷ Aber auch wenn es so erscheint, als wäre damit der Verelendung längst Einhalt geboten worden, kann die Philosophie nicht als anscheinend verwirklichte sich dem Dornröschenschlaf hingeben. Mit Agenda 2010 und Hartz IV ist der Prozeß der stetigen Besserstellung der Lohnabhängigen in seiner Rückläufigkeit manifest geworden. Für das große Heer der Arbeitslosen und den drop outs ist der Verelendungsprozeß ohnehin seit längerem voll im Lauf. – Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. – Und außerhalb der Welt der fortgeschrittenen Industriestaaten sowieso.

23 Adorno: Negative Dialektik, a. a. O., S. 15.

24 Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, a. a. O., S. 390.

25 Vgl. Marcuse: Konterrevolution und Revolte, a. a. O., S. 49 f.

26 Vgl. Herbert Marcuse: 33 Thesen, in: Feindanalysen, hrsg. von Peter-Erwin Jansen mit einem Vorwort von Detlev Claussen, Lüneburg 1998, 11. These, S. 133.

27 Adorno: Reflexionen zur Klassentheorie, a. a. O., S. 384.

Soziale Konflikte sind trotz systematischer Domestikationsversuche bis auf den heutigen Tag ein immer wiederkehrendes Phänomen. Der Klassenantagonismus produziert sie mit lässiger Regelmäßigkeit. Auch im Spätkapitalismus löst der produzierte Mangel an Befriedigung individueller Bedürfnisse im Menschen Ängste aus, die sich in Aggression umwandeln, nach außen gelenkt werden und sich vielleicht immer seltener als Triebpotential für den Konkurrenzmechanismus gesellschaftlich durch repressive Moral im Sinne des sozialen Zusammenhalts einbinden lassen können.²⁸

28 Vgl. Herbert Marcuse, A. Rapoport, K. Horn u. a.: *Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft*, Frankfurt a. M. 1968, S. 16. – Siehe auch Wolfram Stender: *Kritik und Vernunft. Studien zu Horkheimer, Habermas und Freud*, Lüneburg 1996, S. 61.

Die derzeitigen massiven, globalen Kapitalkonzentrationen und die Zerstörung der Sozialstaatlichkeit, d.h. der staatlich organisierten Solidarität, haben so drastische Auswirkung auf die materiellen Lebensverhältnisse der Menschen, daß diese nicht erst aufgrund ihrer Verelendung, sondern bereits aus Angst vor ihrer Verelendung rebellieren könnten, weil sie sehen, daß der gesellschaftliche Reichtum sich in wenigen Händen konzentriert. Politische, ökonomische und soziale Konflikte werden in den hochindustrialisierten Gesellschaften deshalb sehr wahrscheinlich wieder zunehmen. Eher zu erwarten ist aber, daß sich ein revolutionärer Prozeß, der das Neue in die Welt bringt, von der Peripherie ins Zentrum bewegt. Weltweit kann schon seit längerem von einer verstärkten Flucht- und Migrationsbewegung gesprochen werden, die mit einer gehäuften Erscheinung von Kriegen und Bürgerkriegen verknüpft ist. Der Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse nimmt zu und wird drückender – und am stärksten an der Peripherie. »Aus der Geschichte wissen wir, daß immer dort, wo die alten Herrschaftssysteme ausgehöhlt oder vom Zusammenbruch gezeichnet sind (durch Krieg, ökonomische Zerrüttung, Terrorisierung der Bevölkerung), wo also die Ausgebeuteten, die Mühseligen und Beladenen gemeinsam mit den Beleidigten und Entwürdigten ihrer Empörung in kollektivem Aufstand politischen Ausdruck geben, Formen der Selbstorganisation des Lebenszusammenhangs entstehen, die sich den Kompromißtaktiken verweigern und sich quer zum hierarchischen Gesellschafts- und Staatsaufbau stellen.«²⁹ – Das schrieb Oskar Negt in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Heute ist es an der Zeit, solche Gedanken wieder zu reflektieren, weil sie wieder aktueller geworden sind als in den 80er und 90er Jahren.

29 Oskar Negt: *Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie*, in: *Keine Demokratie ohne Sozialismus – Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral*, Frankfurt a. Main 1976, S. 463.

Die Zunahme des Drucks der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutet vor allem auch eine Autoritarisierung in der Politik der Herrschenden, die allerdings ebenso mit einer Entpolitisierung im Alltagsbewußtsein der einzelnen einhergeht. Zu beobachten ist schon seit einigen Jahren ein »wachsener Militarismus nach außen wie nach innen«, eine stetige Entdemokratisierung staatlicher Institutionen und ein Verblässen von Rechtsstaatsprinzipien sowie eine zunehmende »Hinwendung zu einer Politik der gesellschaftlichen Panik, der Angst und des Rassismus«.³⁰

30 Vgl. Antonio Negri, Michael Hardt: *Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne* (1994), Berlin 1997, S. 100.

Vor die Alternative gestellt sind die Menschen, entweder endlich den Akt der gesellschaftlichen Befreiung zu vollziehen oder – und das ist zu befürchten – wieder einmal in einen neuen Zustand der autoritären Unfreiheit einzutreten, in der sich der Spätkapitalismus schleichend entdemokratisiert und dann schocktherapeutisch zu modernisieren beginnt. Soziale Konflikte werden insgesamt erst auf-

hören, wenn die Menschheit in einen klassen- und konkurrenzlosen Zustand, in dem jeder Mensch Zugang zu einem menschenwürdigen Leben erhält, übergegangen ist. Es gibt aber keine Garantie dafür, daß eine mögliche Revolte gegen den kapitalistischen Wahnsinn emanzipativen Charakter mit Notwendigkeit annimmt. Sie könnte genauso auch Revolte des Ressentiments werden.

An immanenter Kritik ist so lange festzuhalten, bis sie selbst von ihrem total verdinglichten Gegenstand, wie Adorno sagt, »in den Abgrund gerissen wird«. ³¹ Der Gegenstand der Kritik, der zu so etwas die Kraft besäße, hätte keinen ideologischen Gehalt mehr in sich – und wenn doch, nur den aller abstraktesten eines gegenüber dem Inhalt gleichgültigen bloßen Platzhalters, der den emanzipatorischen Gedanken verhindern soll. Wenn das so geworden ist, wäre zu hoffen, daß das total verdinglichte Bewußtsein endlich den Wald vor lauter Bäumen sieht und auch ohne dialektische Kritik imstande sein wird, »der Verdinglichung aus eigenem sich zu entwinden.« ³² So lange aber diese Verdinglichung nur annähernd eine hermetische Totalität darstellt und noch eine Tendenz erkennen läßt, in der Geistiges mit eigenem Anspruch – in welcher Gestalt auch immer – auftritt und die Verhältnisse rechtfertigend verschleiern, kann die Kritik an dem ideologischen Gehalt dessen sich festbeißen. Daß eine globale Sozialrevolution bisher nicht glückte, erhält kritische Gesellschaftstheorie am Leben. Aber für sich alleine ist die Theorie nicht imstande, das schlechte Ganze aufzuheben. Es ist nicht wahr, daß der Weltgeist zu seiner Verwirklichung stets auf ein reifes Publikum treffe. Allemal gilt, was Horkheimer und Adorno in der Dialektik der Aufklärung geschrieben haben: »Von der Unreife der Beherrschten lebt die Überreife der Gesellschaft.« ³³

Aus all diesem ergibt sich, daß die Praxis erst eine ist, wenn sie sich an der Theorie orientiert, d. h. *richtige* Praxis ist – und daß die Theorie praktisch ist, wenn sie sich *vermittelt*. Als *kritische Theorie* ist sie das – auch und vor allem, wenn sie ihre Kritik, ihren Kampf gegen das Unreife in der Utopie, gegen das abstrakte Utopisieren genauso richtet wie gegen die utopiefeindliche Realpolitik.

31 Th. W. Adorno: Kulturkritik und Gesellschaft (1949), in: Prismen, Frankfurt a. M. 1976, S. 25.

32 Ebenda, S. 26.

33 Horkheimer, Adorno: Dialektik der Aufklärung, a. a. O., S. 43.

SASCHA LIEBERMANN

Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffenland

Unterschiede ums Ganze

Wer Differenzen nicht beachtet und auslotet, verhindert eine sachliche Auseinandersetzung um die Überlegungen zum bedingungslosen Grundeinkommen, eine Auseinandersetzung, die nötiger ist denn je. Es läßt tief blicken, wenn nicht nur relevante Unterschiede einfach ignoriert werden. Aufschlußreich und bezeichnend ist angesichts der vergangenen Reformjahre die Gleichsetzung von Freiheit und Schlaraffenland, wie Ulrich Busch sie jüngst an dieser Stelle vorgenommen hat – durchaus in politischer Absicht, sucht er für die desorientierte Linke doch nach einer tragfähigen Utopie. Mit dieser Gleichsetzung, zu der er sich durch selektive Rezeption verschiedener Überlegungen zum Grundeinkommen berechtigt sieht, wird nur ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen der Arbeitshaus-Politik der vergangenen Jahre und einem Großteil ihrer Kritiker deutliche Gemeinsamkeiten bestehen: zum einen das enorme Mißtrauen in die Bereitschaft des einzelnen, wo auch immer seinen Beitrag zu leisten; zum anderen die Vorstellung, nur durch Arbeit werde der Mensch zum Menschen.

Wo die Solidarität der Bürger als Bürger nicht als Grund des Gemeinwesens gedacht werden kann, wird auch nicht begriffen, daß sie schon bislang den Grund unseres Wohlstandes ausgemacht hat.¹ Aufgrund dieses blinden Fleckes kommt die Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen nicht selten in ökonomietheoretischem Gewand daher. Doch mit Grundlagen des Wirtschaftens haben die Einwände, so sie überhaupt argumentativ dargelegt werden, wenig zu tun. Zu erkennen ergibt sich an ihnen etwas ganz anderes: Überzeugungen von einem sinnerfüllten Leben, die als solche nicht kenntlich gemacht werden.² Auch hier trifft zu, was ich an dieser Stelle schon einmal zu einem Übel der öffentlichen Diskussion erklärt habe: Statt offen diese Überzeugungen auszusprechen, werden sie als sachverständiges Expertenurteil verkleidet und die Praxis, die sich mit den Überzeugungen ja sonst offen auseinandersetzen könnte, expertenhaft entmündigt: Es wird von höherer Warte vorentschieden, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Zu ihren besseren Zeiten hätte die Linke, von der und für die Busch sprechen will, zur Durchleuchtung dieser verdeckten Werturteile beigetragen: durch Ideologiekritik.

Es ist ein Symptom unserer Lage, daß nach wie vor sowohl Befürworter wie Kritiker des bedingungslosen Grundeinkommens die fundamentale Bedeutung des Zusammenhangs der Freiheit der Bürger als Staatsbürger und der Solidarität im Gemeinwesen kaum erkennen. Antikapitalistische Denktraditionen tragen daran ihren Teil, für die

Sascha Liebermann – Jg. 1967; Dr. phil. (Soziologie), wiss. Assistent an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund; Mitbegründer der Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« (www.Freiheit-statt-Vollbeschaeftigung.de; S.Liebermann@Freiheit-statt-Vollbeschaeftigung.de); neueste Publikationen: Die Krise der Arbeitsgesellschaft im Bewußtsein deutscher Unternehmensführer, Frankfurt a. M., Humanities Online 2002; zuletzt in UTOPIE kreativ: Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, Heft 176 (Juni 2005).

Der Autor dankt Frau Ute Fischer für Kritik und Anregung.

das Politische als eigenständige Sphäre pluralen Streits ebenso unbedeutend, wie die Rede vom Bürger nur bürgerliche Ideologie ist. Für die Marxsche Theorie, bei allen Verdiensten, gilt dies ebenso wie für den Marktliberalismus: Beide können die basale Verankerung der Praxis in einer Gemeinschaft der Bürger nicht begreifen und erliegen in ihren Erklärungsbestrebungen einer ökonomistischen Verkürzung.³ Der Tausch von Werten gilt ihnen als Erstes, der Solidarität Vorgängiges. Aus dieser Vereinseitigung resultiert dann auch das Defizit, das Politische als eigenständige, die Bürger umfassende Praxis zu verstehen. Wir stoßen auf diese Unterminierung des Politischen auch in einer anderen Tradition, und zwar derjenigen, die in einer sozialtechnokratischen Vision die Ermöglichung von Freiheit vor allem als Problem der *Steuerung des Gemeinwesens* betrachtet. An die Stelle der Ermöglichung tritt hier Manipulation von oben, statt offener Debatte und Suche nach Gefolgschaft leitende Bevormundung.

Freiheit und Anerkennung als Säulen des Gemeinwesens

Schon der Auftakt, mit dem Busch die Debatte eröffnet, läßt aufhören. Er erhebt ja den Anspruch, das »Konzept« des bedingungslosen Grundeinkommens im allgemeinen zu kritisieren. Doch kritisiert er allenfalls bestimmte Begründungen, trifft hingegen nicht die Idee in ihrer systematischen Bedeutung.

Nicht weniger wird dem Grundeinkommen attestiert als die Verkehrung der »Prinzipien des normalen Lebens« (978), sei es doch ein Schlaraffenland, das mit ihm bereitet werde. Erstaunlich ist diese Bemerkung, da er mit dem bedingungslosen Grundeinkommen selbstverständlich das Nichtstun und Herumhängen verbindet. Die Linke, die Busch nach eigenem Verständnis vertritt, scheint wenig entfernt vom Ruf nach unerläßlichen Disziplinierungen des Bürgers, wie sie im Arbeitshaus gepflegt wurden. Ohne Arbeitsdisziplin drohe haltlose Ausschweifung. In der Tat mag sich bei manchen Befürwortern die Phantasie des süßen Nichtstuns finden, vielleicht ist sie noch eine Reaktion auf die gegenwärtigen Zumutungen, doch auch dieses Nichtstun entspränge einer freien Entscheidung – es wäre kein Fluch. Doch statt aufzuzeigen, daß die Freiheit, die das Grundeinkommen gewährte, den einzelnen in seiner individuellen Autonomie viel mehr anerkannte und herausforderte als heute, vergleicht Busch sie mit dem »Paradies« (979, Anm. 5) – was mißlingt. Denn in ihm ist der Mensch ohne Bewußtsein und wird vertrieben: Der theologische Sündenfall ist im Grunde ein Befreiungsfall, die Vertreibung aus dem Paradies also der Beginn der Freiheit.

Im Schlaraffenland sei man vor allem eines, so Busch: frei von Arbeitslast und -verpflichtung. Das scheint ihm ein Graus, obwohl er selbst darauf hinweist, daß Freiheit unvollständig, »formal«, sei, wo der einzelne nicht wirklich wählen könne, weil sein Einkommen von Erwerbsarbeit abhängt (979). Diese Verknüpfung von Arbeit und Einkommen war politisch gewollt, und zwar nicht einfach von den Herrschenden, wie man sich das gerne vorstellt. Sie entsprang einer Gerechtigkeitsvorstellung, einer Vorstellung von einem sinnerfüllten Leben, die Herrschende und Beherrschte teilten. Sie verhalf dem neuen »Arbeitsregime«, wie Busch es nennt, zur Geburt. Gegenüber feudaler Loyalitätsverpflichtung und Fürsorgepflicht war es ein

Der Artikel ist eine Replik auf Ulrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, UTOPIE kreativ Heft 181 (November 2005), S. 978-991. Busch seinerseits hatte Bezug genommen auf Katja Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist: Garantiertes Grundeinkommen, sowie auf Sascha Liebermann: Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise, beides in UTOPIE kreativ, Heft 176 (Juni 2005), S. 520-524 bzw. S. 525-533. Zum Thema siehe auch Antonin Dick: Befreiung von der Arbeit, UTOPIE kreativ, Heft 183 (Januar 2006). Die Redaktion lädt zur Fortsetzung der Debatte ein.

1 Siehe www.Freiheit-statt-Vollbeschaeftigung.de.

2 Vgl. Albrecht Müller: Entscheidend ist, was wächst. Produktionssteigerung bringt Arbeitsplätze, garantiert Wohlstand und sichert den Platz im internationalen Wettbewerb, in: Frankfurter Rundschau, 26. Juli 2005, S. 7; Heinz J. Bontrup: Geteilte Zeit ist geteilte Arbeit. Durch Arbeitszeitverkürzung und kluge Steuerpolitik könnten mehr Menschen in Lohn und Brot kommen, in: Frankfurter Rundschau, 14. August 2005; siehe auch meine Replik auf Müller: Bürgervergessen – Weshalb eine Politik des Wachstums und der Produktionssteigerung nicht dasselbe ist wie eine Politik der Freiheit, unter www.archiv-grundeinkommen.de.

3 Diese Verdinglichung der Kapitallogik zu einem Automatismus ist wiederholt aus

der Marxschen Tradition heraus kritisiert worden. Vgl. Karl Reitter: Kapitalismus ohne Klassenkampf? Zu Michael Heinrich: »Kritik der politischen Ökonomie«, in: grundrisse 11, Herbst 2004, S. 26-34.

Schritt in Richtung einer Universalisierung nicht nur der Leistung, sondern auch der Stärkung des Individuums im Gemeinwesen, zu dessen Wohl der Einzelne beitrug. Heute hingegen wird diese Verknüpfung zum größten Hemmschuh der Freiheit, zum Inbegriff des Mißtrauens in die Gemeinwohlbindung der Bürger. Je länger wir angesichts der Möglichkeit, uns von der Arbeitsverpflichtung zu befreien und vollkommen in die Bürger zu vertrauen, dieser Chance verschließen, desto mehr untergraben wird das Fundament unseres Gemeinwesens.

Leistung entspringt der Freiheit zur Sache

»Der Modus der Verteilung folgt dem der Produktion« (1980), werden wir belehrt, was aber will er uns sagen? Was er für ein Gegebenes hält, steht doch gerade in Frage. Entscheidend sind doch nicht die vielgescholtenen Unterschiede im Gemeinwesen, zwischen denen, die mehr, und anderen, die weniger besitzen, sondern die Möglichkeiten, die der einzelne hat, über sein Leben zu verfügen, es frei zu gestalten. Selbstverständlich kann auch nur verteilt werden, was erwirtschaftet worden ist – ein Hinweis, dem man heute immer begegnet. Wer diesen Hinweis als Einwand gegen ein Grundeinkommen vorbringt, scheint folgenden Zusammenhang vor Augen zu haben: Dort wo Arbeitspflicht herrsche, werde auch produktiv gearbeitet. Zwischen Arbeitsverpflichtung und Arbeitsleistung wird ein direkter Zusammenhang hergestellt, beinahe ein Automatismus – auch manche Grundeinkommensbefürworter folgen diesem Vorurteil.⁴ Nur wenn man die Voraussetzungen dafür unterschlägt, weshalb die Bürger bereit sind, die Arbeitsverpflichtung anzunehmen und in produktive Arbeitsleistung umzusetzen, kann ein solcher Zusammenhang ohne Umschweife behauptet werden. Er lebt von der Vorstellung, Verpflichtung setze sich in Identifizierung und Produktivität um. Statt dessen geht der Annahme der Verpflichtung schon die Bereitschaft zur Übernahme voraus, sie wird nicht durch die Verpflichtung erzeugt. Nur in einem Gemeinwesen, das die Auseinandersetzung mit einer Sache für erstrebenswert hält (und entsprechend Freiräume eröffnet), erwächst sie. Diesem Zusammenhang entspringt auch die Verankerung der Berufsfreiheit im Grundgesetz (Art. 12 GG). Dem einzelnen wird dadurch der Weg eröffnet, einen Beruf zu ergreifen, der seinen Neigungen und Interessen entspricht. Daß er einen solchen überhaupt zu ergreifen bereit ist, ruht darin, einen Beitrag zum Wohl des Gemeinwesens leisten zu wollen.

Diese Voraussetzung schafft die Wirtschaft also nicht selbst, sondern sie bedarf ihrer als Existenzbedingung. Des weiteren bedürfen Güter, die erzeugt werden, einer Absatzchance – auch hier waltet kein psychologischer *Mechanismus*, nach dem Bedürfnisse produziert werden. Wie komplex dieser Zusammenhang zwischen Produkt und Absatzchance heute ist, läßt sich nicht mit der einfachen Formel »die Produktion bestimmt die Bedürfnisse« erklären. Sie setzt immer schon ein entscheidungsfähiges Individuum voraus, welches überhaupt zu produzieren bereit und zu konsumieren willig ist. Sonst ließe sich das Scheitern einiger Produkte und der Erfolg anderer nicht erklären.

Die Herausforderung zu leisten, die dem einzelnen gegenübertritt, muß also auch angenommen und in ein berufliches, familiales und bürgerschaftliches Engagement gewendet werden. Es ist nicht er-

4 Vgl. auch den Beitrag von Joachim Bischoff und Julia Müller: Nische Grundeinkommen oder Aufhebung der Entfremdung?, die ein ähnliches Argument vorbringen, unter <http://www.linksnet.de/rubrik.php?tid=96> in der Rubrik »Grundsicherung und Grundeinkommen« (16. 11. 2005).

zwingbar, wie der ökonomische Reduktionismus suggeriert. Die Entfaltung einer protestantischen Ethik ist vielmehr nur zu erklären, wenn man ihren Kern – den universalistischen Leistungsbezug und die Stellung des Individuums in ihm – betrachtet. Der Protestantismus wendet sich gegen eine katholische Kirche, die dem Gläubigen ein unmittelbares Verhältnis zu Gott versagt, er antwortet damit auf ein virulentes Autonomiestreben der Praxis und treibt die Säkularisierung weiter voran. Was wir rückblickend als Ideologie der Arbeitsknechtschaft betrachten, ist historisch ein Schritt zur Freiheit und der Aufwertung des Individuums gewesen.

Nicht wird der Mensch durch Arbeit zum Menschen, sondern durch seine Anerkennung als Zweck an sich in einem Gemeinwesen und in der Familie. Das Gelingen des Prozesses der Sozialisation vom Kind zum Erwachsenen entscheidet sich daran, ob ein Kind genau diese Anerkennung erfährt. Sie ist es, woran sich Selbstvertrauen bildet, das wiederum erst ermöglicht, sich mit einer Sache als Herausforderung auseinanderzusetzen, sich für sie zu engagieren.⁵ Dieser einfache Zusammenhang ist es, der sich z. B. auch in einer Relation von Bildung und beruflichem Erfolg niederschlägt. Je mehr Bildung aber, sei es in der Schule, sei es in der Universität, zur Aneignung von Stoff verkümmert, je weniger die Auseinandersetzung mit einer Sache um ihrer selbst willen betrieben wird, desto weniger kann ein Schüler oder Student diese Erfahrung machen.⁶ Sie ermöglicht überhaupt erst, hinter Routinen zurückzutreten, sie aufzugeben und Neues hervorzu bringen. Die Entleerung des Arbeitsbegriffs, mit der Arbeit zum Selbstzweck wird und nicht mehr daran gemessen wird, ob es zur Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen menschlicher Arbeitskraft bedarf, führt langfristig zur Zerstörung genau dessen, was die nicht-ökonomische Voraussetzung des Erwirtschaftens von Wohlstand ist: der Bereitschaft, sich mit einer Herausforderung, ganz gleich welcher, auseinanderzusetzen. Wir fördern gegenwärtig Arbeit statt Leistung, Arbeit ohne Sache.

Für Busch scheint dieser Zusammenhang irrelevant, wenn er mit Berufung auf Marx zum ewigen Gesetz erklärt und verklärt: »Die Arbeit ist alles«, (...) Grundlage des menschlichen Lebens als auch Grundbedingung der Menschwerdung und des Menschseins selbst. Das Gesellschaftsmodell, das hier angestrebt wird, ist also keine die Arbeit vernachlässigende Freizeit- und Konsumgesellschaft, kein Schlaraffenland, sondern eine auf Schöpferkraft und Leistung basierende *Arbeitsgesellschaft*, deren Produktivität es erlaubt, daß jeder entsprechend seinen Fähigkeiten tätig ist und entsprechend seinen Bedürfnissen am gesellschaftlichen Reichtum partizipiert« (1980).

Was meint er hier nun? Angesichts unserer gegenwärtigen Wertschöpfung, deren Einschätzung Busch durchaus teilt (1981) und die auch in gegensätzlichen Lagern nicht umstritten ist,⁷ sehen wir uns mit dem Erfolg vergangener Entscheidungen konfrontiert. Seit langem schon wächst die Werterzeugung bei sinkenden Arbeitsstunden, die zu ihrer Erwirtschaftung notwendig sind. Alleine das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, läßt man es als Indikator gelten, hat seit 1990 um ungefähr 44 % (preisbereinigt um 25 %) zugelegt.⁸ Zum einen geht dies auf Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz von Technologie zurück, zum anderen mußten und müssen diese Technologien zu-

5 Diese Zusammenhänge sind in der Bindungsforschung und auch der jüngeren neurologischen Forschung wiederholt deutlich gemacht worden. Vgl. z. B. die Werke von John Bowlby, Gerald Hüther und Theodor Hellbrügge. Für ein Engagement im Gemeinwesen ist die Bindungserfahrung ebenso unerlässlich, wenn auch nur eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Ein lebendiges Gemeinwesen der Bürger, also eine Kultur pluralen öffentlichen Streits, ist hierzu ebenso unerlässlich, wie ein Selbstverständnis der Bürger als Bürger.

6 Vgl. Sascha Liebermann, Thomas Loer: Soziologie – zu Gegenwart und Zukunft einer Wissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 34-35, Bonn 2005, S. 23-29; Ulrich Oevermann: Wissenschaft als Beruf – Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung, in: Manfred Stock, Andreas Wernet (Hrsg.): Hochschule und Professionen, Zeitschrift: die Hochschule – Journal für Wissenschaft und Bildung, Vol 1, Jg. 14 (2005), S. 15-49.

7 Vgl. auch Meinhard Miegel, Stefanie Wahl: Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Olzog 2002.

8 http://www.destatis.de/themen/d/thm_volksw.php (November 2005).

erst einmal entwickelt werden. Dazu bedarf es eines leistungsbereiten Individuums, das sich in den Dienst eines überindividuellen Zwecks stellt. Soweit können wir Busch noch folgen. Doch diese Leistungsbereitschaft ist nicht Ergebnis eines »ökonomischen Zwanges«, außer man läßt als solchen gelten, daß nur über Erwerbsarbeit ein reguläres Einkommen erzielt werden kann. Damit ist aber noch nicht erklärt, weshalb der einzelne einen bestimmten Beruf ergreift, bestimmte Aufgaben als Herausforderung begreift und sich mit ihnen auseinandersetzt. Greifen wir hier auf unser Argument von oben zurück, können wir es hingegen erklären. Der berufliche Erfolg, damit die Produktivität, ruht auf etwas Vor-Beruflichem, einer intrinsischen Motivierung, die die Voraussetzung dafür ist, daß der einzelne einen bestimmten Beruf ergreift und die damit verbundenen Herausforderungen annimmt. Das mag uns im Sinne einer Alltagsüberzeugung trivial erscheinen, angesichts der ökonomistischen Verkürzungen, die die öffentliche Debatte dominieren, ist es dies allerdings nicht. Der Arbeitsbegriff eignet sich zur näheren Bestimmung dieser Zusammenhänge nicht. Er ist zu unscharf und wirft in einen Topf, was sich ausschließt: die Anerkennung einer Praxis um ihrer selbst willen, zweckfrei, wie sie in z. B. in jedem Akt des Schenkens und des Grüßens zum Ausdruck kommt, und die Anerkennung einer Praxis, die einem bestimmten Zweck dient, z. B. als Mitarbeiter eines Unternehmens.⁹

9 Ulrich Oevermann hat prägnant herausgearbeitet, was dieses Handeln charakterisiert. Vgl. z. B.: Strukturele Soziologie und Rekonstruktionsmethodologie, in: Wolfgang Glatzer (Hrsg.): Ansichten der Gesellschaft: Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft, Opladen o. J., S. 72-84.

In Buschs idealem Gesellschaftsmodell, in dem »jeder entsprechend seinen Fähigkeiten tätig ist« (1980), haben die einzelnen allerdings nicht die Entscheidung darüber, welcher Herausforderung sie sich zuwenden wollen: denn Arbeit wird zum höchsten Zweck verklärt. Zu behaupten, jeder finde, was seinen Fähigkeiten entspreche und könne damit auch noch ein Einkommen erzielen, ist doch nur möglich, wenn eine gigantische Arbeitsbeschaffungsagentur gegründet wird. Dann allerdings gelten Fähigkeiten nicht mehr als Selbstzweck und ihre Entfaltung wird nicht mehr ermöglicht, sondern angewiesen. Dieselbe Konsequenz, die die Durchsetzung eines Rechts auf Arbeit hätte. Wie gegenwärtig schon immer Kompromisse erforderlich sind und es auch waren, werden sie auch in Zukunft notwendig sein. Man kann die Bedingungen dafür verbessern, daß Fähigkeiten und Möglichkeiten zusammenfinden, doch garantieren läßt sich dies nicht in dem von Busch beschworenen Sinn. Kompromisse sind ja auch kein Übel, das aus dem Leben verbannt werden müßte, doch verlangen sie stets eine Bereitschaft des einzelnen, sie zu schließen: Also muß Freiheit gestärkt werden, nicht Arbeitsmöglichkeit.

Wir können also lediglich besonders günstige Bedingungen dafür schaffen, daß ein Beruf ergriffen wird, den der einzelne wirklich ergreifen will. Aber was ist mit denjenigen, die dort nicht unterkommen, und vor allem: was ist mit Tätigkeiten, die gar nicht berufsförmig werden sollen? Ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglichte z. B. Wissenschaftlern, die keine Anstellung finden, dennoch zu forschen; es ermöglichte Künstlern Kunstwerke zu schaffen, ohne der ständigen Existenznot ins Auge blicken zu müssen, die Busch für ein Wertigkeitskriterium hält (1986). Wer sich bürgerschaftlich engagieren oder sich für seine Kinder und die Familie entschiede, könnte dies ebenso frei von Existenzängsten tun. Wir können hier nur darauf vertrauen,

daß der einzelne seinen Weg in der Regel finden wird. Nur wer all dies unterschlägt und bezweifelt, wie Busch in seinem Beitrag, sieht mit einem bedingungslosen Grundeinkommen eine »Konsumgesellschaft« heraufziehen. Denn er erkennt solche Tätigkeiten, die gar nicht erwerbsförmig sind, nicht als solche an. Vielmehr würden sie zerstört, wenn wir sie dem Äquivalenzmodell unterwürfen. Es machte auch hier einen Unterschied ums Ganze, ob ein Einkommen gewährt wird, das ein Engagement *ermöglicht*, ganz gleich welches, oder ob dieses Einkommen *eine erbrachte Leistung vergütet*. Familien erhalten ja auch heute nicht dann Kindergeld, nachdem sie es vermocht haben, aus ihren Kindern autonome Bürger zu machen, sondern alleine der Kinder wegen. Es soll ihnen eine Entlastung verschaffen, eine Entlastung vom Einkommenserwerb durch Arbeit, damit sie sich ihren Kindern widmen können. Auch wenn die Maxime »Arbeit ist alles« schon lange ins Innerste der Familien vorgedrungen ist und die Eltern dazu auffordert, die Kinder dem Einkommenserwerb, dem beruflichen Erfolg, nachzuordnen, sollten wir daraus keine Tugend machen. Wir zerstören eine tragende Säule unseres Gemeinwesens.

Werterzeugung ist der Zweck des Wirtschaftens, nicht Arbeit

Geht es also darum, wie wir die Werterzeugung, die wir benötigen, auch in der Zukunft ermöglichen können, müssen wir uns fragen, was ihre Voraussetzungen in der Vergangenheit waren und welche dafür in der Zukunft gegeben sein müssen. Wir haben dazu einiges dargelegt. Eine wesentliche Voraussetzung war schon in der Vergangenheit die Bereitschaft des einzelnen, eine bestimmte Tätigkeit auszuüben, die – sei sie noch so routineförmig – doch zuverlässig erledigt werden muß, wie z. B. die Müllabfuhr, die Steuerung einer U-Bahn usw. Wir wissen auch, daß hier noch Automatisierungspotentiale bestehen. Aber nicht nur dort, auch sogenannte hochqualifizierte routinierte Tätigkeiten sind automatisiert worden und werden zukünftig automatisiert werden, und zwar umso radikaler, desto mehr uns daran gelegen ist und wir Automatisierung fördern. Ist also die intrinsische Motivierung der Grund jeglichen beruflichen Erfolges, dann muß deren Entfaltung gefördert werden.

Busch jedoch sieht diesen Zusammenhang nicht, wenn er schreibt: »Dabei (beim bedingungslosen Grundeinkommen – S. L.) wird Arbeit keineswegs auf Erwerbsarbeit reduziert (...). Ganz im Gegenteil: als freie Tätigkeit und selbstbestimmtes Tun ist sie eine wichtige Komponente des ›multiaktiven Lebens‹. Ihr Einsatz aber ist freiwillig und ohne Verpflichtung. Sie besitzt damit den gleichen Status wie Sport, Spiel, Reisen, Musikhören oder der Besuch eines Cafés. Man arbeitet eben, weil es Spaß macht. Und nur, sofern es Spaß macht. *Arbeit aus existenzieller Not* (Hervorhebung S. L.) dagegen gibt es nicht« (1985 f.). Berufliches oder bürgerschaftliches Engagement wäre also nur ein ernsthaftes, produktives, wenn es aus existenzieller Not entspringe.¹⁰ Jede müßige Beschäftigung mit einer Sache, wie sie in Kunst und Wissenschaft geschieht, ist genauso wertlos, wie alles, was aus freiem Entschluß geleistet wird. Nur wo die Peitsche der Lebensnot herrscht, schließe ich daraus, wird ein Wert erzeugt, etwas Sinnvolles hervorgebracht. Hier tönt Busch kaum anders als diejenigen, die in Arbeit vor allem ein Disziplinierungsinstrument sehen: das Arbeitshaus feiert Ur-

10 Wo bei Busch von existenzieller Not die Rede ist, spricht die Neoklassik von »Anreizen«, derer der einzelne bedarf, um sich aufzuraffen. Intrinsische Motivierung ist beiden fremd, woraus Busch folgert: »Das bedingungslose Grundeinkommen dagegen würde die Aufgabe des Leistungsgedankens bedeuten. Es ermöglichte einigen den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit, während andere die dafür notwendige Mehrarbeit zu leisten hätten. Es funktioniert deshalb um so weniger, je mehr Personen davon Gebrauch machen würden« (1987). Wie wenig er sich mit der Systematik des Grundeinkommens auseinandergesetzt hat, sieht man zum einen daran, daß niemand die anderen zu der Mehrarbeit zwingen könnte. Nur auf ihre Bereitschaft kann man vertrauen. Zum anderen gilt der Zusammenhang, an den er die Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens knüpft, für jedes Sicherungssystem. Will er ernsthaft behaupten, daß Produktivität heute durch Zwang entstehe?

11 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3 (MEW, Bd. 25), S. 828.

ständ. Darüber kann auch nicht die informierte Rede vom »Reich der Naturnotwendigkeit«¹¹ hinwegtäuschen, ein selbst schimmernder Begriff. Denn zum einen bleibt unklar, wo diese Notwendigkeit denn beginnt und wo sie endet, zum anderen schafft bloße Lebensnot allenfalls ein praktisches Problem der Erhaltung und der Sicherung des Fortbestandes, nicht aber eine Antwort darauf. Die Not bringt keine Lösungen hervor, sie müssen von einem handelnden Subjekt hervorgebracht werden, für das diese Not als Not überhaupt relevant wird. Welche Lösungen es hervorbringt, ist von der Not genauso wenig bestimmt.

Mit dem Verweis auf Marx und dann über ihn hinausgehend könnten wir gerade herausstellen: Es ist der enorme Produktivitätsfortschritt, der uns erlaubt, Zeit zur freien Verfügung zurück zu gewinnen (was auch durch die Absenkung des Wohlstandsniveaus geschehen könnte), die Befreiung von dieser »blinden Macht«¹² der Notwendigkeit voranzubringen.

12 Ebenda.

Wo auch Marx allerdings nur einen Weg sieht, das »Reich der Freiheit« zu betreten, nämlich die Arbeitszeitverkürzung, ließe sich genauso gut die Frage aufwerfen: Weshalb nicht diese Entscheidung in die Hand der Bürger zurücklegen? Das Reproduktionsproblem bleibt ja erhalten und muß beantwortet werden, doch wie wir dies tun, darüber könnten die Bürger entscheiden, und davon wären dann in letzter Konsequenz unser Wohlstandsniveau und die mögliche Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens abhängig. Unser Wohlstandsniveau ist schließlich kein unverrückbares Gebot, es ist Ausdruck unseres Wollens. Vor diesem Grad an Freiheit scheint die Linke zurückzuschrecken, doch weshalb? Schon heute ist die »notwendige Reproduktion« nicht durch einen vermeintlichen Zwang der Verhältnisse sichergestellt, sondern durch die Bereitschaft der Bürger, zur Werterzeugung beizutragen. Daran würde sich auch unter einem bedingungslosen Grundeinkommen gar nichts ändern.

Die Herausforderung der Freiheit

Die Zumutung der Freiheit ist die größte Herausforderung, denn jeder muß eine Entscheidung darüber treffen, was er mit seinem Leben anfangen will. Das Grundeinkommen verstärkte diese schon heute zu beantwortende Frage, denn es wäre das Gemeinwesen, das dem einzelnen diese Möglichkeit eröffnete. Darüber hinaus stünde jedem vor Augen, daß diese Freiheit von einem erfolgreichen Wirtschaften abhinge. Wo keine Werterzeugung stattfände, müßte das Grundeinkommen aufgegeben werden. Jeder also wäre vor die Frage gestellt, wie er zum Wohl des Gemeinwesens beitragen kann. Unser Gemeinwesen beruht ja schon heute darauf, denn schon heute sichern wir jedem Bürger, der in Not gerät, eine Absicherung in Gestalt der Sozialhilfe zu. Weshalb aber greifen die Bürger nicht massenhaft dazu, wo sie doch die Möglichkeit dazu hätten? Unsere Antwort ist einfach: Jeder ist bestrebt, seinen Beitrag zu leisten, und wo dies nicht geschieht, gibt es plausible Erklärungen. Wer aufgrund einer traumatisierten Lebensgeschichte dazu nicht in der Lage ist, muß geschützt werden. Auch er muß ein Leben in Würde führen können. Doch im Unterschied zum bedingungslosen Grundeinkommen bringt die Sozialhilfe nicht nur einen erheblichen Eingriff in die Privatsphäre mit sich, sie stempelt den Empfänger zum Versager, stigmatisiert ihn.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Antwort genau auf diese Frage. Es ist eine Konsequenz aus dem dargelegten Zusammenhang, der schon heute Grundlage unseres Wohlstandes ist. Eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs auf alle Tätigkeiten würde das Äquivalenzprinzip dort einführen, wo es nicht darum geht, eine spezifische Problemlösung zu erzeugen, sondern das Gemeinwesen als Gemeinwesen zu erhalten. Bürgerschaftliches Engagement, dessen Antrieb darin besteht, dem Gemeinwesen als Bürger und nicht als Erwerbstätiger zu dienen, würde entwertet. Denn nach welchem Kriterium würde dieses Engagement entlohnt, was wäre es denn wert? Für den Bestand des Gemeinwesens ist es unerlässlich, genauso unerlässlich wie Familien es sind. Ein bedingungsloses Grundeinkommen hingegen ist *keine Entlohnung für ein Engagement*. Es rechtfertigt sich nur durch die Ermöglichung von Freiheit und zum Schutz der Integrität der Bürger. Buschs Vorschlag zerstörte die Grundlage unseres Gemeinwesens, indem es jegliches Engagement dem Äquivalenzprinzip unterwürfe. Auch andere haben schon darüber nachgedacht, das Grundeinkommen an eine Gegenleistung zu binden, wie z. B. Oskar Negt, der die Gewährung daran knüpfen will, daß der einzelne zur Wahl geht.¹³ Wie lebendig die Maxime »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser« noch immer ist, bezeugen solche Vorschläge. Zur Wahl gehen die Bürger dann, wenn sie sich mit dem Gemeinwesen identifizieren. Nicht selbstverständlich, sondern erklärungsbedürftig ist, wie sehr auch die Linke sich ein solidarisches Gemeinwesen nur nach dem Prinzip *do ut des* vorstellen kann. Solidarität erwächst in ihrem Verständnis offenbar dort, wo eine gewährte Leistung zu einer Gegenleistung verpflichtet. Längst wären wir untergegangen, folgte das wirkliche Leben dieser Maxime.

Nun können wir uns fragen, weshalb die fundamentale Bedeutung des Gemeinwesens als Gemeinschaft der Bürger derart unterschätzt wird? Nicht nur in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften stößt es auf Geringschätzung.¹⁴ Auch in der öffentlichen und politischen Diskussion sowie bei einigen Grundeinkommensbefürwortern wird ihm nicht allzuviel Gewicht beigemessen.¹⁵ Erst recht nicht in der sozialistischen Tradition, auf die Busch affirmativ hinweist. Noch die DDR verstand sich ja als Arbeiter- und Bauernstaat – eine Gemeinschaft der Werktätigen – und nicht der Staatsbürger – als Volkssouverän.¹⁶ Werktätiger ist man aber immer nur bezogen auf eine spezifische Aufgabe. Anerkannt wird also nur, wer sich in den Dienst einer solchen Aufgabe stellt. Das Gemeinwesen ist also ein Gemeinwesen, das den einzelnen anerkennt, sofern er dieser Aufgabe dient, nicht aber um seiner selbst willen. Darin besteht ein Unterschied ums Ganze zu den Prinzipien, auf denen der moderne Nationalstaat ruht, denn vollgültiger Bürger ist man unabhängig vom Beitrag, den man leistet. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa und der DDR letztlich als Folge eines Vergemeinschaftungsdefizits zu erklären. Denn weshalb sollten Bürger einem Gemeinwesen loyal sein, das sie als solche nicht anerkannt hat?

Expertokratische Verhinderung von Freiheit I

Einkommen und Arbeit zu entkoppeln sei »ökonomisch keineswegs zwingend« (1984), konstatiert Busch. In der Tat, wer nicht erklären

13 »Würde man nun das Grundeinkommen, das gewiss nicht üppig ausfallen dürfte, mit einem Honorar für Wahlbeteiligung verbinden – wäre das nicht eine Lösung des Apathie-Problems, das so viele Politiker beklagen?«, in: Frankfurter Rundschau, 30. Juli 2004.

14 Wundern muß einen, daß es unter sogenannten progressiven Denkern zum guten Ton gehört, selbstverständlich das Ende des Nationalstaats zu besingen, obwohl es noch gar kein politisches Gebilde gibt, das in voller Souveränität an seine Stelle treten könnte, nicht einmal die Europäische Union.

15 Vgl. meinen Beitrag in der Juni-Ausgabe.

16 Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Art. 1 und 2.

kann, was ein Gemeinwesen zusammenhält, für den ist die Ermöglichung von Freiheit und Initiative kein Argument für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir könnten Niedriglohntätigkeiten ausweiten oder Arbeit umverteilen und ausdehnen, wie auch Busch es erwägt. Doch beide Strategien führten zu einer Entwertung individueller Leistungsbereitschaft, weil sie Arbeit nur formal betrachteten. Sie richteten sie nicht nach der notwendigen Leistung zur Erzeugung von Werten, sondern danach, daß jeder seinen Beitrag leisten soll. Experten schlagen schon heute vor, die Lohnkosten soweit zu senken, bis es attraktiver wäre, in menschliche Arbeitskraft statt in Maschinen zu investieren (z. B. Hans-Werner Sinn). Weshalb aber sollten wir auf Automatisierung verzichten zugunsten menschlicher Arbeitskraft? Weshalb Arbeit umverteilen? Nur wer in der Stärkung der Freiheit keinen Zweck erkennt und der Gemeinwohlbindung der Bürger mißtraut, kann für einen solchen Verzicht oder auch für die Umverteilung von Arbeit plädieren. Wo der Experte spricht, sind hier Werturteile im Spiel, die sich hinter Sachverstand verbergen.

Ein Argument für folgende Behauptung sucht man vergebens: »Eine sich im Unterschied zur gegenwärtigen Verteilung stärker an Leistung und Leistungsgerechtigkeit orientierende Verteilungsweise dagegen würde, verbunden mit einem bestimmtem Maß an ökonomischer und sozialer Differenzierung, mehrheitlich durchaus auf Akzeptanz stoßen« (988).¹⁷ Erstaunlich, wie unhistorisch hier gedacht wird. Der status quo, wenn auch modifizierbar, wird zum Naturgesetz erhoben. Wer sagt, daß nicht das bedingungslose Grundeinkommen, gäbe es einmal eine wirklich öffentliche Debatte, auf eine solche Akzeptanz stieße? Da bislang die Medien sich dieser Idee nicht ernsthaft annehmen und es nur hier und da Veröffentlichungen in Tageszeitungen und Beiträge im Fernsehen gibt, läßt sich kaum etwas über eine breitere Akzeptanz der Idee aussagen.¹⁸ Führt man sich vor Augen, welche Veränderungen ein bedingungsloses Grundeinkommen mit sich brächte, so kann es gar nicht erstaunen, auf welche Vorbehalte es gegenwärtig stößt: Als Leistung im Gemeinwesen gälte nicht mehr vor allem beruflicher Erfolg, sondern gleichwertig das Engagement in Familie und Gemeinwesen; die müßige Auseinandersetzung mit einer Sache um ihrer selbst willen wäre vom Stigma des Nutzlosen befreit. Alleine die genannten Aspekte bedeuten eine gewaltige Veränderung, weil nicht mehr vorab definiert wäre, wann jemand wo etwas leistete. Jeder müßte seinen Weg finden, entscheidend wäre dann nicht mehr vor allem, womit er sich befaßt, sondern ob er es aus einer wirklichen Leidenschaft heraus tut. Auch angesichts unserer Bürgervergessenheit ist das Befremden keineswegs überraschend. Wir mißtrauen gegenwärtig derart der Gemeinwohlbindung des einzelnen, daß die Vorbehalte gegen ein Grundeinkommen nur noch einmal die Vorbehalte gegenüber dem einzelnen wiederholen. Wer es für erstrebenswert hält, dem Bürger Verantwortung in die Hand zu legen und ihn zugleich abzusichern, ist unheimlich. Angesichts dieser Veränderungen wäre es vielmehr verwunderlich, wenn diese Vorbehalte nicht bestünden. Dort, wo derart weit reichende Überlegungen angestellt werden, wo also etwas entstehen könnte, das mit vertrauten Lebensüberzeugungen bricht – wo sonst, wenn nicht dort, stößt man zunächst auf skeptische Vorbe-

17 Auch an anderer Stelle hat Busch diese Behauptung ausgesprochen. Vgl. Falscher Traum vom Schlaffenland. Ist das bedingungslose Grundeinkommen wirklich ein linkes Konzept? Ein Ökonom sagt Nein, in: Neues Deutschland, 15. Oktober 2005.

18 Betrachtet man hingegen manche Weblogs und Diskussionsforen, auch meine Erfahrungen aus Vorträgen und Diskussionen, ergibt sich ein anderes Bild. Vgl. z. B. den Weblog auf www.unternimm-die-zukunft.de.

halte und Ablehnung? War dies in der Weltgeschichte jemals anders? Denken wir nur an die Revolutionen, die großen Veränderungen vorausgegangen sind. Bei allen Voraussetzungen, an die sie anknüpfen konnten, waren die Umwälzungen doch erheblich. Wer die gegenwärtige abfragbare Akzeptanz zum Maßstab einer politischen Vision macht, ohne daß es eine ernsthafte Debatte gegeben hat, der wird sich nur für solche Veränderungen erwärmen, deren Zustimmung schon im Vorhinein gewiß ist. Eine solche Haltung bedeutet Stillstand, an dem Busch mitwirkt und der die gesamte öffentliche Diskussion prägt. Er ist einer Verführung erlegen, der schon mancher Experte erlegen ist: aus der Theorie die Unmöglichkeit einer Veränderung der Gegenwart abzuleiten.¹⁹

Expertokratische Verhinderung von Freiheit II

Busch behauptet mit Verweis auf meinen Beitrag, ich lehnte »jede Expertise zur Bestimmung der Höhe des Grundeinkommens« (985) ab. In der von ihm tendenziös zitierten Passage heißt es hingegen: »Vor allem aber ist die gewünschte Höhe des Grundeinkommens nicht durch Expertise zu bestimmen. Experten können allenfalls einschätzen, ob eine gewünschte Höhe realisierbar wäre, nicht aber, ob sie gewollt wird.« Ich unterscheide also zwischen dem politischen Streit über eine gewünschte Höhe und der Frage danach, welche Höhe finanzierbar wäre. Das Berechnungsmodell, auf das sich Busch auch bezieht, wurde im Namen der Initiative »Freiheit statt Vollbeschäftigung« von einer Mitstreiterin, Ute Fischer, gemeinsam mit Helmut Pelzer erstellt. Auch daran hätte er ablesen können, daß wir Berechnungsmodelle keineswegs ablehnen, uns aber sehr wohl ihrer begrenzten Aussagekraft bewußt sind. Selbstverständlich wird in der politischen Auseinandersetzung die Höhe sich an der Finanzierbarkeit orientieren, doch ist der Rahmen der Finanzierungsmöglichkeit breit. Innerhalb seiner ist die Höhe vom politischen Willen abhängig – also wesentlich davon, wieviel von den erzeugten Werten zu Zwecken der Umverteilung abgeschöpft werden soll. Eine Debatte, die wir übrigens heute schon immer dann führen müssen, wenn es um die Erhöhung von Beitragsleistungen in die Sicherungssysteme geht oder – wie gegenwärtig – über Steuererhöhungen gestritten wird.

Vergeblich sucht man nach einer plausiblen Darlegung, weshalb ein solches Grundeinkommen nicht finanzierbar sein sollte, und stößt immer wieder auf die Behauptung, es unterminiere das Leistungsprinzip. So zitiert Busch auch Pelzer/Fischer, wie es ihm zupaß kommt, wenn er schreibt: »Das bedingungslose Grundeinkommen ist als *Alternative* gedacht, sowohl zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen als auch gegenüber dem Leistungsprinzip und allen vorrangig leistungsbezogenen Einkommen (aus Erwerbsarbeit bzw. deren Ersatztransfers)« (983). Pelzer/Fischer verweisen hingegen ausdrücklich auf die leistungsfördernde Wirkung, die von einem bedingungslosen Grundeinkommen zu erwarten sei.²⁰ Wer davon ausgeht, Leistung werde nur mit der Peitsche der Lebensnot im Rücken erbracht, kann nicht anders, als mit dem bedingungslosen Grundeinkommen den Untergang des Leistungsgedankens zu verbinden.

Auch der folgende Einwand gegen Pelzer/Fischer bleibt vage, verpricht etwas, das er nicht hält: »Da neben der ›Basissteuer‹ aber auch

19 Vgl. S. 986 f.: »Ihr Erfolg aber hängt entscheidend von der allgemeinen Akzeptanz ab, die diese Idee in breiten Kreisen der Bevölkerung zu erreichen vermag. Und die dürfte gegenwärtig, in Anbetracht der Tatsache, daß die meisten Menschen ihren Lebensunterhalt derzeit direkt (Lohn, Gehalt) oder indirekt (Rente, Arbeitslosengeld I) durch Erwerbsarbeit verdienen, eher gering bemessen sein.«

20 Vgl. Helmut Pelzer, Ute Fischer: »Bedingungsloses Grundeinkommen für alle« – Ein Vorschlag zur Gestaltung und Finanzierung der Zukunft unserer sozialen Sicherung, Ulm/Dortmund 2004, S. 13 (www.uni-ulm.de).

noch andere Steuern und Beiträge zu entrichten wären, käme es zu einer enormen Umverteilung, wodurch sich die tatsächlichen Belastungen und Vorteile letztlich anders darstellen würden als in dem Modell« (989). Wie denn? Busch begnügt sich mit einer Behauptung, die angesichts der Sache, um die es geht, doch von erheblicher Tragweite ist. Und er geht noch weiter: »Auch hätte eine derartige Redistribution beträchtliche Auswirkungen auf die Nachfrage, das Konsumverhalten, das Sparen, das Arbeitsangebot usw. All dies wird im vorliegenden Modell jedoch nicht analysiert, ja nicht einmal erwähnt« (ebenda). Pelzer/Fischer hingegen schreiben folgendes: »Zwar lassen sich die Folgen der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger nicht sicher berechnen, sondern in ihren zu vermutenden längerfristigen Wirkungen auf Preis- und Einkommensgefüge, auf die Wertschöpfung insgesamt nur errahnen, doch meinen wir gezeigt zu haben, daß sich ein wohlhabendes Land wie Deutschland bereits heute die Einführung dieser Art der Grundsicherung leisten kann.²¹ Gezeigt haben die Autoren es in ihren Ausführungen, die auch Busch hätte lesen können. Ausdrücklich wird in der Zusammenfassung der Ergebnisse auf *mögliche* Auswirkungen hingewiesen, denn es ist nur ein Berechnungsmodell und nicht die Wirklichkeit selbst, was die Autoren zu bedenken geben. Berechnungen in die Zukunft sind eben nur Szenarien, mehr nicht.

21 Ebenda, S. 12.

Schluß

Auch wenn Ulrich Busch auf manchen Schwachpunkt in der Diskussion um die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens hinweist, hat er weitreichende Argumente nicht aufgegriffen, wie ich sie in meinem Beitrag vorgebracht habe. Ich vermag nicht zu beurteilen, wie selektiv er mit anderen Beiträgen aus der Debatte umgegangen ist. Messe ich seine Sorgfalt daran, wie er mit meinem und dem von Pelzer/Fischer verfahren ist, wundere ich mich über die Nachlässigkeit angesichts der großen Geste, mit der er das bedingungslose Grundeinkommen zu einer sozialromantischen Schlaraffenlandphantasie degradiert. Auch ihm scheint wenig zu behagen, daß es sich nicht in die Lager »Kapitalismus« oder »Sozialismus« einordnen läßt (991). Doch statt über diese Einordnung nachzudenken und sich zu fragen, ob sie der Wirklichkeit jemals angemessen war, gibt er die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens auf. Ihre Stärke besteht aber gerade darin, Momente miteinander in Verbindung zu setzen, die im ideenpolitischen Lagerkampf entgegengesetzt werden: Freiheit und Solidarität in einem demokratischen Gemeinwesen, davon abgeleitet ein starker Leistungsbegriff. Manche Kritiker sind ob dieser Verbindung schon ins Straucheln geraten, weil sie den Bürger und die politische Gemeinschaft nicht denken können. Bei Busch schnurrt alles in die Polarität von Produktion und Konsumtion zusammen, das ist bezeichnend genug.

Solange es keine sachlich harte und argumentativ klare öffentliche und politische Auseinandersetzung gibt, werden wir kaum einen Ausweg aus unserer Misere finden. Welchen Anteil an ihrem Fehlen die Linke hat, läßt sich an Ulrich Buschs Beitrag ermessen, der von demselben Mißtrauen gegen die Bürger zeugt wie Hartz IV.

SIEGFRIED PROKOP

Ernst Bloch und Wolfgang Harich im Jahre 1956

Ernst Bloch und Wolfgang Harich lernten sich 1949 in der Redaktion der »Täglichen Rundschau« kennen. Ernst Bloch hatte gerade seine Professur in Leipzig angetreten und wurde freier Mitarbeiter der »Neuen Welt«. Harich wirkte als erster Theaterkritiker an der »Täglichen Rundschau«. Nachdem beider Verhältnis anfänglich auf Grund philosophischer Meinungsverschiedenheiten etwas kühl war, schlossen sie im Jahre 1950 eine Freundschaft, die mit den Jahren immer enger und herzlicher wurde. Beide verbindet die gleichgerichtete Lehrtätigkeit an den Universitäten Leipzig und Berlin, die gemeinsame Herausgabe der Deutschen Zeitschrift für Philosophie und die Herausgabe der Werke Blochs durch Harich im Aufbau Verlag.

Seit 1951 pflegte Bloch – und das war mehrmals im Jahr der Fall – fast jedes Mal bei Harich zu logieren, wenn er vorübergehend in Berlin weilte. Beider Freundschaft basierte auf der gemeinsamen Abneigung gegen die Tendenzen des Dogmatismus, des Sektierertums und der Unbildung, die sie bei einem Teil der Philosophen der DDR feststellten. Beide standen fest zum Staat und bejahten die Politik der SED. Der XX. Parteitag der KPdSU löste 1956 bei beiden eine tiefe Krise der ideologischen und politischen Überzeugungen aus.

Auf Initiative von Ernst Bloch, Wolfgang Harich und Georg Klaus findet vom 8.-10. März an der Akademie der Wissenschaften die Konferenz »Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus«¹ statt. Dieser erste Versuch einer philosophischen Neubestimmung der internationalen Linken nach Stalins Tod führt die Konferenzinitiatoren mit Hermann Duncker, Ernst Fischer, Emil Fuchs, Roger Garaudy, Kurt Hager, Friedrich-Karl Kaul, Leszek Kolakowski, Henri Lefebvre, Rudolf Schottlaender und Klaus Zweiling zusammen. Der ebenfalls eingeladene Georg Lukács kann nicht teilnehmen. Harich, der eine »marxistische Anthropologie« verlangt, spricht über »Das Rationelle in Kants Konzeption der Freiheit.«

Harich wagt es, einige Thesen von Bloch zu kritisieren. Bloch nimmt ihm das sehr übel. Außerdem ist Bloch verstimmt über einige vorsichtig kritische Bemerkungen, die seine Philosophie betreffen, in dem Leitartikel im Heft 1/1956 der »Deutschen Zeitschrift für Philosophie«. Harich und Bloch wechseln im März 1956 einige böse Briefe, bis Bloch einlenkt.

Vom 24. – 30. März ist Ernst Bloch Ehrengast der 3. Parteikonferenz der SED. Wie ansonsten auch logiert er in der Wohnung von Wolfgang Harich. Bei seinen Schilderungen über den Verlauf der Konferenz vertritt Bloch die Ansicht, dass von dem 1. Sekretär des

Siegfried Prokop – Jg. 1940, Prof. Dr., Historiker, zahlreiche Arbeiten zur Zeitgeschichte. Vom Verfasser erscheint eine Studie über die DDR im Jahre 1956, vgl. Siegfried Prokop: 1956 – die DDR am Scheideweg. »Gleichgesinnte«, Kulturbunddebatten und Intelligenz-Enquête's, Kai Homilius Verlag Berlin 2006. Publikationen (Auswahl): Studenten im Aufbruch. Berlin und Dortmund 1974; Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, Frankfurt (O.) 1996; Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997; Intellektuelle im Krisenjahr 1953, Schkeuditz 2003.

1 Das Protokoll erschien unter diesem Titel in einem Umfang von 549 Seiten 1956 im Akademie Verlag. Im Dezember 1956 wurden die verkauften Exemplare des Buches auf makabre Weise »rückgeholt«. Nur wenige Exemplare haben diese Aktion überlebt.

2 Im Rückblick bestätigt Gerhard Zwerenz diese Wertung: »Wäre Blochs Sprache immer so offen gewesen, wie sie ab 1956 wurde, hätte er nie in der DDR lehren dürfen. Er redete aber nicht aus Tarnungsgründen kryptisch, seine Verschlüsselungstechnik war instrumental. Auf dem Weg zur Klarsprache allerdings gab es taktische Perioden, die Botschaft mischte sich politisch ein. Auf den Budapester Aufstand folgte erneuter Rückzug in die kryptische Artikulation.« In: Ingrid und Gerhard Zwerenz: Sklavensprache und Revolte. Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West, Hamburg Berlin 2004, S. 130.

3 Vgl. Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1956, Berlin 1957, S. 106.

ZK der SED, Walter Ulbricht, die wichtigsten Probleme und Fragen übergangen wurden, da keine Stellungnahme zu den Fehlern der Stalinschen Periode in der DDR erfolgte. Ulbricht sei kein Repräsentant der deutschen Arbeiterklasse. Bei einem Vergleich mit August Bebel oder gar Rosa Luxemburg erkenne man, wie sehr die deutsche Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten mit solchen Bürokraten und Befehlsempfängern wie Ulbricht »auf den Hund gekommen« sei. Es sei im Übrigen undenkbar, dass die Partei jemals im gesamtdeutschen Maßstab einen breiten Einfluss erlange, solange ein Mann wie Walter Ulbricht an ihrer Spitze stehe. Im Interesse der Partei sei es das dringendste Gebot der Stunde, dass dieser Mann abtrete und die Genossen der SED müssten sich mit aller Energie dafür einsetzen, wenn sie aus der Isolierung herauskommen wollten. In bezug auf den XX. Parteitag ist Bloch aufs höchste über die Art und Weise der Rehabilitierungen erregt. Er selbst habe in den dreißiger Jahren als Publizist im Westen Europas mit großer Leidenschaft und Überzeugungskraft die Berechtigung und Notwendigkeit der Moskauer Prozesse verteidigt. Er fühle sich nun durch die Enthüllungen des XX. Parteitages tief beschämt. Er sagt, dass er sein Leben lang fest geglaubt hätte, für den Humanismus zu kämpfen, um jetzt, als Siebzigjähriger, erkennen zu müssen, dass er in den dreißiger Jahren in Wirklichkeit die Propagandageschäfte eines Massenmörders – nämlich Stalins – besorgt hätte.

Bei Harich festigt sich auch durch Gespräche mit anderen Intellektuellen die Überzeugung, dass Blochs Gesellschaftskritik von Bedeutung ist. Er erklärt, dass viele Intellektuelle der DDR in Bloch ihren Exponenten sehen, weil dieser seine Meinung offen äußert.²

Am 3. Mai kommt Ernst Bloch erneut nach Berlin, um an der Akademie der Wissenschaften die fällige Karl-Marx-Vorlesung zu halten (Thema: »Karl Marx und die Menschlichkeit«)³. Ein Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED bittet Wolfgang Harich am Tage davor, auf Bloch einzuwirken, dass er sich bei dem Vortrag, der vor sämtlichen bürgerlichen Akademie-Mitgliedern stattfindet, Zurückhaltung in seinem Urteil über führende Parteimitglieder auferlegen möge. Um sich dieses Auftrages zu entledigen, trifft sich Harich mit Bloch im Presse-Club in der Friedrichstraße. Bloch verspricht, dass er in seinem Vortrag keine politisch schädlichen Bemerkungen machen werde. Bloch berichtet Harich über den Auftritt Walter Ulbrichts an der Leipziger Universität am 27. April. Dieser habe mehrere hochverdiente und fortschrittlich eingestellte Professoren schwer beleidigt. Außerdem habe Ulbricht die Maßregelung eines guten Genossen aus dem Lehrkörper der Hochschule für Körperkultur veranlasst, der sich in seiner Gegenwart eine gewisse Kritik an Beschlüssen der 3. Parteikonferenz erlaubt habe. Der betreffende Genosse war auf Grund seiner vorzüglichen Leistungen und wegen seiner positiven politischen Vergangenheit als künftiger Rektor der Hochschule vorgesehen. Ulbricht habe jedoch die fristlose Entlassung dieses Genossen bewirkt. Von der Partei sei dieser Mann dann in die Produktion gesteckt worden. Bloch begründet damit seine Überzeugung, dass Walter Ulbricht aus dem XX. Parteitag der KPdSU nichts gelernt habe. Er übe deshalb nach wie vor gegen selbständig denkende Genossen in der Partei einen Terror aus.

Im Juli weilt Ernst Bloch erneut für einige Tage als Logiergast bei Wolfgang Harich. Bloch wird mit dem Lukács-Schüler Miklos Almasy bekannt gemacht, der ein entschiedener Anhänger des Petöfi-Clubs ist. Almasy informiert seine Gesprächspartner über die aktuellen Diskussionen der Intellektuellen in Budapest.

Am 18. August findet die Staatsfeier zum Tode Bertolt Brechts statt. Gedenkansprachen halten Walter Ulbricht, Johannes R. Becher, Georg Lukács und Paul Wandel. Zu den Teilnehmern der Staatsfeier gehören auch Ernst Bloch und Wolfgang Harich, die nebeneinander sitzen. Bloch empfindet es als Schande, dass Walter Ulbricht es wagt, bei dieser Gelegenheit öffentlich aufzutreten. Brecht würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass dieser »Piefke« ihm die Trauerrede hielt. Nach der Feier essen Bloch, Gerhart Eisler, Hermann Budzislawski, Horst Eckert, Jacob Walcher und Harich im Hotel Adlon zu Mittag. Budzislawski berichtet, dass er von der Partei den Auftrag habe, eine neue Zeitung aufzubauen. Es soll eine neue, interessante und lebendige politische Wochenzeitung von hohem Niveau, mit einem umfangreichen Kulturteil, sein. Er wendet sich an Harich mit der Bitte, als ständiger Mitarbeiter an dieser Zeitung (»Die Republik«) tätig zu werden. Zuerst soll er Artikel über philosophische Neuerscheinungen aus ganz Deutschland veröffentlichen.

Nach dem gemeinsamen Mittagmahl holen Bloch und Harich Karola Bloch und Irene Giersch aus der Wohnung ab und fahren zu dem Bildhauer Gustav Seitz und seiner Frau, wo sie den Nachmittag verbringen. Gesprochen wird über Budzislawskis Vorschlag, Harich solle an der neuen Zeitung mitarbeiten. Bloch warnt Harich davor, sich auf Budzislawskis Zeitungsprojekt einzulassen. Es handle sich um eine von Walter Ulbricht gesteuerte Sache, für die die besten Publizisten der Partei gewonnen und missbraucht werden sollen, um der Ulbricht-schen Politik eine schöne intellektuelle Fassade zu geben. Budzislawski sei zwar ein guter Mann, aber er mache sich Illusionen über die Möglichkeiten eines solchen Blatts. Es sei ihm zwar von der Partei die eigenverantwortliche Leitung der Redaktion und völlig freie Hand zugesichert worden, aber wenn die Zeitung erst einmal erscheine, dann würde Walter Ulbricht schon Mittel und Wege zu finden wissen, ihr seinen eigenen sturen Kurs aufzuzwingen und Budzislawski sei viel zu lahm und schwach, um dem Widerstand entgegenzusetzen. Er, Bloch, werde daher an dieser Zeitung nicht mitarbeiten. Es sei besser, den »Sonntag« stark zu machen. Der »Sonntag« sei die Zeitung, die im Sinne der »Gleichgesinnten« eine positive Tendenz hätte. Er habe den Eindruck, dass mit dem Budzislawski-Projekt dem »Sonntag« bei der Intelligenz das Wasser abgegraben werden soll. Harich, der sich nach dem 28. »Reform«-Plenum der SED wieder etwas beruhigt hatte, gerät durch die Äußerungen Blochs wieder stärker in Opposition.

Im September weilt Ernst Bloch wieder für ein paar Tage als Logiergast in der Wohnung Wolfgang Harichs. Diesmal kommt er gerade von einer Ferienreise aus Albanien zurück. Er erzählt Irene Giersch und Wolfgang Harich stundenlang über die schrecklichen Zustände in Albanien. Nach seinen Schilderungen ist Albanien ein restlos verkommenes Land. Für Harich ist Bloch ein kompetenter Augenzeuge. Die im November in Jugoslawien einsetzende Agitation gegen Albanien erscheint ihm absolut glaubwürdig. Er ist jetzt

also davon überzeugt, dass mindestens in drei Volksdemokratien – Polen, Ungarn und Albanien – die bisherige stalinistische Politik zu katastrophalen Zuständen geführt hat.

Am 28. Oktober veröffentlicht der »Sonntag« die Satire »Aktuelles Einmaleins«, deren mutmaßlicher Verfasser Wolfgang Harich nicht genannt wird. Die Veröffentlichung löst heftige Wellenschläge aus. Ulbricht sagt missvergnügt: »Der Rechenlehrer, das soll ich sein!« Ernst Bloch jubelt geradezu. Das sei der beste Beitrag gewesen, den der »Sonntag« je veröffentlicht habe. Johannes R. Becher informiert Janka, dass er die Glosse beherzigenswert finde.

Am Abend des 16. November wird Harich von Ernst Bloch in seiner Wohnung angerufen. Bloch erklärt, dass er im Zusammenhang mit der Hegel-Feier mit Frau und Sohn in Berlin angekommen ist. Bloch lädt Harich zum Abendessen in das Hotel Adria in der Friedrichstraße ein. Harich fährt sofort dorthin, um mit der Familie Bloch und einigen anderen Intellektuellen und Künstlern zu speisen. Dabei sind der Bildhauer Gustav Seitz und der italienische Maler Gabriele Mucchi, ein Anhänger des »freien« Realismus. Das politische Gespräch mit Ernst Bloch und Frau verläuft in allen Dingen völlig harmonisch. Der Abend wird bis in die Nachtstunden im Künstlerklub »Die Möwe« in der Luisenstraße fortgesetzt. Hier nimmt auch noch die polnische Philosophie-Dozentin Dr. Maria Elida Szarota, Mitglied der PVAP, an den Gesprächen teil. Harich bricht zusammen mit Frau Szarota auf. Sie nehmen zusammen ein Taxi, da sie in derselben Richtung wohnen. Das politische Gespräch ergibt wieder übereinstimmende Auffassungen, allerdings nicht hinsichtlich eines künftigen Präsidenten. Während Harich die Ansicht äußert, dass Professor Ernst Bloch einmal Staatspräsident werden sollte, und zwar erst nur für die DDR und später für Gesamtdeutschland, plädiert die polnische Philosophie-Dozentin für Johannes R. Becher, der nach ihrer Meinung von den führenden Persönlichkeiten in Partei und Staat nächst Wilhelm Pieck am repräsentativsten ist. Harich denkt dabei nicht an einen Sturz des Präsidenten Wilhelm Pieck; ein solcher Gedanke liegt ihm fern und wird auch von den anderen »Gleichgesinnten« im Aufbau-Verlag nicht in Betracht gezogen; Wilhelm Pieck ist absolut tabu. Nach den antisemitischen Exzessen der Nazizeit hielt Harich es für richtig, dass Deutschland einen Staatspräsidenten jüdischer Abstammung erhält – sozusagen als Demonstration gegen den Antisemitismus. In diesem Sinne äußert sich Harich im Oktober/November 1956 gelegentlich auch im Aufbau-Verlag, aber niemals im Sinne der Forderung des Sturzes von Wilhelm Pieck.

Im Februar 1957 berichtet Ernst Bloch im Präsidialrat des Kulturbundes über seine Begegnungen mit Wolfgang Harich im Jahre 1956. Die Phase der Klarsprache ist vorbei, er redet wieder Sklavensprache: »Ich habe ihn einmal in einem Vortrag gesehen, kurz nur, eine Dreiviertelstunde ... also den Grund habe ich nicht verstanden, warum er nichts gesagt hat. Ich glaube, ein Grund ist,... er wollte den sozusagen statutengemäßen Weg gehen, oder er traute mir nicht so ganz – ich weiß nicht. Ich konnte also über die Absicht Harichs nicht sagen, was ich nicht wusste. Nicht etwa, dass ich sie gehört und missverstanden hätte. Ich hätte die Tragweite erkannt; ich hätte vielleicht erkannt, wenn ich sie gehört hätte; aber nicht ein Wort!«⁴

4 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Bundesarchiv Berlin, DY 27/ 922, Bl. 45.

WOLFGANG HARTMANN

Der »Fall Noel Field«

Zum gleichnamigen Buch von Bernd-Rainer Barth

September 1950: *Neues Deutschland* veröffentlicht eine Erklärung des ZK der SED »zu den Verbindungen ehemaliger deutscher politischer Emigranten zu dem Leiter des Unitarian Service Committees Noel H. Field«. In Ungarn gab es den Prozess gegen László Rajk und andere, der Slánský-Prozess in Prag stand noch bevor (1952). Diese Prozesse richteten sich gegen bisher als untadelig geltende Kommunisten. Ohne selbst angeklagt zu sein oder auch nur in Prozessen als Zeuge vernommen zu werden, war der US-Bürger Noel Field die belastete und die belastende Hauptfigur. Field wurde vorgeworfen, ein strategischer Superspion zu sein und im Führungskader der osteuropäischen Kommunistischen Parteien ein Netz von US-Spionen oder Abhängigen geschaffen zu haben.

Sicherlich dank Stalins Tod im März 1953 ist es in der DDR zu keinem großen öffentlichen Prozess in der Art derer in Budapest, Prag und Sofia mehr gekommen. Doch die Aufzählung allein der prominenten Persönlichkeiten, die diffamiert wurden und die potenziell Angeklagte geworden wären, ist eindrucksvoll.

Die genannte ZK-Erklärung war der Eröffnungszug für ein beschämendes Kapitel der SED- und DDR-Geschichte.

I

Damals war ich gerade 21 Jahre alt und Jugendsekretär des Kulturbundes in Sachsen. In diesem Alter ist man erst bedingt kritikfähig. Wissen und Erfahrung sind noch gering. Das Aufschauen zu Vorbildern und Lehrern und das eher vorbehaltlose Vertrauen in sie überwiegen. Zwar war ich durch die Auseinandersetzungen über Krieg und Faschismus kein unkritischer Mensch mehr. Aber unser jugendliches Ungestüm, die Trümmer wegzuräumen und – nach Brecht – »was Neues hin zu bau'n« überhöhte die Gläubigkeit und Loyalität gegenüber den gestandenen Antifaschisten – und gegenüber der SED als Partei. Ihren Beschlüssen wurde vertraut – und wir sahen wenig Anlass zu methodischem Zweifel.

Den genannten ZK-Beschluss zum »Fall Field« las ich gläubig. Ich hatte nur einen winzigen kritischen Ansatz: Verdächtig, beschuldigt wurden bis dahin hoch angesehene Kommunisten wie zum Beispiel der Schauspieler und Theaterintendant Wolfgang Langhoff. Es ging nicht nur um einen Einzelnen, sondern eben um *viele* – und samt und sonders bewährte – Genossen. Darum war schwer nachzuvollziehen, was sie allesamt auf die vorgehaltenen bösen Abwege gebracht haben könnte. Vorsichtig, mit einigen Skrupeln, fragte ich

Wolfgang Hartmann – Jg. 1929, Chemielaborant, Diplomburist; war seit 1964 bei der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS; aktiv im Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »MfS: Selbstbilder und Fremdbilder«, Heft 168 (Oktober 2004), S. 923-935.

Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa, hrsgg. von Bernd-Rainer Barth und Werner Schweizer in Verbindung mit Thomas Grimm, kommentiert und übersetzt von Bernd-Rainer Barth; Bd. I: Gefängnisjahre 1949-1954. Dokumente 1-118 und 42 Fotos, 933 Seiten; Bd. II: Asyl in Ungarn. Dokumente 119-162, 57 Kurzbiografien der wichtigsten Akteure, Quellen und Archive, Literaturverzeichnis, Sachregister und anno-

tiert Personenregister; Basisdruck Berlin, Bd. I 2005, Bd. II 2006.

1 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band III; Berlin 1952; S. 197 f.

2 Zu dieser Zeit war, was ich nicht wissen konnte, Ludwig Renn bereits von der Kontrollkommission der SED-Landesleitung in Dresden angehört worden. Vgl. Barth, Bd. I, S. 420 f. – hier auch über die Beziehungen Renn – Field.

3 Spurensicherung Bd. III: Leben in der DDR, Hrsgg. von: Unabhängige Autoren-gemeinschaft »So habe ich das erlebt«; GNN-Verlag Schkeuditz 2000, S. 357 f.

Ludwig Renn, unseren Kulturbund-Landesvorsitzenden. Der legendäre Schriftsteller war selbst nicht genannt, aber ausweislich seiner Biografie und besonders seiner Mexiko-Emigration einer der Betroffenen. Meine Frage nach seiner Meinung war ein wenig naiv-respektlos. Aber so waren wir Jungen damals. Jetzt geschah etwas, was ich mein Lebtage lang nicht vergessen werde und nur schwer zu beschreiben ist. Wir saßen uns allein gegenüber, kein Zuhörer. Ludwig Renn nahm meine Frage auf und reagierte – und das ist die schwer beschreibbare Antwort – durch Schweigen. Es war nicht einfach Wortlosigkeit. Sparsames Minenspiel und Gestik ließen mich erkennen, dass er eine Antwort »suchte«. Ich weiß nicht, wie viele Minuten vergangen waren. Es schien mir eine Ewigkeit zu vergehen, bis er schließlich langsam und betont, in der ihm eigenen knappen Art, sagte: »Wir werden sehen.« Punkt. Das war eine indirekte Antwort. Sie vermied, was eigentlich als erwartbar hätte gelten sollen, nämlich den Parteibeschluss rechtfertigend zu erklären. Auch heute denke ich nicht, Ludwig Renns Reaktion könnte einer ausweichenden Vorsicht entsprungen sein.² Er dürfte kaum gemeint haben, mir gegenüber müsse er vorsichtig-unverbindlich sein. Deutlich spürte ich, da war etwas offen, vielleicht stimmte da etwas nicht. Und genau dies war dann ein Stachel, der nun in mir saß (und bis heute sitzt). Er sensibilisierte mich für Zwischentöne, und so begann meine Emanzipation zur Kritikfähigkeit.

Die »Lösung« – und neue Fragen – kamen dann mit der Dahlem-Geschichte, die für mich noch vor dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 eine Zäsur markierte (davon handelt u. a. mein Beitrag in »Spurensicherung« Bd. III, »Leben in der DDR«).³ Franz Dahlem, selbst tief in den Fall Field »verwickelt« und deshalb 1953 aus dem Politbüro und dem ZK der SED entfernt, wurde 1955 fast konspirativ rehabilitiert und ohne irgendeine Erklärung, weder für die Partei noch für die Öffentlichkeit, mit einer hohen Regierungsfunktion betraut. Ich bat ihn 1955 um eine Auskunft. Sie war offen und detailliert; hier zitiere ich aus unserem Gespräch nur ihren wichtigsten Satz: »Field war unser Mann, er war unser Genosse«.

II

Der Berliner Historiker Bernd-Rainer Barth legt jetzt in zwei Bänden insgesamt 162 Dokumente und weitere Aussagen vor. Er hat sie in jahrelanger Forschungsarbeit aus Archiven von Geheimdiensten, aus Parteiarchiven und weiteren Quellen erschlossen. Sprachkundig hat er viele der Dokumente aus ehemals geheimen ungarischen sowie aus anderen Archiven übersetzt. Die meisten sind erstmals für die Öffentlichkeit aufbereitet. Den Kern der Dokumentensammlung bilden die aufgefundenen Texte und Selbstzeugnisse Fields aus der Haftzeit, die vollständig überlieferten Vernehmungsprotokolle aus der Überprüfungsphase der sog. »konzeptionellen« Prozesse (Juni bis Oktober 1954), ferner die von den ungarischen Staatssicherheitsoffizieren verfassten Berichte, Einschätzungen, Pläne und Briefe. Die erschlossenen Quellen vermitteln ein authentisches Bild.

Bernd-Rainer Barth hat mit penibel genauen und belegten Recherchen die Angaben der Dokumente und weitere Aussagen verifiziert – zumeist mehrfach.

Die im 2. Band aufgenommenen 57 Kurzbiografien geben dem »nachgeborenen« Interessierten eine Vorstellung von den wichtigsten Akteuren. Hinzu kommen ein ergiebiger Anmerkungsapparat und umfangreiche Quellenangaben, ferner kompetente Vorworte von den selbst betroffenen Zeitzeugen George H. Hodos und Hermann Field sowie einige Beilagen. Dem Buch ist eine ansehnliche DVD mit Werner Schweizers Dokumentarfilm »Noel Field – Der erfundene Spion« beigelegt. Angesichts des sehr umfangreichen Apparats und der Anlagen ist dem Verlag die schwierige drucktechnische Gestaltung sehr gut gelungen.

Die bewundernswerte Kärner- und Analysearbeit in den Partei- und Geheimdienstarchiven sowie beim Vergleich der Dokumente und anderer Aussagen ermöglichen eine objektive historische Sicht und eine Bewertung, welche keinerlei beschönigende, verniedlichende oder ablenkende Legenden mehr zulässt.^{4,5} Offen gelegt wird eines der tragischsten Kapitel von Repressionen in den »realsozialistischen« Ländern. Beim Leser werden viele Fragen ausgelöst, die über den eigentlichen »Fall« hinausreichen.

III

Seit der Fall Noel Haviland Field in Ost und West Aufsehen erregte, ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Noel Field, seine Frau Herta und sein ebenfalls betroffener Bruder Hermann wurden Symbol für eine besonders perfide Art stalinistischer Repression und Demütigung, die sich gegen eigene Leute, gegen bewährte Kommunisten und gestandene Antifaschisten richtete. Mit den Fields verbinden sich Ereignisse der späten 40er und der 50er Jahre in der Geschichte der KPdSU und der staatssozialistischen Parteien, insbesondere in Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen und auch der DDR. Sie betreffen keineswegs nur die öffentlich zelebrierten Prozesse gegen László Rajk und andere in Ungarn, Traitscho Kostoff und andere in Bulgarien, Rudolf Slánský und andere in der ČSR, sondern zugleich deren Auswirkungen auf Formen und Methoden der Machtausübung.

Erschütternd lassen die Dokumente und noch mehr die Namen der Betroffenen erkennen, welche tragischen Schicksale denen bereitet wurden, die in den Strudel von Misstrauen, Verdächtigungen und Prozessen gezogen wurden. Betroffen waren führende und angesehene Persönlichkeiten der kommunistischen Parteien Osteuropas sowie auch der Kommunistischen Partei in Westdeutschland sowie kommunistischer Parteien Westeuropas. Aus der DDR und aus der KPD in der Bundesrepublik unter anderen: Alexander Abusch, Paul Baender, Leo Bauer, Willi Bürger, Franz Dahlem, Mathilde Danegger, Alfred Drögemüller, Lex Ende, Bruno Goldhammer, Harald Hauser, Willi Kreikemeyer, Wolfgang Langhoff, Paul Merker, Kurt Müller, Otto Niebergall, Willi Prinz, Ludwig Renn, Hans Schrecker, Hans Singer, Fritz Sperling, Anna Seghers, Bernhard Steinberger, Georg und Henny Stibi, Hans Teubner, Walter Vesper, Maria Weiterer.

IV

Noel und Hermann Field entstammten einer US-amerikanischen Quäkerfamilie. Noel Field (geb. 1904) studierte Völkerrecht an der Harvard Universität. Von 1926 bis 1936 stand er im Dienst des US-

4 Wie etwa Kurt Gossweiler: Die Aufklärung der Vorgänge um Noel Field – ein abgeschlossenes Kapitel? In: Spurensicherung Bd. III, a. a. O., S. 377 f.

5 Ein Erklärungsversuch des englischen Journalisten Stewart Steven, wonach der Fall Field und die von ihm provozierten Prozesse und Repressionswellen in Osteuropa ein von der CIA eingefädelttes Spiel gewesen seien, wird von den Dokumenten, die Bernd-Rainer Barth vorlegt und aufbereitet, nicht gestützt. Vgl. Stewart Steven: Sprengsatz. Die Operation Splinter Factor der CIA, Stuttgart 1975.

6 Barth, Bd. I, S. 145 f.

Außenministeriums. Als Mitarbeiter der Westeuropaabteilung befasste er sich mit Abrüstungsfragen und dem Völkerbund. Hermann Field, Noels Bruder, war Architekt.

In einem während der ungarischen Haft geschriebenen ausführlichen Brief an das ZK der KPdSU vom 24. März 1954 (Dok. Nr. 19)⁶ beschreibt Noel Field seine »Entwicklung vom pazifistischen Idealisten zum militanten Kommunisten«. Freundschaften mit Gleichgesinnten beförderten diesen Weg. In den 30er Jahren fanden die Fields in den USA Kontakt mit dem deutschen Emigrantenpaar Hede Gumperz und Paul Massing. Die Massings arbeiteten für die sowjetische Auslandsaufklärung. Nachdem Field einige Loyalitätskonflikte überwunden hatte, gewannen sie ihn zur Mitarbeit. Das war 1935. Field wechselte 1936 vom US State Department auf eine Stelle im Völkerbund in Genf.

Privat unternahmen Noel und Herta Field 1938 eine vom sowjetischen Geheimdienst betreute Reise in die Sowjetunion. Für deren Einordnung und Verstehen ist aufschlussreich, dass sie vom stellvertretenden Leiter des sowjetischen Auslandsnachrichtendienstes, Sergej Schpigelglas, persönlich betreut wurden. Während des Aufenthaltes der Fields in Moskau wurde eine Regelung der Mitgliedschaft in der KP der USA gefunden, nämlich als geheime Mitglieder der amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale. Aus Gründen der nachrichtendienstlichen Konspiration – jedoch ohne einen dokumentierenden Beleg in ihrer Hand. Daher später Fields Bemühungen (auch zur Verteidigung gegen Verdächtigungen), diese Mitgliedschaft anerkannt und dokumentiert zu erhalten. Denn sowohl ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit als auch ihre spätere Solidaritätsarbeit im »Unitarian Service Committee« (USC) verstanden Noel und Herta Field als eine Form der Parteiarbeit.

Nach Westeuropa zurückgekehrt, warteten die Fields vergeblich auf die in Moskau verabredete neue Kontaktaufnahme des sowjetischen Geheimdienstes NKWD. Dies steht im Zusammenhang mit Ereignissen, die für viele Betroffene tragisch waren. In der Sowjetunion der 30er Jahren mutierte berechnete Wachsamkeit zu einem paranoiden Misstrauen, welches ungehemmt und willkürlich grassierte.

Selbstverständlich war Wachsamkeit legitim – egal, ob aus kommunistischem Verständnis zum Schutz der Sowjetunion als Pionier für eine sozialistische Entwicklung oder auch aus *herkömmlichem* Souveränitätsverständnis im Sinne selbstbezogener sowjetischer Staatsinteressen, zu denen natürlich der Schutz gegen eine Aggression durch die Mächte des von Hitler geschaffenen Anti-Komintern-Paktes gehörte. Aber die »Säuberungen« Stalins bezweckten etwas ganz anderes. Sie trafen – zusätzlich begünstigt durch das Fehlen rechtsstaatlicher Standards – mit ihren Schauprozessen, Erschießungen, Verbannungen und öffentlicher Diskriminierung nicht nur wirkliche Feinde, sondern überwiegend die eigenen Leute – darunter bewährte Kommunisten sogar aus der Leninschen Parteiführung, auch aus den sowjetischen Geheimdiensten. Fields Moskauer Betreuer Schpigelglas wird als »Volksfeind« verhaftet und erschossen. Für die Fields bleibt nicht ohne Auswirkungen, dass verantwortliche sowjetische Geheimdienstpartner (z. B. Ignaz Reiss, Walter G. Krivitsky) sich abwandten, im Westen offenbarten und Zuflucht such-

ten. Die konkreten Zusammenhänge und die persönlichen Gründe – als Bruch mit Stalin – wären ein eigenes Thema. Insoweit gerieten die Fields schon damals in diesen Sog. Aber sie gaben – wie auch die Mehrheit der Repressierten selbst – ihre Ideale nicht auf. Und auf der Kehrseite wurde, als Folge von Verrat, Noel Fields Lage ebenfalls prekär. Er verließ den Völkerbund und schuf sich ein *eigenes* Feld kommunistischer Solidaritätsarbeit. Im Jahre 1941 nahm Field ein Angebot der christlichen Unitarier aus den USA an und baute mit seiner Frau in Südfrankreich eine Filiale des »Unitarian Service Committee« (USC) auf. Ihr Zentrum lag zunächst im von den Nazis noch nicht besetzten Marseille. Später verlegte er es notgedrungen nach Genf.

V

Das USC organisierte für verfolgte antifaschistische Emigranten unter anderem aus Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Jugoslawien – darunter viele Spanienkämpfer – solidarische Hilfe. Field bezeichnete die USC-Arbeit als eine »bürgerlich getarnte ›Rote Hilfe‹«. Dieses Hilfswerk leistete, unter schwierigen und teils konspirativen Bedingungen, eine eindrucksvoll umfangreiche Unterstützungsarbeit. Es half vielen hundert Kommunisten, die sich in Internierungslagern Südfrankreichs (z. B. Gurs, Vernet) oder in der Illegalität befanden. Für viele war es lebensrettende Hilfe. USC half auch anderen Flüchtlingen, zum Beispiel jüdischen Kindern, deren Eltern deportiert worden waren. USC-Gelder wurden für Fluchthilfeaktionen genutzt, ferner zu Waffenkäufen für Partisanen. All dies sind unbestreitbare (aber in den Prozessen verschwiegene) Tatsachen. Von den nach der Befreiung vom Faschismus in führende Funktionen ihrer Länder gekommenen Kommunisten waren nicht wenige von Field unterstützt worden. Sie erhielten ihre Funktionen freilich nicht, weil Field sie als US-Agenten aufgebaut und eingeschleust haben sollte, sondern weil sie sich als Antifaschisten – zum Beispiel im Spanienkrieg – bewährt hatten.

In der Schweiz gab es eine starke KPD-Gruppe. Die emigrierten Genossen lebten legal in Freiheit – wie zum Beispiel Wolfgang Langhoff, Wolfgang Heinz, Karl Paryla und Mathilde Danegger am Zürcher Schauspielhaus – oder als Internierte. Einige lebten auch illegal: so Paul Bertz, der aus dem Funktionärsapparat der KPD kam. Er war der ranghöchste KPD-Funktionär in der Schweiz. Mit ihm und mit der Schweizer KPD-Gruppe hatte Field enge Beziehungen, zum Beispiel als ihr Kurier in den noch unbesetzten Teil Frankreichs. Unter den gegebenen Umständen waren die Schweizer KPD-Gruppe und Paul Bertz für Noel Field »die Partei«.

VI

Aus gemeinsamer Zeit im US-Aussenministerium kannte Field Allen Dulles, nun US-Diplomat und Resident des Office of Strategic Services (OSS) in Bern.⁷ Mit Paul Bertz abgestimmt, knüpfte Field Kontakt mit Dulles. Solche Kontakte, die auf den damaligen gemeinsamen antifaschistischen Zielen der Anti-Hitler-Koalition basierten, waren keinesfalls ungewöhnlich.⁸ Der Zweck war, in diesem politischen Rahmen auch von Dulles Mittel für den antifaschisti-

7 Das Office of Strategic Services war während des 2. Weltkrieges der wichtigste Nachrichtendienst der USA und Vorläufer der CIA.

8 Solche Kontakte wurden zum Beispiel auch mit einer durch Ruth Werner – »Sonja« – vermittelten Abstimmung mit der Sowjetunion von prominenten kommunistischen Emigranten in England unterhalten (so etwa von Jürgen Kuczynski oder Anton Ruh, dem späteren Chef des DDR-Zolls).

schen Untergrundkampf kommunistischer Gruppen zu erhalten. Zwischen Field und Dulles gab es im Auftrag der KPD-Leitung einige Zusammenkünfte. Über die Besuche bei Dulles in der US-Vertretung in Bern und ihre Ergebnisse war Paul Bertz (und damit die Partei) unterrichtet. Field konnte für die Solidaritätsleistungen des USC einige (relativ geringe) Beträge locker machen. Ferner erwirkte er Hilfsleistungen, um für Kommunisten aus den ungarischen und jugoslawischen Emigrationsgruppen in der Schweiz unter den am Ende des Krieges noch schwierigen Bedingungen die Rückkehr in ihre Heimatländer zu ermöglichen. Diese politisch legitimen und legalen Kontakte und die genutzten Hilfen bei der Rückkehr durch die Besatzungsgebiete in ihre Heimatländer wurden in den Prozessen der 50er Jahre in »Spionageverbindungen« verfälscht – entgegen allen den Kommunistischen Parteien stets gegebenen Informationen und den verfügbaren Einblicken in das tatsächliche Geschehen. Das kam einer rückwirkenden Auslöschung der Anti-Hitler-Koalition gleich.

Der reale Noel Field wurde in die Kunstfigur eines US-amerikanischen Agenten verwandelt. Alleiniger »Beweis« (neben erforderten vorgegebenen Aussagen): Er hatte ja tatsächlich während des Krieges der Anti-Hitler-Koalition Kontakt mit dem – inzwischen zum Geheimdienstchef avancierten – Allen Dulles gehabt. Die unterstellte Funktion dieser Kunstfigur war, angeworbene Agenten des US-Geheimdienstes in die kommunistischen Parteien Osteuropas einzuschleusen. Dagegen diente der echte Noel Field als anfassbare Hülle für die Konstruktion der Verfolgungswelle und der Prozesse namentlich in Ungarn, Polen, Bulgarien, der ČSR und der DDR. Diese Konstruktion sah die für viele tatsächlich lebensrettende Solidaritätsarbeit Fields als Mittel zum perspektivischen bösen Zweck. Alle, denen Field geholfen hatte und die zum Teil in ihren Parteien führende Funktionäre geworden waren, wurden verdächtigt und zu bewussten oder mindestens unbewussten Agenten des Klassenfeindes gemacht.

VII

Hier scheint deutlich eine Methode auf, die nicht nur im vorliegenden Komplex eine schlimme Rolle in der Praxis der Parteien spielte: Ausgehend von einer verallgemeinernden, meist ideologisch geprägten Behauptung oder Abstempelung (»Kontakt mit Field« – oder »Trotzkismus«, »Browderismus«, »Titoismus«, »Zionismus«, »Versöhnlerturn«, »Revisionismus« u. dgl.)⁹ wird ein daraus deduktiv gewonnenes Merkmal als allgemeiner Beurteilungswert und sogar als juristischer (strafrechtlicher) Urteilsgrund gegen einen Menschen oder eine Gruppe gesetzt. Das schafft oder begünstigt Willkür. Solches Verfahren öffnet überhaupt subjektiven sowie zufälligen Beund Verurteilungen Einfluss. Mit dieser Methode wird ein Mensch nicht nach seinem tatsächlichen eigenen konkreten Handeln und seinen Motiven sowie nach seinen konkreten Ergebnissen beurteilt (wie z. B. Fields Überlebenshilfe für viele Kommunisten), sondern nach den auf ihn gerichteten ideologischen Projektionen. Tatsachen (z. B. Fields parteiintern bekannter Dulles-Kontakt) wird mit dieser Methode eine manipulierte Bedeutung verliehen. Umso schlimmer noch,

9 Methodisch eine ähnliche Rolle in der Kaderpolitik der SED spielten eine Zeit lang solche pauschalen Merkmale wie »westliche Emigration«, »westliche Kriegsgefangenschaft«, (frühere) »Zugehörigkeit zu parteifeindlichen Gruppierungen« (wie KPO oder SAP).

wenn Handeln und Motive unter komplizierten Bedingungen widersprüchlich anmuten mögen oder es – wie so oft im realen Leben! – tatsächlich sind. Oder wenn Handeln und frühere Motive in der später erfahrungsklug gewordenen Rückschau sich als tatsächlich fehlerbehaftet erweisen (was in der Parteigeschichtsschreibung gelegentlich sogar für die Partei als Ganzes eingeräumt wurde). *Beweistatsachen und Nachweise sind dann entbehrlich, es genügt die Deduktion aus einem Konstrukt.* Die unter Druck verschiedener Art erzielten Geständnisse gelten ohne weiteren Tatsachenbeweis als ausreichend.¹⁰ Wer dagegen in der Repressionspraxis jener Periode standhaft nichts gestand, weil nichts zu gestehen war, oder wer gar wagte, dagegen zu halten, wurde noch negativer beurteilt. Und: Wie oft wurden – selbst in weniger zugespitzten Zusammenhängen – aus ergebener Parteioyaltät demütigende Selbstkritiken oder -beschuldigungen abgegeben?

Anzumerken ist noch, dass gerade wegen der den Geheimdiensten immanenten Konspiration und verdeckter Arbeitsweisen Vorwürfe von geheimdienstlichen Beziehungen leicht zu manipulieren sind.¹¹ Dazu kann eine bloße Vorzeichenumkehr genügen – wie im Fall Noel Field. Besonders dann, wenn – wie im ganzen Field-Komplex – die Beschuldigten naturgemäß nur schwer imstande sein können, gegen *erfundene* Schuldbehauptungen einen Unschuldsbeweis vorzulegen. Dank meiner eigenen operativen Arbeit im Auslandsnachrichtendienst der DDR kann ich empfinden, wie durch die Konspiration von Beziehungen falsche und seitenverkehrte Deutungen von Oberflächenbefunden begünstigt sein *können* – versehentlich oder auch mutwillig, z. B. bei nachrichtendienstlichen Kontakten und Beziehungen »unter fremder Flagge« oder bei der abschöpfenden Nutzung völlig legaler offener und normaler Gespräche. *Umso verheerender wirkt dann in einem Organ der inneren Sicherheit eine Haltung, welche gegenüber »dem Anderen« von einem prinzipiellen Misstrauen ausgeht und sich selbst eine Art von Beurteilungsmonopol und Inquisitionskompetenz zubilligt. Allein die große Anzahl der später im Komplex Field und anderen Zusammenhängen notwendig gewordenen Rehabilitierungen zeigt dies überdeutlich!*

VIII

Noel Field war am 11. Mai 1949 in Prag konspirativ verhaftet, geheim nach Budapest verbracht und dort jahrelang ohne rechtlichen Beistand in strengster Isolationshaft gehalten worden. Wie viele andere Betroffene wurde er unter Folter (Dokumente 10 und 19)¹² zu vorgegebenen Aussagen gezwungen. Noel Field aber widerrief – sobald er sich wieder bei Kräften fühlte – die erpressten Aussagen. Damit wurde er als vorzuführender Zeuge oder als Angeklagter in einem Schauprozess untauglich. Dennoch wurde er in den Prozessen und in den geheimen Repressionen als fiktiver Hauptzeuge bemüht – freilich ohne je persönlich vorgeladen zu sein, vor Gericht aussagen zu können oder persönlich gegenüber gestellt zu werden. In den Prozessen war er somit eine Kunstfigur. Real wurde er in Isolationshaft gehalten und – wie auch sein Bruder Hermann in Warschau – niemals selbst in einem Strafprozess angeklagt!

In den beiden Bänden Bernd-Rainer Barths wird anhand der Archivstudien und der Dokumente die »Konstruktion« des Prozessge-

10 Eine gewisse Zäsur gab es nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 – wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz. Auch in der DDR-Strafprozessordnung gab es Änderungen: Ohne gleichzeitigen konkreten Tatsachenbeweis blieben Geständnisse von Beschuldigten nun gegenstandslos.

11 Dies ist keineswegs ein Problem nur der Sicherheitsorgane der frühsozialistischen Staaten.

12 Barth, Bd. I, S. 75 f. und S. 145 f.

schehens in Ungarn genau belegt. Deutlich wird, dass – eng mit Stalin abgestimmt – der damalige ungarische Parteichef Mátyás Rákosi seit 1949 Initiator und Konstrukteur des Grundmusters war. Eine Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass Rákosi einem eigenen Schicksal ähnlich dem des geächteten Josip Broz Tito entgegenwirken wollte.

Die Verfolgungen im Zusammenhang mit dem »Komplex Field« und die willkürlich konstruierten Anschuldigungen müssen als Teil der Absicht Stalins gesehen werden, jedwede Emanzipation sozialistischer Länder zu einem »eigenen Weg zum Sozialismus« zu unterbinden und die uneingeschränkte Hegemonie der Sowjetunion zu sichern. Neben den alten Popanz »Trotzkismus« wurde jetzt der des »Titoismus« gestellt. Er diente nicht nur als Instrument zur Disziplinierung der Parteien, sondern auch einzelner Kommunisten. Gleichzeitig sollte das Ganze der Propaganda gegen den Imperialismus dienen – am Ende freilich ein Bumerang.

Noel Field und seine Frau Herta waren in Ungarn, Noels Bruder Hermann Field in Polen fast fünf Jahre in geheimer Isolationshaft (1949-1954). Sie blieben ohne Rechtsbeistand sowie ohne Information über das Außengeschehen. Sie erfuhren in der Haft zunächst nichts über den Tod Stalins im März 1953 und über die ihm folgende Wende, welche letztlich auch zu ihrer Freilassung und Rehabilitation führte.

IX

Der Historiker Bernd-Rainer Barth folgt in seiner Forschung und bei der Aufbereitung ihrer Ergebnisse vorbildlich dem Prinzip *sine ira et studio*. Dennoch kann – besonders für die Linken – die heutige kritische Auseinandersetzung mit den Jahrzehnte zurückliegenden Geschehnissen keine kühle historische Wahrnehmung sein. Sie muss die nach Stalins Tod 1953 nur langsam und oft halbherzig erfolgten Rehabilitierungen mit Konsequenz zu Ende führen. Dazu gehört die Frage nach den Gründen der Halbherzigkeit. Diese offenbarte sich in der SED dreifach. Während die diskriminierenden Beschuldigungen ausgiebig öffentlich erfolgt waren, blieben die Rehabilitierungen zumeist eher versteckt. Die Öffentlichkeit erfuhr wenig (oder gar nichts). Es gab keine öffentliche Entschuldigung. Die Verleihung von Titeln und Auszeichnungen »ersetzte« die offene Rehabilitierung. Zweitens: Hinsichtlich der zutage liegenden Deformationen und auch Exzesse »sozialistischer« Machtausübung wurde jede offene kritische Analyse der Ursachen und ihres Zusammenwirkens mit den verschiedensten Faktoren unterlassen. »Keine Fehlerdiskussion« hieß in der SED ein Verdikt nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Schließlich: Verantwortliche für *bewußt konstruierte* Beschuldigungen und *erpresste* Aussagen wurden nicht zur Verantwortung gezogen. Das gilt auch für die Verantwortlichen in der SED-Spitze.¹³

Die konsequente Rehabilitierung hat für Sozialisten und für ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft auch eine ethische Dimension. Wahrhaftigkeit ist ihre Bedingung. Zu dieser gehört, dass Schuld und Verantwortliche nicht namenlos bleiben können.

Das Wichtigste aber ist, für die Zukunft eindringlich in das Gedächtnis einzufügen, dass künftige Versuche, eine sozialistische Ge-

13 Eine freilich eher formale Ausnahme gab es in Ungarn: Gegen einige Verantwortliche des Geheimdienstes wurden – als Sündenböcke für ihre Auftraggeber – Strafprozesse geführt, u. a. wegen der angewandten Folterungen. Auch darüber geben die von Bernd-Rainer Barth erschlossenen ungarischen Dokumente Einblick.

sellschaft zu schaffen, niemals mehr solche Verirrungen, politische Paranoia und Entartungen von institutioneller Macht sowie persönlichem Machtmissbrauch dulden dürfen, wie sie (auch) der »Komplex Field« offenbart. Die schmerzhafteste Erfahrung belegt, wie sehr sonst humanistischer Anspruch und stabiler Erfolg beschädigt und gesellschaftlicher Fortschritt weit zurückgeworfen werden. Wenn die von Rosa Luxemburg bezeichnete Alternative »Sozialismus oder Barbarei« dauerhaft für eine sozialistische Gesellschaft entschieden sein soll, dann nur, wenn den hier gezeigten Deformationsmustern keine Wiederholung gestattet wird.

Dies ist leichter gefordert als verwirklicht: Denn in zugespitzten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist selbstverständlich kaum zu erwarten, sie könnten idealtypisch verlaufen. Jeder neue Versuch, Sozialismus zu schaffen, wird auf den militanten Widerstand derjenigen stoßen, deren eigene Interessen durch die eigensüchtigen *profitbestimmten* Ziele des kapitalistischen Systems, durch seine Mechanismen und Machtprivilegien bestimmt sind und bedient werden. Dennoch muss in der Hitze (und Spontaneität) solcher Kämpfe der Selbstentstellung und der Versuchung entgegengewirkt werden, einen neuen autoritären Staatssozialismus zu schaffen. Um so mehr ist die Forderung nach einer eigenen sozialistischen Analyse sowie nach Schlussfolgerungen für *institutionelle* Sicherungen zu bekräftigen. Deshalb die Fragen: Welchen Boden gab es für die mit dem Namen Field bezeichneten, aber nicht darauf begrenzten Vorgänge? Welche Bedingungen und Ursachen wirkten auf jene Resultante der vielen Kräfteparallelogramme, die nach Friedrich Engels das geschichtliche Ergebnis hervorbringt?¹⁴

Eine Reduktion der Analyse auf bloß subjektive Eigenschaften der Verantwortlichen und Beteiligten (zum Beispiel persönliche Machtgelüste, Eitelkeiten, charakterlicher Opportunismus, fehlende Kritikfähigkeit, emotionale Ausschläge) führte in die Irre – so sehr natürlich auch individuelle Eigenschaften – und Verantwortlichkeit! – negativ oder positiv eingehen. *Doch wesentlicher sind die gesellschaftlichen Umstände.*

Selbstverständlich kann die Kritik an den Irrtümern und Entartungen vergangener staatssozialistischer Machtpolitik (namentlich der Stalinzeit) nicht aus dem konkreten historischen Kontext herausgelöst erfolgen (wie es der gegenwärtig vorherrschende Zeitgeist aus durchsichtiger Absicht manipulierend unternimmt). Die Kritik kann nicht treffsicher sein, ohne zuerst an den »*eigenen*« tradierten historischen Boden zu denken. Im Falle der Sowjetunion (und ihres Einflusses nach außen) beispielsweise an die absolutistische Machtpaxis des ihr vorausgegangenen Zarismus sowie an die »Gewohnheiten« des großrussischen Nationalismus. Also, wie sich gezeigt hat, an Muttermale, an *nachwirkende* Prägungen durch die doch zu überwindenden Herkunftsverhältnisse und an »gewöhnte« Praktiken. Lehrreich ist der Blick auf das heute wieder kapitalistische Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion: Lässt er nicht ahnen, wie schwer es nicht nur nach 1917 war, *sondern es bis heute noch ist*, aus den im Kern autoritären und willkürlichen Machtgewohnheiten zaristischer Färbung auszubrechen? Und welche weite Zeitspanne dafür realistisch ist? Gegen die Heuchelei sei an-

14 Engels an Bloch (21./22. 9. 1890): »Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden. Aber auch die politischen usw., ja selbst die in den Köpfen der Menschen spukende Tradition, spielen eine Rolle, wenn auch nicht die entscheidende. (...) Zweitens aber macht sich Geschichte so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante – das geschichtliche Ergebnis – hervorgeht, die selbst wieder als Produkt einer, als Ganzes, *bewußtlos* und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was der einzelne will, wird von jedem andern verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat.« In: Karl Marx, Friedrich Engels: *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 503. (MEW, Bd. 37, S. 463 f.)

gemerkt, dass absolutistische Machtpraxis kein exklusives Problem-muster von Sozialismusversuchen war und ist. Solche Machttechniken brauchten seinerzeit wie auch heute »negative Symbolfiguren«, die ein bedarfsgerechtes Feindbild hergeben. Zu solchem musste auch Noel Field herhalten.

In den frühen 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts musste der Begründer der sowjetischen Tscheke, Feliks Dzierzynski, bereits eine Ahnung von dieser Gefahr für die Sowjetunion empfunden haben. Seine Frau Zofia notiert in ihren Erinnerungen: »Feliks war nach den Worten W. R. Menshinskis¹⁵ ›der strengste Kritiker seiner Schöpfung (der Tscheke – Z. D.)‹. Er fürchtete nichts mehr, als daß sich der Wurm in ihr einniste, sie ein sich selbst genügendes Organ werde, die Verbindung zur Partei verlöre, ihre Mitarbeiter schließlich auf Abwege gerieten und ihre immensen Rechte ausnutzten.«¹⁶ Das ist eine erste Komponente. Mit ihr verband sich eine zweite. Sie war völlig anderen Charakters. Auch sie vermag nicht wirklich zu rechtfertigen, hilft aber zu verstehen. Bertolt Brecht sagt in seinem Gedicht »An die Nachgeborenen«: »Dabei wissen wir doch: / Auch der Haß gegen die Niedrigkeit / Verzerrt die Züge. / Auch der Zorn über das Unrecht / Macht die Stimme heiser. Ach, wir, / Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, / Konnten selber nicht freundlich sein. / Ihr aber, wenn es soweit sein wird, / Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist, / Gedenkt unsrer / Mit Nachsicht.«¹⁷

Waren (und sind), wie in Brechts Vision, die Verhältnisse in der Welt schon so weit, »daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist«? Sind es nicht heuchlerische Vorhaltungen, die da leugnen, dass die terroristische Herrschaft des Faschismus, sein Chauvinismus und Rassismus, seine Aggressionskriege, das System von Konzentrationslagern, die industrialisierte Menschenvernichtung sowie seine Demütigung fremder Völker in hohem Maße emotionale Abwehrreflexe provozierten und nährten? Reflexe und Emotionen, die leicht die eigenen Ideale und Ziele, das eigene rationale Handeln beschädigen, vielleicht sogar vergessen lassen konnten?

Zur prägenden Sozialisation derer, die nach 1945 (im Osten) führend angetreten waren, eine neue und als sozialistisch verstandene Gesellschaft zu schaffen, gehörte nicht nur ihre selbst erlebte Erfahrung in zum Teil noch absolutistischen Gesellschaften, sondern auch die einer fast beispiellosen barbarischen Unterdrückung: Auschwitz, Maidanek, Mauthausen, Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen und andere sind einmalig. Hinzu kommen das Kriegs- und das demütigende Okkupationsregime. Läuft die heutige Leugnung der von Brecht genannten sozial- und politisch-psychologischen Momente nicht auch – mindestens unbewusst, manchmal vielleicht absichtsvoll – auf das Verdrängen ihrer barbarischen Ursachen hinaus?

Die Abwehrreflexe gegen brutale Herrschaftsziele und Methoden, welche feudale oder kapitalistische Regime provoziert haben (und heute noch immer neu hervorbringen), begünstigen die Verzerrung oder gar die Verdrängung humaner Grundsätze bei denen, die sich wehrten und wehren. Zum Beispiel gegen den Kolonialismus und seinen Rassismus, gegen imperiale strategische Optionen (etwa zur Durchsetzung von Erdölinteressen), gegen die Missachtung der Selbstbestimmung gesellschaftlicher Entwicklungen und Kulturen

15 Wjatscheslaw Rudolfowitsch Menshinski war Stellvertreter und später Nachfolger Dzierzynskis.

16 Zofia Dzierzynska: Jahre großer Kämpfe, Berlin 1977, S. 303.

17 Bertolt Brecht: Gedichte, Bd. IV, Berlin 1961, S. 148.

(eine der Hauptquellen auch des heutigen Terrorismus!). War (und ist) es nicht die Erfahrung der sich dagegen Wehrenden und eigenes Recht Fordernden, selbst unerbittlich bekämpft zu werden? Wegen anderer Überzeugungen, wegen anderer Rasse, wegen anderen Glaubens, allein schon wegen entsprechender Verdächtigungen, aber insbesondere dann, wenn sozialistische Ziele angestrebt werden und die Herrschenden eine reale Gefahr für ihre eigenen Interessen sehen und sehen. Sollten solche Erfahrung ohne Folgen für die eigenen Dispositionen nach einem Machtwechsel bleiben? Deformationen haben ihre Quellen!¹⁸ Die skizzierten Erfahrungen rechtfertigen nicht spätere stalinistische Machtpraktiken. Aber sie bewirkten – auch für viele der *an der Basis* Handelnden! – eine andere Kultur des eigenen Machtgebrauchs, als sie sich in einer Gesellschaft vorbereitet, welche – selbst wenn es nur formal geschieht – die bürgerlich-demokratischen und liberalen Spielregeln einigermaßen einhält. Für Sozialisten und ihre Selbstbestimmung muss daher eine der Konsequenzen auch aus dem Komplex Field sein, schon auf dem Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft die demokratische Kultur der Macht (Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Dialog, Toleranz u. a.) nicht nur zu verteidigen, sondern aktiv mit zu gestalten – aber sie nicht einfach als »bürgerlich« zu denunzieren. Hatte nicht die Geringschätzung bürgerlichen demokratischen Fortschritts die Pforte für Deformationen bisheriger Sozialismusversuche geöffnet?

Eine dritte, auch ideologische Komponente ist verflochten. Sie war mindestens bis Ende der 50er Jahre dominant. Während Marx, Engels, Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci die »Diktatur des Proletariats« (und diese nicht nur isoliert erfolgreich »in einem Lande«) als ein *Zwischenstadium* sahen, welchem eine Zivilgesellschaft mit einem »Absterben des Staates« folgen werde, wurden im »marxistisch-leninistischen« Selbstverständnis Staat und Partei zur zentralen Kategorie. Nicht nur zur legitimen Verteidigung gegen tatsächliche Konterrevolution und Aggression von außen – sondern als allmächtige und zentralisierte Leitinstanz für die politische, ökonomische, wissenschaftliche, kulturelle Entwicklung überhaupt. Oft bis in kleinste Details. Und gab es nicht im Sprachgebrauch eine Vulgarisierung des Diktaturbegriffs? In Rosa Luxemburgs kritischer Sicht ist immanent die notwendige Alternative erkennbar: »(...) einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.«¹⁹ Unabdingbar gehört zu der von Rosa Luxemburg antizipierten gesellschaftlichen Kultur auch der anfänglichen »Diktatur des Proletariats«, den Bürgern nicht Kritik zu verwehren, sondern ihnen Fähigkeit zu demokratischer Kritik und zu kritischer demokratischer Auseinandersetzung zu vermitteln (also auch das Gegenteil von Walter Ulbrichts späterem Diktum »keine Fehlerdiskussion«).

18 Zur deutschen Problematik ausführlich und tief schürfend, auch unter Heranziehung Eugen Kogons, Hans Meyers und Wolfgang Ruges: Michael Schumann: Über den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression, in: Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer und Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt – Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992, S.16 f.

19 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Berlin 1974, Bd. 4, S. 362 f.

20 Dieses Problem der frühen Sowjetunion ist in der heutigen historischen Betrachtung etwas in den Hintergrund getreten. Um es gegenwärtig zu machen, ist die Lektüre des genau recherchierten historischen Romans »Radek« von Stefan Heym (München 1995) empfehlenswert.

Einen weiteren mächtigen Faktor für die Realität der Staaten, die bisher Sozialismus versuchten, bildete das ökonomische Kräfteverhältnis. Schon am Beginn erhob sich für die Sowjetunion die bedrückende Frage, ob »Sozialismus in einem Lande« möglich sei.²⁰ Erst Jahrzehnte nach der sowjetischen Oktoberrevolution begannen weitere Länder den Versuch, Sozialismus aufzubauen. Freilich nicht als Ergebnis einer originären sozialistischen Revolution, sondern wesentlich als Konsequenz und Ergebnis der dem Faschismus zugefügten Niederlage sowie unmittelbaren sowjetischen Einflusses. Mit Ausnahme der DDR und zum Teil der CSR waren diese Länder alle ökonomisch noch gering entwickelt – sowohl hinsichtlich ihrer absoluten Leistungsfähigkeit als auch ihres technologischen Ausgangspunktes. *Dieses ökonomische Kräfteverhältnis begünstigte strengen Zentralismus und Machtfetischismus.* Seinerzeit erklärten manche westliche Beobachter politische Pläne und Absichten der sozialistischen Länder mit aus »Minderwertigkeitsempfinden« herührenden Reflexen – auch in Sicherheitsfragen.

Die geschichtlichen Abläufe des »Komplexes Field« lassen sich nicht enträtseln, wenn nicht die Tragik des Zusammenwirkens, der Verflechtung und sogar der gegenseitigen Stimulierung aller dieser verschiedenen Bedingungen und Faktoren beachtet wird.

X

Noel Field, seine Frau Herta und sein Bruder Hermann kamen schließlich 1954 frei. Noel und Herta Field verblieben auf eigenen Wunsch in Ungarn – in jenem Land, in dem sie schlimme Qualen erlebt hatten. Sie blieben trotz alledem Sozialisten! Sie blieben der Sowjetunion und der kommunistischen Bewegung verbunden. Warum? Darin gleichen den Fields sehr viele Menschen, die in der Sowjetunion, in den osteuropäischen Ländern, auch in der DDR, von analogen Verdächtigungen und Repressionen betroffen waren. Weshalb sind die Fields und die anderen Genannten nicht abtrünnig geworden? Sie schöpften ihre Kraft aus der ihnen *eigenen* historischen Sicht auf die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative, auf Rosa Luxemburgs Alternative »Sozialismus oder Barbarei«. Dies war *ihr* Grundverständnis als Kommunisten (oder als Marxisten). Dieses historische und Selbst-Verständnis war nicht aufhebbar durch die Konstellationen, in die sie sich zwar selbst begeben hatten, die ihnen aber *in ihren negativen* und für sie bedrohlichen Eigenschaften wohl als gegeben, aber eben nicht als alternativlos »gesetzmäßig« erscheinen mochten. Das machte sie auch leidens- und überlebensfähig – wie gegenüber anderen Repressionen auch. Sie, die Betroffene waren, wurden mit ihren Erlebnissen fertig. Um so mehr ist es unsere Pflicht, ihnen gerecht zu werden und statt Verdrängung oder Beschönigung die Geschichte, *unsere* Geschichte, kritisch anzueignen – auch für die künftigen Generationen, für die »Urenkel« Jürgen Kuczynskis. Und für die Erfüllung der Visionen, denen Fields – trotz allem! – verbunden blieben. Die beiden Bände des Historikers Bernd-Rainer Barth geben dafür eine überaus solide Grundlage.

GERHARD WAGNER

Zwischen Mondschein und Gaslicht

Heine in der ästhetischen Kultur des Industriezeitalters

Heinrich Heine war nicht nur zeitgenössischer Wegbegleiter, auch nicht nur Antipode der deutschen klassisch-romantischen »Kunstperiode« (IV, 238, 343)¹ in Literatur und Theorie. Er war ihr kritischer Erbe. Denn wenn deren geistige Produktivität bewahrt werden sollte, mußten gerade ihr ideologisches Koordinatensystem aufgebrochen, die trügerische Idealisierung vergangener Kunst überwunden und eine neue radikal-demokratische Programmatik in Praxis und Theorie entwickelt werden. Und zwar durch Aktivierung dialektischer Möglichkeiten, welche die neue, die »moderne kritische Wissenschaftsperiode« (V, 56) bot, wie er sie in *Die Romantische Schule* von 1833/35 bezeichnet.

Das ist eine Umwendung, deren Hauptgegenstand eben nicht der ästhetische Schein, sondern die geschichtliche Epoche selbst ist. Und aus dem bewußten Verhältnis zu den sich in ihr vollziehenden Prozessen, Kämpfen und aus ihnen hervorstoßenden Perspektiven erwächst bei Heine die Neubestimmung des Verhältnisses von Literatur und Wirklichkeit, des Werkmodells in seiner Beziehung zum Gegenstand – in den gesellschaftlichen Kommunikationsbedingungen wie in dem besonderen Bezug zwischen Poet und Welt. Das schließt ein den Wandel der Schönheitsvorstellungen in Gehalt und Form, der Dialektik von Schönheit und Häßlichkeit. Literatur sollte nicht ästhetisch und politisch resignieren, sondern den Kampf aufnehmen, dadurch auch das emanzipatorische Anliegen von Aufklärung und Klassik bewahren: nämlich Kunst zu produzieren, die dem Epochengehalt gemäß ist, diesen vermittelt und mitgestaltet – den ungünstigen Verhältnissen zum Trotz. Heine unternimmt das unter den neuen Bedingungen zwischen den europäischen Revolutionen von 1789 und 1848, in einem geschichtlichen Horizont, in dem die vergehende feudale Welt und der sich entfaltende moderne Kapitalismus aufeinandertreffen, aber bereits sozialistische Elemente aufdämmern.

Dampfwagen und Mondnacht

In seinen *Englischen Fragmenten* von 1828 gibt Heine eine atmosphärische Zusammenfassung der Widersprüche, deren komplexes Wirken er erlebte, nachdem aus dem »gewöhnlichen Staatsschiff« des Inselreichs ein wendiges »Dampfboot« mit »ungeheurem Maschinenwerk« (III, 447) geworden war. Er schreibt: »Überreichtum und Misere, Orthodoxie und Unglauben, Freiheit und Knechtschaft, Grausamkeit und Milde, Ehrlichkeit und Gaunerei, diese Gegensätze

Gerhard Wagner – Jg. 1948, Dipl.-Kulturwissenschaftler, Dr. phil. habil., Wissenschaftspublizist und -lektor in Berlin. Veröffentlichte zuletzt: Walter Benjamin – Moderne und Faschismus, Berlin 2004 (»Helle Panke« e. V.; Pankower Vorträge, H. 61); zuletzt in UTOPIE kreativ: Von der »Lustigen Witwe« zum »Dritten Mann«. Geschichtliche Dimensionen eines Nachkriegs-Filmklassikers, Heft 175 (Mai 2005).

1 Die Zitatnachweise mit römischer Band- und arabischer Seitenzahl beziehen sich auf die folgende Ausgabe: H. Heine: Werke und Briefe. Hrsg. von Hans Kaufmann, 3. Aufl., Berlin/Weimar 1980.

in ihren tollsten Extremen, darüber der graue Nebelhimmel, von allen Seiten summende Maschinen, Zahlen, Gaslichter, Schornsteine, Zeitungen, Porterkrüge, geschlossene Mäuler, alles dieses hängt so zusammen, daß wir uns keins ohne das andere denken können, und was vereinzelt unser Erstaunen oder Lachen erregen würde, erscheint uns als ganz gewöhnlich und ernsthaft in seiner Vereinigung.« (Ebenda, 431 f.)

In dieser Welt verändert die industrielle Revolution, der Heine sich nicht nur in den *Englischen Fragmenten* stellt, Gegenstände, Produktions-, Verbreitungs- und Rezeptionsbedingungen, Traditionsbezüge und Funktionen der Künste, die Tendenzen der Alltagskultur. Darum notiert er später in einem Nachlaßfragment: »Die höchste Blüte des deutschen Geistes: Philosophie und Lied – Die Zeit ist vorbei, es gehörte dazu die idyllische Ruhe, Deutschland ist fortgerissen in die Bewegung – der Gedanke ist nicht mehr uneigennützig, in seine abstrakte Welt stürzt die rohe Tatsache – Der Dampfwagen der Eisenbahn gibt uns eine zittrige Gemüterschütterung, wobei kein Lied aufgehen kann, der Kohlendampf verscheucht die Sangesvögel, und der Gasbeleuchtungsgestank verdirbt die duftige Mondnacht.« (VII, 408; vgl. auch 424) Aber, so ist nachzufragen: Welche Schönheit muß ersticken? Welche Lieder müssen verstummen?

Heine belegt an der zitierten und an anderen Stellen zunächst, daß der Verlust der Landschafts- und Reiseromantik nicht erst im 20. Jahrhundert beklagt wurde, sondern bereits unmittelbar nach der Ablösung der Postkutsche durch die Eisenbahn. Erst dann – und nicht vorher – wird die Idylle des Posthorns und Fuhrmanns vor dem Hintergrund der eingetretenen Veränderungen besungen, der offenbar nun die – wie auch immer berechnete – Wertschätzung der vergangenen Epoche ermöglicht. Und Heine belegt die Tragweite seiner im Bericht zur Gemäldeausstellung in Paris 1831 getroffenen Feststellung, daß die Künste zwar der geschichtlichen Bewegung folgten, »doch nicht mit gleichem Schritte« (IV, 346) – eine zu seinen Zeiten heftig diskutierte Problematik.²

Aber er bietet nicht einfach Proben vorindustrieller Idyllik bzw. idyllisierender Technikdarstellung wie noch Adelbert von Chamisso in seinem Gedicht *Das Dampfroß*, 1830 entstanden. Er ist auch kein Vorbote jenes negativ verkehrten, romantisch verbrämten und in die Gegenwart der modernen Industrie- und Massengesellschaft verlängerten, geradezu neomythologischen Technikfetischismus, der nun in der Maschine überhaupt nur noch eine immer größere Gefährdung für Natur und Mensch, die überlieferten humanistischen Ideale und die Offenbarungen des Geistes sieht. Heine verweist vielmehr an dieser und anderen Stellen auf einen komplexen historischen Zusammenhang. Denn die Eisenbahn gehörte zu den augenfälligsten Faktoren und Erscheinungsformen jener Wandlungen, die im 19. Jahrhundert mit der von England ausgehenden industriellen Revolution, mit der Entstehung neuer Weltwirtschaftsräume und Kapitalbewegungen einsetzten: der Wandlungen des Verhältnisses der massenhaften Individuen zur natürlichen Umwelt, ihrer sozialen Mobilität, ihrer Raum- und Zeit- erfahrung, ihrer Lebensgefühle und Wahrnehmungsweisen.

Die Zahl der Dampfmotoren stieg in Frankreich von etwa 600 im Jahre 1830 auf rund 5000 im Revolutionsjahr 1848. 1834 wurde die

2 Siehe dazu Johannes Mahr: Eisenbahnen in der deutschen Dichtung. Der Wandel eines literarischen Motivs im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert, München 1982; Alfred Ch. Heinemann: Technische Innovation und literarische Aneignung. Die Eisenbahn in der deutschen und englischen Literatur des 19. Jahrhunderts, Bern 1992.

Strecke Paris – Saint Germain eröffnet, 1837 waren die Schienen von Paris nach Versailles verlegt. Anlässlich der Eröffnung der Eisenbahnlinien von Paris nach Orléans und nach Rouen im Jahre 1843 schreibt Heine daher in den *Lutetia*-Berichten über die Bahn, sie sogleich wie andere »große Bewegungsmächte« der Geschichte, darunter den Buchdruck, den Kompaß und das Schießpulver, in den Zusammenhang einer welthistorischen Wendezeit stellend: »Die Eisenbahnen sind wieder ein solches providentielles Ereignis, das der Menschheit einen neuen Umschwung gibt, das die Farbe und Gestalt des Lebens verändert; es beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte [...]« (VI, 478). Und es heißt weiter: »Welche Veränderungen müssen jetzt eintreten in unsrer Anschauungsweise und in unsern Vorstellungen! Sogar die Elementarbegriffe von Zeit und Raum sind schwankend geworden. Durch die Eisenbahnen wird der Raum getötet, und es bleibt uns nur noch die Zeit übrig.« (Ebenda, 478 f.)

Früher als Industriearbeit und Großstadtleben, die Heine seit den *Englischen Fragmenten* thematisiert, schlug sich die Eisenbahn vor allem als Handlungsträger und Metaphernbildner in der europäischen Literatur nieder.³ Ein langfristig wirkender Prozeß der Entdeckung ästhetischer Möglichkeiten des zunehmend technisierten Alltags, der »Mechanisierung des Schönen«.⁴ Zu diesen zählen der flüchtige Blick und das transitorische Erlebnis, die Duplizität von physischer Bewegung und emotionalem Bewegtsein. Ihre Folgen für die Optik des Gegenständlichen und die Bewegungsdarstellung in der Literatur werden im Laufe des 19. Jahrhunderts an neuartigen sensorischen Elementen, so der mimetischen Lautmalerei, und an vielfältigen Allegorisierungen mit archaisierender Tendenz deutlich. Zur weiteren gestalterischen Skala gehört die Stilisierung des Zuges zum Medium von menschlicher Begegnung oder Entfremdung, des Schienenweges zur Fortschritts- oder Todesspur.

Blicke allein schon auf Werke englischer und deutscher Zeitgenossen Heines machen die signifikante Rolle des Eisenbahnmotivs in der Literatur bewußt: William Wordsworth übte in seinem Gedicht *On the Projected Kendal and Windermere Railway* (1844) neben ethischer auch soziale Kritik; Charles Dickens' Roman *Dombey and Son* von 1847/48 erfaßte die Bahn als Zeichen sozialen Wandels und als Sinnbild lebensphilosophischer Problemstellungen. Wie facettenreich die kulturgeschichtliche Umwälzung durch das Eisenbahnwesen als technische und kulturelle Instanz im Kontext der industriellen Revolution, die Veränderungen des modernen Bewußtseins interpretiert wurden, belegen aber auch essayistische Texte, zum Beispiel *The Seven Lamps of Architecture* (1849) von John Ruskin, dem Sozialreformer und Kunsttheoretiker, dem Gegner der kapitalistischen Industrialisierung. Von ihm wurden einerseits die Entmündigung des Reisenden durch die neue Fortbewegungsart, andererseits die Entfremdung vom durchfahrenen Raum attackiert.

In der deutschen Literatur mit Eisenbahnmotiven sind den englischen verwandte Deutungsschwerpunkte zu ermitteln: neben der inhaltlichen Verknüpfung der Bahn mit einem starken Idylle-Bedürfnis und der Empfindung des Naturverlusts die Einbeziehung sozialer Fragestellungen und politischer Zukunftshoffnungen. So verband Adolf Glaßbrenner in seinem Stück *Herr Buffey auf der Berlin-Leip-*

3 Siehe dazu Winfried Schröder: Die Entfaltung des industriellen Kapitalismus und der Epochenwechsel im ästhetischen Denken. Zu den Notizen von Karl Marx über »griechische Kunst und Epos«, in: Marx-Engels-Jahrbuch (Berlin), Bd. 9 (1986), S. 163-221.

4 Hans Joachim Neyer: Un autre monde – Eine andere Welt. Grandville und die Mechanisierung des Schönen, in: Jean Ignace Isidore Grandville. Karikatur und Zeichnung. Ein Visionär der französischen Romantik, Ostfildern 2000 (Ausst.-Kat. Staatliche Kunsthalle Karlsruhe/Wilhelm-Busch-Museum Hannover), S. 55-60.

ziger Eisenbahn von 1844 als Satiriker Schwank-Elemente mit einer politischen Botschaft, mit der Idee des Zusammenhangs von Freiheit und industrieller Technik. Und diese ist ein wichtiges Motiv auch des Heineschen Werkes.

Neue Lieder

Nochmals die Fragen an Heines zitierte Nachlaßnotiz zum Industriezeitalter: Welche Schönheit muß ersticken? Welche Lieder müssen verstummen?

Denn Heine kennt doch schon neue Lieder; er hörte sie bei den französischen Handwerkern und Arbeitern republikanischer und egalitaristischer Gesinnung, dem, wie es in den *Lutetia*-Berichten heißt, »kräftigsten Teil der untern Klasse« (VI, 268), der sich in seinen Äußerungsformen aber keineswegs mit Lektüre und Diskussion der revolutionär-utopischen Schriften von Babeuf, Buonarrotti, Cabet, Marat und Robespierre begnügte. Er hörte sie »Lieder [...] singen, die in der Hölle gedichtet zu sein schienen und deren Refrains von der wildesten Aufregung zeugten. Nein, von den dämonischen Tönen, die in jenen Liedern walten, kann man sich in unserer zarten Sphäre gar keinen Begriff machen; man muß dergleichen mit eigenen Ohren angehört haben, z.[um] B.[eispi]el in jenen ungeheuren Werkstätten, wo Metalle verarbeitet werden und die halbnackten, trotzig Gestalten während des Singens mit dem großen eisernen Hammer den Takt schlagen auf dem dröhnenden Amboß. Solches Akkompagnement ist von größtem Effekt sowie auch die Beleuchtung, wenn die zornigen Funken aus der Esse hervorsprühen. Nichts als Leidenschaft und Flamme! [-] Eine Frucht dieser Saat, droht aus Frankreichs Boden früh oder spät die Republik hervorzubrechen.« (Ebenda) So berichtete Heine 1840 über Pariser »Volksleben, Kunst und Politik« – und wenige Jahre später schrieb er *Die schlesischen Weber*. Jenes kämpferische Zeitgedicht, aus dem ein so anderer Geist spricht als aus Carl Wilhelm Hübners sentimental-anekdotischer, melancholisch-resignativer und glatt-gefälliger Gemäldeinszenierung mit dem gleichen Titel von 1844.

Industriearbeit erscheint bei Heine als selbstverständlicher literarischer Gegenstand, gehört für ihn zum »Stoff der modernen Literatur« (V, 215). Er hat zwar einen mit traditionellen Schönheitsidealen durchsetzten, sozialromantischen ästhetischen Blick, der unter anderem an Adolph von Menzels Darstellung von Industriearbeitern im *Heckmannschen Gedenkblatt* von 1869 und seine berühmten *Eisenwalzwerk*-Gemälde von 1875 und 1900 erinnert.⁵ Doch hört er diese Lieder als Erscheinungsformen der neuen Lage, der neuen Lebensverhältnisse und der von ihren Subjekten entfalteten sozialen, bereits über die politische Alternative von Monarchie oder Republik hinausweisenden Bewegung, bezieht er sie auf den gesellschaftlichen Gesamtzustand. Und er sucht im Vorhandenen schon die Signatur der Zukunft. Denn erst die sozial-sensualistische, aus dem ästhetischen Exil befreite Diesseitigkeit beweist ja die Tragfähigkeit der gesellschaftlichen Entwurfsphantasie, der Vision.

Im Gesang äußerten die Arbeiter ihr soziales Sein und ihr politisches Wollen. Heine entwickelt – und das gehört zu den größten Reizen, die von seiner publizistischen Prosa ausgehen – die Methode, in

5 Vgl. Sabine Beneke, Hans Ottomeyer: Die zweite Schöpfung. Bilder der industriellen Welt vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Berlin 2002 (Ausst.-Kat. Deutsches Historisches Museum Berlin), S. 216-225.

der traditionsbewußten und kollektiv verbindlichen ästhetischen Betätigung den Spiegel sozialer Prozesse, in diesem den Kontext der Gesamtbewegung zu sehen. Und er sucht das – ästhetisch formiert und also kommunikationsstiftend – als Erfahrung für den Leser darzustellen, der nun seinen eigenen Erfahrungshorizont mit dieser vermitteln, das Wesentliche geschichtlich-sozialer Zustände selbst erfassen kann.

Tanzende Verhältnisse

In den *Lutetia*-Berichten findet sich auf wenigen Seiten auch eine Darstellung der Pariser Tanz-Szenerie des Jahres 1842: »Wir tanzen hier auf einem Vulkan« – aber wir tanzen [...].« (Ebenda, 415)

Vorangegangen ist die kritische soziale und politische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft. Jetzt erscheint im Medium ihrer Tanzpraxis diese Gesellschaft als geschichtliches Durchgangsstadium. Zunächst werden die erfolgreiche Kunst des Balletts benannt, die erstarrte Académie Royale de Musique ironisch attackiert, eine erfolgreiche Tänzerin bewundert: »[...] man schwebt mit ihr empor in die hängenden Zaubergärten jenes Geisterreichs, worin sie als Königin waltet. Ja, sie hat ganz den Charakter jener Elementargeister, die wir uns immer tanzend denken und von deren gewaltigen Tanzweisen das Volk so viel Wunderliches fabelt.« (Ebenda, 415 f.)

Dann wirft Heine historische Blicke auf den Tanz als heidnische Kunst, die der Kirche fremd blieb, von ihr nicht aufgenommen wurde, die im französischen Ballett zu christianisieren, dann höfisch zu integrieren versucht worden sei. Tanz oben und unten, Schein und Sein, Rausch und phantasmagorische Angst sind hier als Jahrhundertmotive angeschlagen. Sie behaupteten sich bekanntlich im Pariser Operettenwerk Jacques Offenbachs fort, in seinen Opernparodien und musikalisch-politischen Satiren, in seinen Rollentausch-Motiven.⁶

Die Gesellschaftsbälle werden von Heine kurz als Unternehmungen abgetan, die der Mentalität der reichen Bourgeois entsprechen: »Was die Bälle der vornehmen Welt noch langweiliger macht, als sie von Gott und Rechts wegen sein dürften, ist die dort herrschende Mode, daß man nur zum Scheine tanzt [...]. Keiner will mehr den andern amüsieren, und dieser Egoismus bekundet sich auch im Tanze der heutigen Gesellschaft.« (Ebenda, 418) Dagegen stellt Heine fest: »Die untern Klassen, wie gerne sie auch die vornehme Welt nachäffen, haben sich dennoch nicht zu solchem selbstsüchtigen Scheintanz verstehen können; ihr Tanzen hat noch Realität, aber leider eine sehr bedauernswürdige.« (Ebenda)

Dann schildert er den Cancan und seine Variationen, wiederum in bezug auf die Gesellschaft, eingeschlossen die allgegenwärtige Polizeikontrolle und ihre Schikanen. Sein Kommentar: »Diese Bewachung der Volkslust charakterisiert übrigens den hiesigen Zustand der Dinge und zeigt, wie weit es die Franzosen in der Freiheit gebracht haben.« (Ebenda, 419 f.) Heine macht deutlich, daß die Polizei der Julimonarchie hier nicht ohne Grund beobachtet und einschreitet: Dieser entfesselte Tanz sei eine spöttische Gegenwelt gegen die offizielle Gesellschaft, sei »eine getanzte Persiflage, die nicht bloß die geschlechtlichen Beziehungen verspottet, sondern auch die bürgerli-

6 Siehe dazu Georg Knepler: Karl Kraus liest Offenbach. Erinnerungen, Kommentare, Dokumentationen, Berlin 1984, dass. Wien 1984; darin S. 18-84: Offenbach in seiner Zeit.

chen, sondern auch alles, was gut und schön ist, sondern auch jede Art von Begeisterung, die Vaterlandsliebe, die Treue, den Glauben, die Familiengefühle, den Heroismus, die Gottheit« (Ebenda, 420).

Heines ironisches Entsetzen und seine vorhergehende Begründung, warum das Volk den offiziell propagierten Wertvorstellungen nicht mehr folgen will, wenn diese von den Herrschenden selbst erschüttert werden, gehören bei aller Gegensätzlichkeit zusammen. Seine Beschreibung steigert sich dann zur Darstellung des Tanzens als schwarze Messe unter dem »frechen Feuer der Gasbeleuchtung«, als »Mummenschanz« mit »dämonischer Lust« (Ebenda). Plötzlich wird im Tanz die unterschwellige Negation der offiziellen Gesellschaft, der verborgene »Vulkan« anschaulich. Der gegebene Zustand bürgerlicher Ordnung, steriler Formen sich bedienend, erscheint bedroht, ja schon widerlegt durch das teuflische Toben, in dem lange unterdrückte heidnische Sinnlichkeit und soziales Aufbegehren zusammenkommen.

Stand am Anfang das romantische Traumbild der Tanzkunst – schöne Blume inmitten der Prosalandschaft des alltäglichen Lebens –, so korrespondiert mit ihm nun das »satanische Spektakel« (Ebenda, 421), an dem soziale, weltanschauliche und ästhetische Zusammenhänge aufblitzen. Nicht ›schön‹ ist, was da von unten empordrängt, während zugleich das Träumerische, das Unreale getanzter Schönheit und die egoistische Hohlheit bourgeoiser Tanzkonventionen ein unheimliches Bild vom Sein der Gesellschaft vermitteln, deren geheime und offene Zwänge nur mühsam, beinahe schon vergeblich das Unterdrückte absorbieren und kanalisieren. Heine macht am Tanzen deutlich, daß da eine Revolution heranreift.

Hier sind das Ästhetische, seine Praxis und seine Theorie ganz für das Soziale geöffnet. Was und wie getanzt wird, hängt damit zusammen, daß »in jenem Erdgeschoß der offiziellen Gesellschaft, in jenen Katakomben [...] unter Tod und Verwesung das neue Leben keimt und knospet. Kommunismus ist der geheime Name des furchtbaren Antagonisten, der die Proletarierherrschaft mit allen ihren Konsequenzen dem heutigen Bourgeoisregimente entgegensetzt. [...] Wir dürfen daher diesen Akteur nie aus den Augen verlieren, und wir wollen zuweilen von den geheimen Proben berichten, worin er sich zu seinem Debüt vorbereitet. Solche Hindeutungen sind vielleicht wichtiger als alle Mitteilungen über Wahlumtriebe, Parteihader und Kabinettsintrigen.« (Ebenda, 432)

Die Einsicht, daß »die Furcht [...] hier die Stütze aller Dinge« (Ebenda, 441) in der etablierten bürgerlichen Gesellschaft sei, läßt am Tanz die Signatur der sozialen Rebellion aufleuchten. Heine identifiziert in diesen und anderen Ansätzen zu einer soziologisch fundierten Ästhetik nicht einfach nur Tanz und Politik, auch nicht nur die sozialen Kräfte, die in ihnen sich gegensätzlich betätigen. Er umreißt vielmehr einen historischen Zusammenhang, der in diesem ästhetischen Tun sozial, politisch und weltanschaulich transparent wird.

Poesie und Daguerreotypie

Auch Heines Selbstdarstellung ist deshalb Darstellung der Epoche. Es heißt in der Schrift *Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland* von 1834: »Die Poesie ist nicht mehr objektiv,

episch, naiv, sondern subjektiv, lyrisch, reflektierend.« (V, 215) Die Werke als »träumendes Spiegelbild ihrer Zeit« (IV, 343), die Künste als »Spiegel des Lebens« (V, 23) können diese ihre »spiegelnde« Funktion aber nur über die Subjektivität des Autors vermitteln. Daher spricht Heine in der *Denkschrift* über Ludwig Börne davon, daß »dieses beständige Konstatieren meiner Persönlichkeit das geeignetste Mittel« sei, »ein Selbsturteil des Lesers zu fördern« (VI, 213).

Zu den Besonderheiten der Heineschen Praxis und Selbstreflexion gehört deshalb, daß er – ohne die Tiefe, die Intensität dieser Subjektivität, die Unbedingtheit ihres Fühlens und Erfahrens zu mindern – sie dennoch historisiert, sie selbst als sozialgeschichtlich bedingt versteht und dadurch ebenso objektiviert wie relativiert. Und zwar ohne Berufung auf eine vermeintlich ewige dichterische »Natur«, einen zeitenthobenen »Geist« oder etwas »Göttliches«, das da im Dichter vermeintlich zum Wort wird, auch nicht auf eine latente, quasi naturegegebene literarische Negativität gegenüber der Wirklichkeit und andere metaphysische Hilfskonstruktionen. Wenn Heine sie verwendet, dann nur ironisch, etwa in *Atta Troll – ein Sommer-nachtstraum* von 1842. Er beruft sich vielmehr auf Phänomene der Industrialisierung, der Raumerschließung, der revolutionären Politisierung – ebenso aber bereits auf Techniken der Informationsverarbeitung, der Mediatisierung des Alltags- und Kulturlebens.

So ist es für Heines Positionsbestimmung und Selbstreflexion aufschlußreich, daß er an einigen Stellen seines Prosawerkes auf einen der Pioniere der Fotografie, den Franzosen Louis Jacques Mandé Daguerre (1787-1851), verweist, damit auf eine Erscheinungsform der durch die industrielle Revolution, die Feinmechanik, Optik und Chemie dynamisierten und effektivierten Informationsverarbeitung. So schreibt er im Vorwort zur zweiten Auflage der Novellensammlung von Alexander Weill *Sittengemälde aus dem elsässischen Volksleben* (1847) über den Autor: »Er ergreift das Leben in jeder momentanen Äußerung, er ertappt es auf der Tat, und er selbst ist sozusagen ein passioniertes Daguerreotyp, das die Erscheinungswelt mehr oder minder glücklich und manchmal, nach den Launen des Zufalls, poetisch abspiegelt.« (VII, 313 f.)

Ausgehend von den Vorarbeiten von Nicéphore Niépce, gelang Daguerre im Jahre 1837 mit Hilfe von jodierten Silberplatten die erste vollständige sogenannte »Daguerreotypie«. Niépce war, wie auch nach ihm der Engländer William Henry Fox Talbot (1800-1877), vor allem an der Vielfältigungsmöglichkeit von Bildern und Schriften interessiert, wogegen Daguerre noch ganz traditionell seine Fotografien als inszenierte Einzelkunstwerke von der Qualität Raffaels und Lorrains ansah. Erst Talbot schuf mit seinen sogenannten »Kalotypien« – wörtlich: »schönen Drucken« –, den späteren »Talbotypien«, auf der Basis von Negativen eine Grundlage für den Beginn der Fotografie als Massenkommunikationsmittel einer neuen Welt.⁷

Deutlich verweist Heine auf neue Probleme, denen sich die von ihm unter anderem anlässlich der Pariser Gemäldeausstellung von 1831 ersehnte »neue Kunst« mit ihrer »neuen Technik« (IV, 344) stellen sollte, im Zueignungsbrief an den Fürsten Pückler-Muskau, den die *Lutetia*-Ausgabe von 1854 enthält. Denn die Fotografie forcierte die Beziehungen zwischen Ästhetischem und Authentischem,

7 Siehe dazu Peter Herzog: Der Einzelne und die Masse. Erfinder und Nutznießer der Photographie, in: Andreas Volk (Hrsg.): Vom Bild zum Text. Die Photographiebetrachtung als Quelle sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, Zürich 1996, S. 45-65.

Bildhaftem und Dokumentarischem, von Kunstwert und Massencharakter, trieb damit nicht nur die Malerei, sondern auch die Literatur und das literarische Selbstverständnis in neue Widerspruchskonstellationen. Es heißt: »[...] meine Berichte sind ein daguerreotypisches Geschichtsbuch, worin jeder Tag sich selber abkonterfeite, und durch die Zusammenstellung solcher Bilder hat der ordnende Geist des Künstlers ein Werk geliefert, worin das Dargestellte seine Treue authentisch, durch sich selbst dokumentiert. Mein Buch ist daher zugleich ein Produkt der Natur und der Kunst [...]« (VI, 255)

Auch das ist ein Aspekt von Heines Historisierung und Politisierung der Künste, damit seiner ästhetischen Modernität. Er sieht in seinen verstreuten Bemerkungen den Doppelcharakter der Fotografie als dokumentarische und künstlerische Form, als Abbild und Bild, wendet sich gegen das zählebige, unter anderem von Karl Friedrich von Rumohr vertretene ästhetische Dogma von der Kunst als Nachahmung der Natur (vgl. IV, 316). Noch in den nachgelassenen Aphorismen und Fragmenten notiert Heine: »Daguerreotype – Zeugnis gegen die irrige Ansicht, daß die Kunst eine Nachahmung der Natur – die Natur hat selbst den Beweis geliefert, wie wenig sie von Kunst versteht, wie kläglich, wenn sie sich mit Kunst abgibt –« (VII, 428; vgl. auch 140). Ihn interessierte schon die sich andeutende Expansion der visuellen Erfahrung, welche auch die Chance bot, einschichtig-lineares Denken, statische Weltbilder und Bilderwelten zu untergraben.⁸

8 Vgl. Jules Champfleury's Verteidigung der Fotografie und des »Daguerreotypieur« in: Ders.: *Le réalisme*, Paris 1857, S. 91-98.

Es bestand ja ein starkes Bedürfnis zum Beispiel nach konventionellen Bildern der Art Daguerres bei einer immer größer werdenden Schicht wohlhabender Bürger, die ihren Reichtum vor allem dem Handel mit industriell gefertigten Massenprodukten verdankten. Daguerre traf mit seinen fotografischen Inszenierungen von Erzeugnissen einer im Entstehen begriffenen Kunstindustrie zweifellos deren Geschmack. So zeigt eines seiner Stillleben einen Altar aus Renommierstücken der bürgerlichen Welt, nämlich Kopien überlieferter Figuren: die Skulptur eines liegenden Frauenaktes, eine variierte Zeusgestalt, das Element einer gotischen Kathedrale, eine Meerjungfrau und eine aus Delphinen zusammengesetzte Tischsäule, auf der ein Kristallgefäß steht. Eine Collage gipsgewordener bürgerlicher Bildungsideale – an der sich Heines Ironie gewiß entzündet hätte.

Medienbewußte Prosa

Durch das von Heine unter anderem im *Börne*-Buch beschworene »ständige Konstatieren« der »Persönlichkeit« (VI, 213) wird die künstlerische Subjektivität in Kontrast zur Objektivität dargestellt, selbst objektiviert in ihrer Bedingtheit, in ihrer Relativität. Und sie wird dadurch zugleich geistig frei sich selbst gegenüber. Denn die »Persönlichkeit« wird gerade durch ihr »Konstatieren« objektiviert im Kontext der Bedingungen, Verhältnisse, Zustände, dargestellt im vollziehbaren subjektiven Erfahrungs- und Urteilsbildungsprozeß. Besonders in der Prosa Heines erscheint das Erfahrene in scheinbarer Zufälligkeit – die in Wirklichkeit wohlorganisiert und -komponiert ist und den Leser selbst urteilend Erfahrung sammeln läßt. Das schließt den kommunikativen Bezug auf den mündig Urteilenden

ein, dem Erfahrung mitgeteilt wird, mit dem der Autor sich geschmeidig verständigt über das gemeinsam Interessierende: Zusammenhang, Entwicklung und Veränderungsbedürftigkeit der Welt, die Positionen von Freunden und Feinden in ihr und zu ihr. Und so entsteht eine neue, aus dem Kommunikationsprozeß erwachsende, immer auf diesen bezogene ästhetische Werkwelt, die im kollektiven Austauschvorgang, im vermittelten Erfahrungsprozeß sich herstellt und ihre Gemeinsamkeit im Epochenbilde gewinnt. Diese Heinesche Werkwelt ist nur zu begreifen im Zusammenhang sowohl mit der zeitgenössischen Widersprüchlichkeit der Literaturprozesse, den Veränderungen der gesamten Literaturbegrifflichkeit und eben der Entstehung einer neuen, über Klassizismus und Romantizismus hinausweisenden Auffassung von literarischer Subjektivität als auch mit der Komplexität des dynamischen gesellschaftlichen Gesamtgeschehens und der Problematik neuer literarischer Wirksamkeit zwischen 1789 und 1848. Die Einbeziehung von Literatur in die apologetische politische Propaganda, die unentwickelte Selbstbewegung der unteren Schichten, die von vielen politisch-literarischen Auseinandersetzungen und Umbrüchen erschütterten intellektuellen Gruppenbildungen fanden ihren Niederschlag natürlich auch in Heines Umgang mit der Welt der zeitgenössischen Printmedien.

Heine wußte um die »Oligarchie« (VI, 299) der zeitgenössischen Journale, ihre »beschränkende Abhängigkeit« von Kapitalgebern und ihr Streben nach »Exklusivität« (Ebenda, 300) bis in die Textgestaltung hinein, um ihre Fetischisierung der »augenblicklichen Tagesinteressen«, der »sogenannten Aktualitäten« (VII, 422). Das belegen unter anderem die *Lutetia*-Berichte und fragmentarische Notizen. Es ist Produkt und Widerschein seiner sozialen und literarischen Intentionen, daß er seine Prosa und Poesie dennoch nicht nur in die traditionelle »Unzahl ästhetischer Blätter« (V, 79) transferiert, sondern auch in die modernen publizistischen Kommunikationsmittel massenwirksamen Charakters, politisch-kulturellen Zeitschriften und anderen Periodika. Unter ihnen: die *Allgemeine Zeitung*, *Der Gesellschafter*, *Europe littéraire*, *La Tribune des Républicains*, *Neue Allgemeine Politische Annalen*, *Pariser deutsche Zeitung*, *Revue des Deux Mondes*, *Zeitung für die Elegante Welt*.

Aus der »Prosa« solcher Medien gewinnt er die Möglichkeiten einer neuen, die Wirklichkeit ergreifenden und in sie eingreifenden, ihre Erkenntnis in anschaulicher wie gedanklicher Form organisierenden, kritisch operierenden poetischen Prosa und prosaischen Poesie. Das besagt, daß von Heine hier eine spezifische, immanente Kommunikationsfähigkeit von Literatur zum Tragen gebracht wird, eingeschlossen ein eigener Anspruch auf Wahrheit: Das Volk solle »wohlunterrichtet über die wahre Lage der Dinge«, solle »politisch aufgeklärt« sein (IV, 560), betont er in den *Französischen Zuständen* von 1831/32. Denn wenn Engagement nicht bloße Meinung, sondern verbindlich ist, muß es sich auf die geschichtlichen Erkenntnis- und Wirkungsbedingungen einlassen. Und das sind in dieser Phase des sich entfaltenden industriellen Kapitalismus auch die jungen publizistischen Medien, die von ihnen erzeugten Öffentlichkeiten als künstlerisch-politische Organe, als den Poeten zum publikumswirksamen Akteur machenden Räume; die frühen feuilletonistischen

9 Siehe dazu Almut Todorow: Das Feuilleton der »Frankfurter Zeitung« in der Weimarer Republik. Zur Grundlegung einer rhetorischen Medienforschung, Tübingen 1996; darin S. 9-23: Das Feuilleton der deutschen Tageszeitung als Gegenstand der Forschung. Zu Heine siehe Günter Mühler: »Wie ein treuer Spiegel«. Die Geschichte der Cotta'schen Allgemeinen Zeitung, Darmstadt 1998; darin S. 105-119: Korrespondent Heine.

10 Siehe dazu Harro Segeberg: Die literarisierte Reise im späten 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Gattungstypologie; Wulf Wülfing: Reiseliteratur und Realitäten im Vormärz. Vorüberlegungen zu Schemata und Wirklichkeitsfindung im frühen 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Griep, Hans-Wolf Jäger (Hrsg.): Reise und soziale Realität am Ende des 18. Jahrhunderts, Heidelberg 1983, S. 14-31, S. 371-294.

11 Siehe dazu Ronald Paulson: Literary Landscape. Turner and Constable, New Haven, London 1982; darin S. 47-60: Poetic Landscape.

Kunst- und Meinungsmärkte, korrespondierend mit Lesergewohnheiten und -erwartungen sowie mit der Zensur.⁹ Aus diesem System ergibt sich wiederum ein spezifisches Rollenverhalten, das nicht fremde Maske des sich gegen seine Überzeugung Verkaufenden ist, wohl aber bewußtes Verhalten dessen, der das Eigene immer mit dem Ziel der Einflußnahme, unter Berücksichtigung des Adressaten, gleichsam mit eingesenkter Markterfahrung, mit verinnerlichten Wirkungsbedingungen schafft.

Die »periodische Presse«, die Heine in seiner Einleitung zu der Schrift des liberalen Publizisten Robert Wesselhöft *Kahldorf über den Adel in Briefen an den Grafen M.[agnus] von Moltke* (1831) als »das mächtigste Beförderungsmittel der Volksintelligenz« (IV, 278) bezeichnet, war ihm also Form, Forum und Bedingung dafür, aufklärerisch die Wirklichkeit zu erobern. Sie machte für ihn zugleich die poetische Subjektivität zum Öffentlichkeitsmoment. Und er setzte sie ein, um gerade das von ihr Fetischisierte zu attackieren. Es heißt enthusiastisch: »Das ist ja eben der Segen der Preßfreiheit, sie raubt der kühnen Sprache des Demagogen allen Zauber der Neuheit, das leidenschaftlichste Wort neutralisiert sie durch ebenso leidenschaftliche Gegenrede, und sie erstickt in der Geburt schon die Lügengerüchte, die, von Zufall oder Bosheit gesät, so tödlich frech emporwuchern im Verborgenen, gleich jenen Giftpflanzen, die nur in dunklen Waldsümpfen und im Schatten alter Burg- und Kirchenrümpfer gedeihen, im hellen Sonnenlichte aber elendig und jämmerlich verdorren.« (Ebenda, 279)

Ironisches Reisen

Die ästhetischen Muster, die von der vorangegangenen und denen Heine sich zu stellen hatte, waren intensiv und langlebig.¹⁰ Sie beeinflussen in modifizierter Form noch heute das Reiseverhalten und seine Reflexion. Ging es in den Hoch-Zeiten aufklärerischen Reisens vor allem darum, exakte Kenntnis von anderen Lebensweisen zu erlangen, traten später, in den sogenannten »empfindsamen« und »romantischen« Zeiten, der subjektive Genuß und die durch ihn ausgelösten Phantasien in den Vordergrund. Durch gewissermaßen gefärbte Gläser betrachtete man ausgesuchte Landschaften. So verschaffte man sich das Erlebnis des »Pittoresken«, der geheimnisvoll romantisierten Plastizität, das sonst nur durch Gemälde zu bekommen war.¹¹ Das Entzückungsziel des – über ein Lustgefühl der Einsamkeit zwischen dem ursprünglich-schroffen »Erhabenen« und dem artifiziell-gefälligen »Schönen« vermittelnden – »Pittoresken« löste mit der aufkommenden Romantik die vorher dominierende Gleichförmigkeit und Gerichtetheit der Bildungsreise ab.

Wie die *Reisebilder* aus den Jahren 1822 bis 1846 zeigen, reiste Heine gern, bewegte sich lebhaft in anderer Gesellschaft, wenn er ihrer Sprache mächtig war, und stiefelte zwischen England, Italien, Frankreich und Deutschland auch über Stock und Stein. Aber, zugespitzt gefragt: War er doch nicht vielmehr unterwegs in Zeiten und Kulturen als in geographischen und urbanen Räumen, und zwar stets mit Abstand und Mißtrauen? Denn von seiner Zeit vermittelte er Bilder, denen Geographie und Urbanität oft nur als Staffagen dienten.

Heine schreibt daher in *Die Bäder von Lucca* (1829): »Es gibt nichts Langweiligeres auf dieser Erde als die Lektüre einer italienischen Reisebeschreibung – außer etwa das Schreiben derselben –, und nur dadurch kann der Verfasser sie einigermaßen erträglich machen, daß er von Italien selbst so wenig als möglich darin redet.« (III, 308)

Der Eingangssatz der *Harzreise* von 1824 steht für diese Methode, die konventionelle Erwartungen unterläuft: »Die Stadt Göttingen, berühmt durch ihre Würste und Universität, gehört dem Könige von Hannover und enthält 999 Feuerstellen, diverse Kirchen, eine Entbindungsanstalt, eine Sternwarte, einen Karzer, eine Bibliothek und einen Ratskeller, wo das Bier sehr gut ist.« (Ebenda, 18) Und über Goslar heißt es: »Der Name Goslar klingt so erfreulich, und es knüpfen sich daran so viele uralte Kaisererinnerungen, daß ich eine imposante, stattliche Stadt erwartete. Aber so geht es, wenn man die Berühmten in der Nähe besieht! Ich fand ein Nest mit meistens schmalen, labyrinthisch krummen Straßen, allwo mittendrin ein kleines Wasser, wahrscheinlich die Gose, fließt, verfallen und dumpfig, und ein Pflaster, so holprig wie Berliner Hexameter.« (Ebenda, 37 f.)

Heines *Reisebilder* machen in den Wechselbeziehungen der Länder die Epochenbewegung sichtbar. Sie sind krisenhaften Zuständen gewidmet, meist solchen, an denen er litt, die er aber nicht als Krankheiten, sondern als Entscheidungssituationen sah; Deutschland ging ihm auch in der Ferne natürlich nicht aus dem Kopf. Und durch die Ironie, die Auflösung des über der Realität und ihrer ästhetischen Aneignung liegenden Scheins, durch die Verbindung heterogener Textformen und Stilelemente konkretisiert und realisiert Heine praktisch, was er von der Freiheit des Selbstbewußtseins durch künstlerische Produktivität theoretisch entwickelt. Die Ironie ist wesentlich die Weise, die historische Relativierung von Subjekt und Objekt, Ich und Weltzustand, Selbstbild und Fremdbild, Anschauung und Idee über die Dialektik der Kontraste, Beziehungen, Desillusionierungen zu organisieren. Sie ist somit die Weise, im poetischen Akt die geistige Freiheit der Subjektivität als Bedingung selbständigen Urteils und möglichen Handelns herzustellen und zu bewahren, ja kollektiv verbindlich zu machen. Sie ist zugleich das Moment, in dem seine Subjektivität Freiheit auch gegenüber ihren eigenen Zuständen und Äußerungen gewinnt. Sie erweist sich als notwendige Ausdrucks- und Verhaltensform Heines in dieser seiner Epoche. Mit ihr bewies er nicht zuletzt die Tragfähigkeit des kritischen, über seinen historisch-sozialen Boden, die bürgerliche Emanzipationsbewegung, hinausweisenden Potentials von Aufklärung und Klassik.

Darum entwickelte er mit dem *Reisebild* eine Prosaform, die an den inhaltlichen und formalen Reiz nicht primär des klassischen Reiseberichts, sondern an den des Essays denken läßt. Der Essay ist ja eine offene, entgrenzte Form der literarischen Kommunikation, eine persönlich-souveräne, oft mehrdeutig und mit polemischer Note angelegte, traditionsbewußte und kollektiv verbindliche Form des Fragens und Suchens, nicht zuletzt der Selbstreflexion. Denn sie verbindet politische, wissenschaftliche und künstlerische Erkenntnisse und Bekenntnisse durch Poetisieren, durch Erzählen von Gedanken mit ästhetischem Reiz und spricht damit den Leser auf besondere Weise als Dialogpartner an. Deutlich wird bei Heine auch der trans-

ferierende und synthetisierende Effekt seiner Reiseessayistik: Sie steht in einem produktiven Wechselspiel mit anderen Formen und Gattungen, zum Beispiel der historischen Abhandlung und dem tagespolitischen Manifest. Sie vereinigt immer drei Komponenten: das Künstlerische, das Historische, das Aktuell-Politische.

12 Siehe dazu Evelyn Hanzig-Bätzing, Werner Bätzing: *Entgrenzte Welten. Die Verdrängung des Menschen durch Globalisierung von Fortschritt und Freiheit*, Zürich 2005, darin S. 38-55: Die begrenzte Dynamik der Industriegesellschaft.

13 Vgl. Eric J. Hobsbawm: *Europäische Revolutionen*, Zürich 1962.

Um so mehr verdient zu Zeiten, da technische Revolutionen, Industrie- und Erwerbsarbeit, mediale Öffentlichkeiten und propagierte Ideale wie »Fortschritt« und »Freiheit« keine Garanten mehr für menschenwürdige Existenz sind,¹² Heines Werk *Aufmerksamkeit. Erstens* steht es für eine wichtige Entwicklung in den zwanziger bis vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit Langzeitwirkung: Während dieser wurde aus der Perspektive der Erfahrung einer politisch restaurativen Periode versucht, besonders die deutsche spätaufklärerische literarisch-philosophische Tradition, darunter die Ideen von Lessing und Herder, Forster, Seume und Voß, sowie die emanzipatorischen Leistungen der klassischen deutschen Literatur und Philosophie, die mit den Namen Goethe und Hegel verbunden sind, weiterzuführen und in die Auseinandersetzungen um eine demokratische Profilierung von Gesellschaft und Kultur in Deutschland einzubringen. Das ist eine Entwicklung, in der auch versucht wurde, diese Theorien und das Potential zeitgenössischen, darunter französischen utopisch-sozialistischen Denkens auf die im europäischen Maßstab mit der englischen industriellen Revolution beginnende Produktivkraftentfaltung und die sozialen Ergebnisse der politischen Revolutionen in der ersten Jahrhunderthälfte anzuwenden. Dabei entstanden wichtige Ansätze zur Bewältigung der komplexen Dialektik von sozialen und politischen Bedingungen, technischem Fortschritt sowie kulturellen Ausdrucksbedürfnissen. *Zweitens* beweist Heines Werk, welches ästhetisches Potential gerade bei solchen Zeitzeugen der »Doppelrevolution« (Eric J. Hobsbawm),¹³ der industriellen und politischen Umwälzung, verborgen liegt: Als Mehrfachbegabungen der Literatur wie der Theorie, als grenzüberschreitende Phänomene mit häufig spontaner, unsystematischer Reflexion und metaphorisch strukturierter Begrifflichkeit gehen sie in keiner der bestehenden Fachdisziplinen auf; da sie nicht immer systematische Theoretiker waren, wurden sie von der Wissenschaftsgeschichtsschreibung häufig übersehen und, da sie auch keine »reinen« Schriftsteller waren, wurden sie mit ihren kultur- und kunsttheoretischen Dimensionen in Literaturgeschichten nicht selten an den Rand gedrängt. Jedoch ist die Konzeptbildung dieser Autoren im Zusammenhang des konkreten historisch-politischen und philosophisch-literarischen Materials, im Prozeß ihres Entstehens besonders sinnfällige – und daher noch heute gut erkennbare.

RAINA ZIMMERING

Frauenmorde und keine Aufklärung – die Frauen von Juárez

Die Millionenstadt Juárez in Mexiko an der Grenze zu den USA wurde zu einem grausamen Sinnbild für Gewalt gegen Frauen. Überall in der Stadt stehen Kreuze und Mahnmale für ermordete Frauen. In dem Artikel geht es um das Thema der schlimmsten Ausprägung von Gewalt gegen Frauen, um die Fokussierung struktureller antiweiblicher Gewalt; es geht um Mord. Es soll hier nicht nach den Tätern im juristischen Sinne gesucht, sondern nach den Ursachen für diese außergewöhnliche brutale Gewalt gefragt werden. Das Ziel besteht in der Erfassung der strukturellen Zusammenhänge zwischen der Gewalt gegen Frauen, der Unterdrückung ethnischer Minderheiten, der Ausweitung des Drogenhandels und der wirtschaftlichen und politischen Deformationsprozesse infolge neoliberaler Globalisierung.

Der Feminizid von Juárez

In den letzten 12 Jahren wurden in der Nähe von Juárez (Provinz Chihuahua) 375 Leichen von Frauen und Mädchen laut Amnesty International (AI) gefunden. Die letzten zwei Frauenleichen fand man im Sommer 2004 mitten in der Stadt Juárez, eine weitere Ermordete im Herbst in der Stadt Chihuahua.¹ Nach AI-Angaben von 2004 werden weitere 400 Frauen vermisst.² Es gibt andere Quellen, die von 600 bis 1000 Vermissten ausgehen.³ Die mexikanische Feministin Esther Chavez Cano bezeichnete die Serienmorde als Feminizid.⁴ Auch Menschenrechtsaktivisten und Journalisten wurden verfolgt, bedroht und ermordet. Die in der Nähe von Juárez gefundenen Frauenleichen wurden misshandelt, 140 von ihnen waren sexuell missbraucht und gefoltert worden, wobei die Genitalorgane und andere Körperteile zerstört wurden. Die meisten Morde und Misshandlungen erfolgten nach einem sich ähnelnden Muster. 75 Frauenleichen waren derart verstümmelt, dass eine Identifizierung nicht mehr möglich war. Schnitte überdecken ihre Körper, manche sind skalpiert, andere verbrannt oder erwürgt. Nachdem man die Frauen missbrauchte und ermordete, wurden sie einfach weggeworfen. In vielen Fällen machte man sich nicht einmal die Mühe, sie zu verscharren. Man fand die ermordeten Frauen im Umfeld der Stadt von Juárez, im Wüstensand, der die Stadt umgibt, auf brachliegenden Feldern, auf Müllhalden, in Abwasserkanälen und in der Sierra de Juárez.⁵ 2001 wurden 8 Frauenleichen mitten in der Stadt Juárez gegenüber der Maquilafabrik Association entdeckt.⁶ Bei den Ermordeten handelte es sich immer um den gleichen Typ von Frauen. Es sind

Raina Zimmering – Jg. 1951; Prof. Dr. rer. pol. habil.; Politikwissenschaftlerin und Historikerin mit dem Schwerpunkt Lateinamerika; Lehre und Forschung seit den siebziger Jahren in Potsdam, im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), an der Harvard-Universität, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin, der Universidad Nacional Autónoma de México und der Universidad Nacional de Colombia (dort im August 2005 zur Universitätsprofessorin ernannt); Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko (CCIODH); Veröffentlichungen u. a.: »Der Revolutionsmythos in Mexiko« (2005). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Neue soziale Bewegungen in Argentinien, Heft 181 (November 2005).

1 Angabe nach Gabi Löffler, Aktivistin in der Casa de Mujeres in Ciudad Juárez, Dezember 2004.

2 Jahresbericht von Amnesty International 2004 zu Mexiko. Berichtszeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 2003, in: Chiapas 98, 17. 7. 2004.

3 NGOs stellen neue Kommission im Fall Ciudad Juárez in Frage, in: *adital-poonal*, Mexiko-Stadt, 10. 6. 2003.

4 Christian Berndt: Globalisierungs-Grenzen. Modernisierungssträume und Lebenswirklichkeiten in Nordmexiko, Bielefeld 2004, S. 259.

5 Amnesty International 2003. Ten Years of Abductions and Murders in Ciudad Juárez and Chihuahua. August 2003 (AMR 41/027/2003).

6 Angabe nach Gabi Löffler, a. a. O.

7 Vgl. Anne Huffschmid: Frauenmorde im Niemandsland, in: *ai-Journal*, März 2004.

8 Angabe nach Gabi Löffler, a. a. O.

9 Andrés Aguayo: Femicidio se propaga en México., in: *El País* de 7. de agosto 2005.

10 Jens Kastner: Autonomie im (Wind-)Schatten des Linkspopulismus? Der Zapatismus vor der mexikanischen Präsidentschaftswahl 2006, in: *ak – analyse + kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis* / Nr. 489 / 19. 11. 2004, S. 28.

junge, attraktive Mädchen und Frauen. Die Jüngsten von ihnen waren 10 Jahre alt gewesen. Alle hatten einen zierlichen Körperbau und langes Haar. Und es gibt noch ein gemeinsames auffälliges Kennzeichen. Sie alle stammten aus armen Verhältnissen, viele waren Indígenas aus dem Süden. Die Tätigkeiten, denen sie nachgingen, waren unterschiedlich: Arbeiterinnen aus den Weltmarktfabriken von Siemens, Bosch, Philipps oder Ford, Laborantinnen, Straßenverkäuferinnen, Schülerinnen, Angestellte in Haushalten oder Kellnerinnen in Restaurants und Bars. Um zur Arbeit oder zur Schule zu kommen, mussten alle weite Wege zu Fuß oder mit dem Bus durch unübersichtliche Gebiete zurücklegen.⁷ In den letzten Jahren verschwanden Frauen und Mädchen allerdings mitten am Tag im belebten Zentrum.⁸ Zwischen 2002 und 2004 hat sich das Phänomen der Frauenmorde über das ganze Land verbreitet. In Guanajuato wurden 21 und in Morelos 19 verstümmelte Frauen gefunden. Weitere in Oaxaca und in Chiapas. In der letzten Zeit wurde dieses Phänomen auch in anderen mittelamerikanischen Ländern wie Nicaragua, Guatemala und Honduras bekannt. Die offiziellen Schätzungen schwanken zwischen 1 400 und 5 000 ermordeten Frauen allein in Mexiko.⁹

Es ist nunmehr 12 Jahre her, dass diese Morde an Frauen und Mädchen in Juárez dokumentiert wurden, doch wurde diese Katastrophe bis zum heutigen Tag nicht wirklich aufgeklärt. Die Mehrzahl der Morde an den Frauen blieb bisher straflos und deren Verschwinden unaufgeklärt.

Im Folgenden analysiere ich das soziale und kulturelle Umfeld der betroffenen Frauen und werde damit strukturelle Ursachen für dieses Phänomen aufzeigen. Dann komme ich auf die Ermittlung und Aufklärung der Morde zu sprechen. Am Schluss möchte ich die Frage aufwerfen, ob ein Zusammenhang zwischen den sozialen und sozioökonomischen Bedingungen in der Grenz- und Maquiladora-Zone um Juárez und der nicht aufgeklärten ausgesprochen brutalen Gewalt gegen Frauen besteht.

Stadt der Grenze – Juárez

Die Stadt Juárez ist durch die Grenzsituation zwischen Mexiko und den USA geprägt. Eigentlich ist Juárez eine Doppelstadt, die nur durch den Rio Grande getrennt wird: das chaotische Ciudad Juárez auf mexikanischer Seite und das hochmoderne El Paso auf der US-amerikanischen. Hier handelt es sich nicht nur um eine Grenze zwischen zwei Ländern, sondern um die Scheidelinie zwischen zwei Welten, zwischen Nord und Süd, zwischen der ersten und der dritten Welt. Gleichzeitig wird in der Grenzregion klar, dass alte Muster der Aufteilung der Welt nicht mehr greifen, dass in der Durchmischung der alten Welten neue mit eigenen Gesetzmäßigkeiten entstehen, die durch die Durchdringung verschiedener Kulturen, Zerstörung alter und Bildung neuer Identitäten, durch die Aushebelung nationaler Gesetze, Entstaatlichung, durch Migration, Drogenhandel und Weltmarktfabriken charakterisiert werden.

Mexiko ist wirtschaftlich stark von den USA abhängig. Über 80 Prozent der mexikanischen Exporte werden in die USA geliefert. Jährlich wandern ca. 400 000 Mexikaner in die USA aus.¹⁰ Die Migranten durchqueren auf der Suche nach Arbeit und einem besseren

Leben in den USA die nördliche Region Mexikos und ein Großteil von ihnen verweilt in Juárez oder bleibt in diesem Gebiet hängen, meistens in Warteposition auf eine günstige Gelegenheit für den Grenzübergang. Oft werden die Migranten an der insgesamt 3 200 km langen Grenze zwischen Mexiko und den USA von der US-amerikanischen Bordercontrol festgenommen und zurückgeschickt. Dann warten die Zurückgeschickten auf die nächste Gelegenheit, zu fliehen. So ist Juárez seit langem eine Stadt der Migranten, eine Stadt der Fremden, die nur verweilen, um weiterzugehen und in dieser Wartezeit um ihr Überleben kämpfen. In dieser Situation gedeiht Verbrechen, Bestechung, Raub, Gewalt und Drogenhandel. Ein Menschenleben gilt in Juárez nichts.

Als im zweiten Drittel der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts ausländische Unternehmen Fabriken mit arbeitsintensiven Industrien in der nördlichen Region gründeten, wurde Juárez auch zu einer Stadt der Maquiladora.¹¹ 1965 rief die mexikanische Regierung das Programm zur Industrialisierung der Nordzone (Programa de la Industrialización de la Frontera Norte – PIF) ins Leben. Sie unterbreitete großzügige Angebote an große internationale Unternehmen, damit diese exportorientierte zwischengelagerte Lohnveredelungsbetriebe in Mexiko ansiedelten.¹² Zu diesem Zweck wurden Sondergesetze erlassen und eine Freihandelszone gegründet, in der den Unternehmen Steuerfreiheit gewährt wurde. Gewerkschaften waren verboten und die Arbeitsgesetze über Mindestlöhne wurden ausgehebelt. Mit dem Maquiladora-Plan war das Versprechen verbunden, die Region an der Grenze und mit ihr ganz Mexiko in eine bessere Zukunft zu führen. Sie sollte eine Stätte des Fortschritts und der Entwicklung werden. Für die Mexikaner böte sich die Chance auf ein neues Leben, attraktive Arbeitsplätze, gute Einkommen und modernste Technik und Weiterbildungsmöglichkeiten. Hier sollten unqualifizierte Arbeitskräfte zu selbstbewussten und modernen Menschen geformt werden, die die neuesten Technologien beherrschten und Teil eines globalen Produktionsnetzwerkes wären.

Das Maquila-Programm erlaubte ausländischen Unternehmern Fabriken in Mexiko zu errichten, die sich 100prozentig in ausländischem Besitz befinden und einzig und allein für den Export produzieren. Die Vorprodukte und Materialimporte der benötigten Maschinen wurden von Einfuhrzöllen befreit. Nach Beendigung der Produktion werden die Maschinen wieder in das Herkunftsland zurück verbracht. Die Maquilas sind überwiegend mit US-amerikanischen und japanischen Unternehmen verbunden. In den letzten Jahren entfielen 50 Prozent der mexikanischen Exporte auf die Maquiladora-Industrie. Das meiste, was für die Produktion benötigt wird, wird eingeführt. Nur 3 Prozent der Importe stammen aus Mexiko selbst, was den verschwindend geringen Anreiz für die einheimische Wirtschaft deutlich macht. Im Juli 2004 gab es 2 804 Maquilas im Lande, in denen 1,2 Mio. von 14 Mio. Menschen beschäftigt sind.¹³ Die wichtigsten Sektoren sind die Autoindustrie, die Herstellung elektronischer und elektrischer Geräte und die Textilindustrie. Produziert wird arbeitsintensiv. Die Unternehmen fungieren dabei als Zulieferbetriebe für bekannte Weltmarkenfirmen wie Siemens, Bosch, Philipps. Es gibt aber auch Filialen von General Motors, Mitsubishi, Sony, Packard Electric usw.

11 Maquila war im Mittelalter in Spanien der Lohn, den der Müller von den Bauern erhielt, wenn er deren Getreide mahlte. Und so nannte man nun diese Fabriken.

12 Christian Berndt: a. a. O., S. 24.

13 Angaben nach: Christliche Initiative Romero e. V. 2004.

14 PEMEX ist der staatliche mexikanische Erdölkonzern.

15 Angaben nach: Christliche Initiative Romero e. V. 2004, S. 197.

Mit den Maquilas verfolgte die mexikanische Regierung die Absicht, das gravierende Problem des Arbeitskräfteüberschusses und der Migration zu lösen. Besonders wichtig erschien dies Anfang der 90er Jahre im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise des Landes. Nach der Abwertung des Pesos 1994 entließ PEMEX¹⁴ allein 22.000 Menschen.¹⁵ Auch in der Landwirtschaft entstanden im Zusammenhang mit der Etablierung der North American Free Trade Association (NAFTA) große Probleme. Durch den Wegfall von Importschranken für ausländische Anbieter waren die einheimischen Produkte wie Mais, Bohnen und Fleisch nicht mehr konkurrenzfähig. Tausende Bauern verloren ihre Existenz, insbesondere in den südlichen Regionen des Landes, in Veracruz, Chiapas und Tabasco.

Mit der Errichtung der Maquiladora-Zone zogen nun nicht mehr nur die waghalsigen Auswanderungswilligen auf der Suche nach Arbeit und Glück in den Norden, um in die USA zu gelangen, sondern Scharen von Arbeitskräften, um nun dort zu bleiben. Als die ersten Auswanderer Arbeit in den Maquilas fanden, holten sie ihre Familien und Verwandten nach und diese wiederum ihre Angehörigen. So wanderten ganze Dörfer aus dem Süden aus und siedelten sich in Juárez an. Der größte Teil der Migrantinnen waren Frauen, die aus sozialen und geschlechterspezifischen Gründen aus der mexikanischen Gesellschaft ausgestoßen waren. Dies betraf in erster Linie allein stehende Mütter, die von ihren Männern verlassen wurden, arbeitslose Frauen und Frauen, die von ihren Familien verstoßen wurden. Einen weiteren Anteil bildeten Frauen, die nach Juárez gingen, um ihre Familien durchzubringen und das erarbeitete Geld nach Hause in den Süden schickten. Der hohe Frauenanteil hing mit der speziellen Nachfrage der Maquilas zusammen. Der Hauptteil der in den Maquilas beschäftigten Arbeiter war von Beginn an bis in die 90er Jahre hinein weiblich. Frauen galten bei den Unternehmern als weniger aufsässig als Männer, lern- und anpassungsfähiger und konnten für weniger Geld eingestellt werden. Die Erfahrung zeigte, dass Frauen weniger Berührung mit Gewerkschaften und politischer Arbeit als die Männer hatten, die aus den Industriegebieten Mexikos zuwanderten.

Arbeitsbedingungen in der Maquiladora-Industrie

Die Arbeitsbedingungen für die in den Maquilas arbeitenden Frauen unterscheiden sich erheblich von denen in den westlichen Staaten. Die Arbeiterinnen erhalten durchschnittlich vier Dollar Lohn für neun Stunden Arbeit. Im Vergleich dazu: In den USA zahlt man für unqualifizierte Arbeit fünf Dollar in der Stunde. Die Verarbeitung der Produkte erfolgt hauptsächlich in Handarbeit ohne Maschinen. Zum überwiegenden Teil verrichten die Frauen eintönige und ermüdende Arbeiten, wie z. B. das Zusammenstecken von Schaltern und Steckern. Aber auch körperlich schwere Arbeiten kommen häufig vor. In vielen Unternehmenspräsentationen wird behauptet, dass die Maquiladora-Industrie seit ihrer Gründung eine stufenweise Entwicklung von den rein arbeitsintensiven Weltmarktfabriken zu so genannten highly competent skilled labor- Maquiladoras mit einer kapital- und wissensintensiveren Produktion im Sinne des Slogans »lernende Fabriken in einer lernenden Region« durchgemacht hät-

ten. Dadurch hätten die mexikanische Wirtschaft einen erheblichen Modernisierungsschub und die mexikanischen Arbeitskräfte eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, ihres Lebensstandards und technischer Kenntnisse erreicht. Dabei wird gern auf die steigende Zahl an mexikanischen Unternehmern und Technikern und die zunehmende Ausstattung der Unternehmen mit technischen Geräten verwiesen. Auch wenn das in einigen Fällen der Wahrheit entspricht, blieben diese Unternehmen nach wie vor nicht nur in der Minderzahl, sondern sind schlichtweg eine Ausnahme.¹⁶

Die arbeitenden Frauen in den Maquilas sind meistens sehr jung. Das Alter der Arbeiterinnen liegt oft unter 20 Jahren.¹⁷ Bis in die 90er Jahre hinein wurde das Mindestalter von 14 Jahren oft unterschritten.¹⁸ Die Maquila-Unternehmer kalkulierten, dass jugendliche unerfahrene Frauen fügsamer und leichter manipulierbar sind und noch keine Kinder haben. Da sie selbst noch Kinder sind, können sie vormundschaftlich behandelt werden. Somit sind sie für einen reibungslosen Produktionsablauf besser verwertbar. Die Arbeitszeit überschreitet in vielen Fällen die gesetzlich festgelegte Stundenzahl. Besonders häufig sind Überstunden, die vom Unternehmer in der Regel nicht bezahlt werden. Im Fall von engen Lieferterminen müssen die Arbeiterinnen manchmal die ganze Nacht oder mehrere Nächte hintereinander durcharbeiten. In fast allen Maquilas werden elementare Menschenrechte der Arbeiterinnen verletzt. Die Toilettengänge werden z. B. in vielen Fabriken durch Abschließen der Toiletten und die Erlaubnis, diese nur in den Pausen benutzen zu dürfen, restriktiv eingeschränkt. Schwangerschaften der Arbeiterinnen sind im Maquila-Bereich unerwünscht. Um Schwangerschaften zu verhindern, müssen sich die Arbeiterinnen oftmals erniedrigenden Körperuntersuchungen, Schwangerschaftskontrollen und Druck von Seiten der Unternehmensleitungen unterziehen. So werden vom Unternehmen Antibabypillen verteilt oder die Monatsbinden der Frauen regelmäßig kontrolliert.¹⁹

Für die Arbeiterinnen ist es kaum möglich, ihre Interessen gegenüber der Unternehmensleitung politisch zu vertreten. In den Anfangszeiten der Maquila waren Gewerkschaften regelrecht verboten, in den letzten Jahren wurden Gewerkschaften zugelassen, besser gesagt, eine Gewerkschaft – die CTM – der Gewerkschaftsdachverband, der eher Unternehmer- als Arbeitnehmerinteressen vertritt. Die Bildung unabhängiger Gewerkschaften sowie Streiks werden mit allen Mitteln unterdrückt, so dass die Maquilazone als quasi »gewerkschaftsfreier Raum« betrachtet werden kann.²⁰ Da keine eigene adäquate Repräsentation der Arbeiter existiert, gestalten sich Arbeitsbeziehungen zwischen Manager und Arbeiterinnen in einer direkten Linie von Person zu Person ohne zwischengeschaltete Repräsentationsinstanz. So werden Geschlechterverhältnisse reproduziert, die einerseits traditionellen aus der Kolonialgeschichte Mexikos entliehenen Mustern entsprechen und andererseits das Abhängigkeitsverhältnis zwischen entwickelten westlichen Staaten und unterentwickelten Staaten der Dritten Welt paradigmatisch widerspiegeln. Die aus ländlichen Regionen oder den städtischen Unterschichten kommenden Frauen müssen sich einem ihnen bisher völlig fremden Arbeitsalltag von heute auf morgen anpassen. Dabei

16 Ebenda, S. 34.

17 Ebenda, S. 135.

18 Ebenda, S. 154.

19 Ebenda, S. 133.

20 Ebenda, S. 144-149.

21 Vgl. Judith Galarza: *Señorita Extraviada – Missing Young Woman*. Dokumentarfilm, Mexiko 2002.

22 Gustavo Capdevila: Ein dichtes Netz der Diskriminierung. Indigene Frauen von Benachteiligung besonders betroffen. Bericht für die Genfer UN-Konferenz, in: *junge Welt*, 13. 8. 2004.

23 Ebenda, S. 149.

24 Ebenda, S. 154.

25 Ebenda, S. 132.

geraten sie in ein sehr ungleiches Abhängigkeitsverhältnis zu den Managern und Unternehmern nach dem Bild eines Vater-Kind-Schemas. Dabei haben indigene Frauen unter besonders komplexen Diskriminierungen zu leiden. Dies betrifft sexuelle Gewalt und die verschiedensten Formen von Benachteiligung²¹, wobei Genderfragen mit den Problemen von ethnischen Minderheiten verweben werden.²² Das in diesem Kontext entstandene Psychogramm der Maquiladora-Arbeiterinnen ist ein üppiger Nährboden für Gefolgsamkeitsverhalten und eine fehlende weibliche Selbstbewusstseinskultur, was von verbrecherischen Organisationen gut ausgenutzt werden kann.

Man fragt sich, wieso auch Frauen aus den Maquilas verschwinden konnten, obwohl die Maquila-Unternehmen sich als eine gut funktionierende Familie darstellen, als so genannte Familien-Unternehmen. In Wirklichkeit jedoch bilden sich in den Betrieben keine festen Gemeinschaften. Dies wird durch die ausgesprochen hohe Fluktuation von Arbeitskräften unmöglich gemacht. Im Durchschnitt wird die Belegschaft einer Maquila innerhalb von 10 Monaten komplett ausgewechselt.²³ Grundlage dafür ist das Überangebot von Arbeitskräften, das sich aus den Migrationsströmen rekrutiert. Die Unternehmen selbst sind an der Organisation von Migrationsnetzwerken direkt beteiligt.²⁴ Damit produzieren sie einen äußerst effektiven Druck auf die Arbeiterinnen, die bei der kleinsten Unregelmäßigkeit entlassen werden können. Außerdem haben die Arbeitsverträge nur eine kurze Dauer von durchschnittlich drei bis sechs Monaten oder es werden keine abgeschlossen. Oftmals müssen die Arbeiterinnen ihre Arbeit kündigen, wenn sie eine Familienangelegenheit zu regeln haben, da ihnen nur eine Woche Urlaub zubilligt wird. Wenn sie z. B. zu einer Beerdigung eines Familienmitglieds in den Süden fahren müssen, reicht eine Woche zeitlich nicht aus. In solchen Fällen sind sie gezwungen, ihre Arbeit zu kündigen. Durch die hohe Fluktuation der Arbeitskräfte fällt es nicht auf, wenn eine Arbeiterin am nächsten Tag nicht zur Arbeit erscheint, es ist Normalität. Keiner der Kolleginnen würde es einfallen, Nachforschungen zu betreiben.

In den letzten Jahren ist der Frauenanteil in der Maquiladora-Produktion auf Grund von Umstrukturierungsmaßnahmen in den Unternehmen gesunken. Außer bei »Moga« mit 100 Prozent und »Miller und Brown« mit 64 Prozent Frauen liegt der Anteil bei anderen Unternehmen inzwischen unter 50 Prozent.²⁵ Der Wechsel in der Genderorientierung setzte ein Heer von arbeitslosen Frauen frei, das nun auf andere Bereiche, insbesondere in den Dienstleistungssektor und informellen Sektor in der Stadt Juárez und Umgebung auswich. Diese Situation und eine zunehmende Unübersichtlichkeit führen dazu, dass Frauen, besonders junge Frauen, für das Versprechen, Geld zu verdienen, äußerst empfänglich und so eine leichte Beute für delinquente Rekrutierungsnetzwerke darstellen.

Juárez als Ort struktureller Gewalt

Das Bild der Stadt Juárez wird nicht nur durch die Wohnviertel und Fabriken geprägt, sondern auch durch zersiedelte und unübersichtliche Zonen, durch von Abwässern zerstörte Landschaften, Abbruch-

häuser, Investruinen, weite Elendsviertel in der Nähe der Wüste und grelle Vergnügungsviertel im Zentrum mit einem ausgeprägten Nachtleben. In dieser Stadtlandschaft gedeihen Gewalt, Verbrechen und Verwahrlosung. Juárez war traditionell durch seine Grenzlage immer schon eine Stadt, in der es viel Gewalt und Drogenhandel gab. Durch die Errichtung der Maquiladora-Industrie gingen Gewalt und Drogenhandel jedoch nicht zurück, wie man sich versprochen und erhofft hatte, sondern nahmen eher noch zu. Zwischen Maquiladora-Industrie und Drogenhandel kann regelrecht ein paralleles Wachstum beobachtet werden. Der Drogenhandel wurde seit langem durch das Bestehen religiöser Sekten, die mit den mächtigsten Familien von Juárez verbunden sind, begünstigt. In den letzten Jahren mutierte das Gebiet um Juárez nach der teilweisen Zerstörung der großen Drogenkartelle in Kolumbien zu einem der größten Umschlagplätze auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Das Juárez-Kartell soll inzwischen das größte Drogenkartell in ganz Lateinamerika sein. Nachdem der Clan um Armado Carrillo 1993 die Macht übernommen hatte, brutalisierte sich der Drogenhandel.²⁶

Eines der großen Probleme der Stadt ist das Bandenwesen. Die meisten Stadtteile haben ihre eigenen Gangs. Drogenbanden kämpfen um die Vorherrschaft in der Grenzregion. Morde auf offener Straße sind alltäglich und sie werden kaum aufgeklärt. Dies erzeugt einen rechtsfreien Raum, in dem die Polizei nur agieren kann, wenn sie sich mit den Delinquenten arrangiert oder fraternisiert. Die Sicherheitskräfte sind nicht im Mindesten auf die schnell wachsende Stadt und den Drogenkrieg eingerichtet. In Juárez kommt ein Polizist auf 3 551 Einwohner.²⁷ Die Stadt weist die höchste Kriminalitätsrate in ganz Mexiko auf. Die andere Seite der Rechtsfreiheit ist ein Klima der Angst, das die Bewohner der Stadt lähmt und Rückzug ins Private bewirkt. Juárez mutierte so von einem Hort der Hoffnung zur »feindlichen Stadt«, die die Menschen depressiv und aggressiv macht.

Die strukturelle Gewalt gegen Frauen ist ein Teil der offenen Gewalt in Juárez. Neben der untergeordneten und abhängigen Position der Arbeiterinnen in den Maquila-Fabriken tritt die innerfamiliäre Gewalt. Da die ausländischen Unternehmen jahrzehntelang hauptsächlich Frauen einstellten, entstand ein riesiges Heer von arbeitslosen Männern, die sich in der machistisch geprägten Gesellschaft Mexikos mit dieser Rolle nur schwer abfinden können. Traditionell, insbesondere im Süden Mexikos, gilt der Mann als der Ernährer und Beschützer der Familie, der alles unter Kontrolle hat. Die abrupte Umkehrung dieser Rollenordnung in der Maquiladora-Zone führte bei vielen Männern zu tiefen Persönlichkeitsstörungen und Minderwertigkeitskomplexen. Sie empfinden es als äußerst entwürdigend, sich von ihren Frauen oder Töchtern ernähren zu lassen, diese in ihrer Abwesenheit nicht beschützen zu können und Arbeiten, wie Kinderbetreuung, Putzen, Waschen und Kochen, auszuführen, die nicht ihrem Rollenverständnis entsprechen. Das Leben in der Maquila-Zone brachte den meisten Männern keine neue Identität, sondern lediglich den Verlust der alten. Zur Kompensation suchen sie Trost in Drogen und Alkohol oder in informellen Geschäften. In solchen Familien kommen Gewaltakte gegen die eigenen Frauen und Töchter

26 Vgl. Anne Huffs Schmid, a. a. O.

27 Christian Berndt: a. a. O., S. 259.

gehäuft vor. Gewalt nimmt in der männlichen Entwurzelung dabei die Funktion ein, die Rollenordnung symbolisch wieder herzustellen. In Juárez wurden 1995 1 307 sexuelle Verbrechen registriert, wobei die Dunkelziffer erheblich höher sein dürfte. 1996 stieg diese Zahl um 35 Prozent. Die tief greifenden Verwerfungen in den Genderbeziehungen sind eine der Ursachen für den Feminizid, sie bilden den Nährboden für martialische Rachegefühle von Männern gegenüber Frauen, mit der sie der fortschreitenden Erosion männlicher Autorität durch Gewalt Einhalt bieten wollen.²⁸

28 Ebenda, S. 262.

Aufklärung der Frauen-Morde

Nach der demographischen, sozialen und Gender-Einbettung der Morde in den Kontext von Juárez drängt sich die Frage der Aufklärung auf. Schon auf den ersten Blick erscheint es als äußerst widersprüchlich, dass in einem demokratisch verfassten Staat im zwölften Jahr nach den ersten dokumentierten Morden immer noch keine umfassende Aufklärung erfolgte. Die Täter wurden immer noch nicht eindeutig ermittelt und bestraft.

Anfang der 90er Jahre wurden die Morde in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Die lokalen Sicherheitsbehörden der Provinz Chihuahua lehnten es ab, von einem systematischen Mord an Frauen zu sprechen und erklärten sie zu »normalen« Gewaltverbrechen. Sie spielten die Morde herunter und verharmlosten sie. Medien, Politiker und Polizei schoben die Schuld häufig den Opfern selbst zu. Die ermordeten Frauen hätten sich zu aufreizend gekleidet und ein lasterhaftes Leben geführt. 1999 machte der oberste Staatsanwalt von Chihuahua die Frauen direkt für das Geschehene verantwortlich. Er sagte: »Frauen, die abends ausgehen, oft spät und Kontakt mit Betrunkenen haben, gehen ein Risiko ein. Wer auf die Straße geht, lebt gefährlich.«²⁹ Dieser Argumentationslinie folgten auch Unternehmer aus der Maquiladora-Industrie.³⁰ Eine Mitarbeiterin in der höheren Verwaltung einer Maquiladorafabrik äußerte z. B. in einem Interview: »Die Personen, die von klein auf hierher kommen, die allein sind, machen mit ihrem Leben, was sie wollen. Denn sie müssen niemandem wegen irgendetwas Rechenschaft ablegen. ... Sie kommen spät nach Hause und ziehen sich provozierend an, und das führt zu vielen Dingen.«³¹

29 Andreas Behn: Ciudad Juárez: Über 300 Ermordete und 500 vermisste Frauen. Menschenrechtler prangern Straflosigkeit an, in: Chiapas 98, 24. 10. 2003.

30 Christian Berndt, a. a. O., S. 262-265. Aus den von Christian Berndt geführten Interviews geht deutlich hervor, dass Maquiladora-Unternehmer den Arbeiterinnen einen leichtsinnigen und sexistischen Charakter unterstellen und diesen mit den Morden in Zusammenhang bringen und damit als kulturelles Phänomen erscheinen lassen.

31 Ebenda, S. 265.

1995 verhafteten die Behörden Abdel Larif Sharif. Der in El Paso lebende Ägypter wurde als Psychopath und Massenmörder charakterisiert, der als Einzeltäter für die Morde verantwortlich wäre. Doch nach der Verhaftung von Sharif gingen die Morde weiter. Jetzt setzten die Behörden und Medien die Erklärung in Umlauf, dass Sharif vom Gefängnis aus eine Bande, die sich »Los Rebeldes« nenne, beauftragte, weitere Morde und Vergewaltigungen zu begehen, um ihn unschuldig erscheinen zu lassen. 1996 wurden 14 Gang-Mitglieder verhaftet. Nach der Verhaftung setzten sich die Morde jedoch wiederum fort. Neun Bandenmitglieder wurden nun wieder entlassen. Die Entlassenen der Rebeldes-Bande gaben an, dass ihre Geständnisse unter Folter erzwungen worden wären. Danach wurde eine Gruppe weiterer Verdächtigter verhaftet. Es waren Busfahrer der Maquiladorabetriebe, die ebenfalls mit Sharif in Verbindung stehen sollten. Auch diese Gruppe von Festgenommenen berichtete von un-

ter Folter erpressten Geständnissen. Dazu kam, dass der Anwalt Mario Escobeda, der die Foltervorwürfe eines Klienten vor Gericht bringen wollte, auf einer Drogenfahndung von Polizisten angeblich irrtümlicherweise erschossen wurde. Sein Mandant starb kurze Zeit darauf im Krankenhaus während einer Operation. Die Hinrichtung von Mario Escobeda wurde von einem Fotografen der Zeitschrift »Norte« fotografiert und bewiesen. Diesen Beweis wies die Staatsanwaltschaft zurück. Daraufhin wurde der Fotograf von Unbekannten entführt und bedroht und der Chefredakteur der Zeitschrift erhielt Morddrohungen. Ebenso erging es dem Vater des ermordeten Anwaltes, der den Fall vor das Gericht bringen wollte. Nach den Morddrohungen gegen ihn und seine Familie nahm er schließlich die Klage wieder zurück und das Gericht ließ den Fall wegen Mangels an Beweisen schließlich fallen.³²

Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier etwas verborgen wurde und die wahren Hintergründe der grausamen Verbrechen nicht ans Tageslicht kommen sollten. Dieser Eindruck erhärtete sich, als sich herausstellte, dass es grobe Fehler bei den Ermittlungen gegeben hatte. Es wurde unterlassen, Zeugen zu befragen, Indizien verschwanden, gerichtsmmedizinische Untersuchungen wurden gar nicht oder äußerst nachlässig durchgeführt und Akten nicht systematisch angelegt. In vielen Fällen hatte man die Orte, an denen die Frauen gefunden wurden, nicht einmal markiert.³³ Das Schlimmste war, dass die Behörden die Vermisstenanzeigen der Mütter der verschwundenen Mädchen in vielen Fällen nicht aufnahmen. Die Polizei verspottete die Mütter, indem sie ihnen sagte, dass ihre Töchter sicher bei einem Freund geblieben oder als Prostituierte in den Bars der Stadt untergetaucht seien. Nach mexikanischem Gesetz liegt kein Delikt vor, wenn ein Mensch nicht als vermisst gemeldet wurde.³⁴ Ein Beispiel ist der Fall von Silvia Arce, über den AI 2004 berichtete. Die Mutter hatte ihre Tochter am 12. März 1998 zum letzten Mal gesehen. Seit dieser Zeit versuchte sie verzweifelt herauszufinden, was mit ihr geschehen ist, ohne jeden Erfolg. Immer wieder musste sie die Erfahrung machen, dass die Behörden ihre Forderung, das Verschwinden ihrer Tochter zu untersuchen, ignorierten. Vor AI sagte die Mutter: »Sie haben viele Spuren gefunden, Adressen, Telefonnummern, Namen ... Aber sie haben nichts damit gemacht. Ich habe ihnen so viele Informationen gegeben und sie wurden nicht einmal in die Fall-Unterlagen aufgenommen. Wir verdienen diese Behandlung und den Schmerz, den wir tagtäglich erleben, nicht! Das einzige, worum ich bitte, ist Gerechtigkeit und dass sie meine Tochter endlich finden.«³⁵

Als sich die Morde unterdessen immer weiter häuften und auch bereits auf andere Städte wie Chihuahua übergriffen, tauchten über die Medien und Politiker neue Erklärungen für die Feminizide auf, wie die Produktion von so genannten »Snuffvideos« (Gewaltpornos), Frauenhandel, satanische Blutkulte oder Organhandel. Bisher konnte nicht eine dieser Vermutungen bestätigt werden. Frauenrechtlerinnen aus Juárez, die sich mit den Morden beschäftigen, gehen davon aus, dass diese Erklärungsansätze oder einige davon wahrscheinlich zutreffen, doch das Wesentliche die Impunidad – die Straflosigkeit sei.³⁶

Inzwischen gründeten die verzweifelten Angehörigen der Opfer verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, um Druck auf

32 Jutta Pinzler und Matthias Franck: Die Stadt der toten Töchter. Eine endlose Mordserie in Mexiko. Film von Arte 2004.

33 Amnesty International 2003. Ten Years of Abductions and Murders in Ciudad Juárez and Chihuahua. August 2003 (AMR 41/027/2003).

34 Jutta Pinzler und Matthias Franck, a. a. O.

35 Amnesty International Österreich: Gewalt gegen Frauen. Nicht mit uns!, in: Jahresbericht 2004.

36 Andreas Behn: Ciudad Juárez: Über 300 Ermordete und 500 vermisste Frauen. Menschenrechtler prangern Straflosigkeit an, in: Chiapas 98, 24. 10. 2003.

37 Jahresbericht von Amnesty International 2004 zu Mexiko. Berichtszeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 2003, in: Chiapas 98, 17. 7. 2004.

38 Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos en México: Informe final de la tercera visita de la CCIODH. 16 febrero – 3 marzo 2002. Anexo II. Ni una más. Campaña contra los asesinatos de mujeres en Ciudad Juárez. Mexico 2002: 570-572.

39 UNO untersucht Frauenmorde in Ciudad Juárez, in: púlsar, Montevideo, 29. 9. 2003.

40 Mexiko: Nicht tolerierbares Töten. Zehn Jahre Entführungen und Morde in Ciudad Juárez und Chihuahua. / ai Index: AMR 41/026/2003;

41 Jahresbericht von Amnesty International 2004 zu Mexiko. Berichtszeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 2003, in: Chiapas 98, 17. 7. 2004.

42 Poonal Nr. 563 vom 11. 3. 2003.

43 Jahresbericht von Amnesty International 2004 zu Mexiko. Berichtszeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 2003, in: Chiapas 98, 17. 7. 2004.

44 NGOs stellen neue Kommission im Fall Ciudad Juárez in Frage, in: aditalpoonal, Mexiko-Stadt, 10. 6. 2003.

die örtliche Regierung und auf die Bundesregierung auszuüben, die Morde aufzuklären und die Mörder zu bestrafen. Die Selbsthilfeorganisationen bieten für die Angehörigen der Opfer und die wenigen überlebenden Betroffenen psychologische Betreuung und Hilfe an. Beispiele hierfür sind die NGO »Voces sin Eco« (Stimmen ohne Echo) und die »Casa de Mujeres« (Haus der Frauen). Die Arbeit dieser Organisationen ist mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, da sie massiv diffamiert werden und diskriminierenden Untersuchungen von Seiten der Polizei ausgesetzt sind.

Ein wichtiger Schritt in der Arbeit der Organisationen war die Übergabe der Fälle an die internationale Öffentlichkeit. 2002 berichteten Vertreterinnen der Organisationen vor der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) über die Feminizide und klagten die Regierung wegen der mangelhaften Aufklärung an.³⁷ CCIODH berichtete der Hochkommissarin für Menschenrechte bei der UNO Mary Robinson über die Fälle. Im Jahre 2003 klagte die Nationale Menschenrechtskommission Mexikos die Regierung in der UNO an, die Konvention über die Eliminierung aller Formen von Diskriminierung der Frau verletzt zu haben.³⁸ Die UNO-Menschenrechtskommission setzte nun das Thema auf die Tagesordnung und schickte eine eigene Delegation nach Mexiko. Diese stellte fest, dass die Regierung und Justiz nicht die nötigen Untersuchungen in die Wege zur Aufklärung der Verbrechen geleitet hätten.³⁹ Auch Amnesty International untersuchte mit einer eigenen Delegation die Fälle vor Ort und verwies auf das Beispiel der 16 Jahre alten Viviana Rayas, die entführt und ermordet aufgefunden wurde.⁴⁰ Die Behörden unterließen es, den Entführungsindizien konsequent nachzugehen. Die Tatverdächtigen und Zeugen in diesem Fall wurden gefoltert und unter Folter erzwungene Geständnisse als Beweise behandelt.⁴¹ Im März 2003 veröffentlichte die Interamerikanische Menschenrechtskommission nach einer ausführlichen Recherche einen Bericht über die Todesfälle. Aus all den Aktivitäten erwuchs schließlich die Forderung an die mexikanischen Behörden, dass sich der Oberste Gerichtshof der Fälle annehmen und eine Sonderkommission gebildet werden sollte. Erst jetzt wurde das Thema auch in der Öffentlichkeit ernst genommen. Der mexikanische Unternehmerverband COPARMEX (Confederación Patronal de la República Mexicana) und die Nationale Menschenrechtskommission warfen der Regierung von Chihuahua Nachlässigkeit, Unvermögen und Informationsverschleierung bei der Aufklärung der Morde vor.⁴²

Im Juli 2003 rief der mexikanische Präsident Vicente Fox eine nationale Untersuchungskommission ins Leben. Zur gleichen Zeit verabschiedete das Innenministerium einen 40-Punkte-Plan zur Aufklärung der Morde.⁴³ Doch auch diese Aktionen auf höchster Ebene führten bis jetzt zu keinen zufrieden stellenden Ergebnissen. Die Untersuchungskommission, die vom Innenminister Santiago Creel und der Sekretärin für Menschenrechte im Außenministerium geleitet wird, organisierten drei Runde Tische zum Thema der Frauenmorde. Von Frauenrechtlerinnen wird der Kommission vorgeworfen, dass sie wichtige Informationen zurückhalte und sich bei Zuständigkeitsdebatten aufhalte.⁴⁴ Außerdem wurden die mexikanischen Menschen-

rechtsorganisationen bei den Gesprächen weitgehend übergangen und deren Diskriminierung nicht thematisiert.⁴⁵ Im Januar 2004 schließlich setzte die Oberste Staatsanwaltschaft mit der Juristin María Lopez Urbina eine Sonderstaatsanwältin ein. Die Anwältin wird wegen zu wenig Erfahrung in der Menschenrechtsarbeit und bei der Verfolgung von Gewalt gegen Frauen kritisiert.⁴⁶ Sie untersuchte 150 Mord-Akten und kam zu dem Schluss, dass in mindestens 100 Fällen berechtigter Verdacht besteht, dass die Ermittlungen fehlerhaft und nachlässig durchgeführt worden waren. Allerdings fühlen sich die bundesstaatlichen Behörden weiterhin nicht für die Ermittlungen zuständig und weisen diese wieder an die Behörden von Chihuahua zurück. Es besteht Grund zur Sorge, dass die Ermittlungen im Sande verlaufen und niemand für die strafwürdige Fahrlässigkeit, mit der seit Beginn der Mordserie 1993 in Sachen Frauenmorde vorgegangen wurde, zur Verantwortung gezogen wird.

Trotz dieser Regierungsaktivitäten konnten keine substantziellen Fortschritte bei der Aufklärung der Fälle erreicht werden.

Aber es gibt auch positive Ergebnisse. Durch die umfangreiche Arbeit nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen ist eine Verbesserung der juristischen und forensischen Aufklärungsarbeit und Spurensuche zu verzeichnen. Nunmehr werden an den Opfern Autopsien durchgeführt und es findet eine ordentliche Dokumentation der Funde statt. Der korrupte Generalstaatsanwalt Jesus José Solís Silva musste zurücktreten. Die Vermisstenanzeigen werden inzwischen von der Bundesstaatsanwaltschaft akzeptiert und mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung gebracht.⁴⁷

Bis heute finden jedoch Quellen, die eine Verbindung von Unternehmern, Politikern, Polizei und Drogenhändlern zu den Morden herstellen, kaum Beachtung. Derartige Quellen können Menschenrechtsorganisationen und sozialwissenschaftliche Untersuchungen liefern. Wichtig in diesem Zusammenhang sind zwei Publikationen der letzten beiden Jahre, die aufschlussreiches Material und logische Erklärungsansätze anbieten: das Buch »Huesos en el Desierto« (Knochen in der Wüste)⁴⁸ des mexikanischen Journalisten Sergio González Rodríguez und das Buch »Frauenernte – eine mexikanische Safari«⁴⁹ der US-amerikanischen Reporterin aus El Paso Diana Washington. In beiden Büchern wird über enge Kontakte zwischen Geschäftsleuten, der Drogenszene, Polizeibeamten, den Söhnen einflussreicher Juárezer Familien und prominenten Politikern berichtet. Sie sprechen vom Dreigestirn zwischen Politik, Drogenhandel und Industrie. Es wird berichtet, dass Drogenbosse Maquilas kauften und reiche Familien aus Juárez, die ebenfalls mit dem Drogenhandel in Verbindung stehen, Industrieparks und Universitäten besitzen. Der Exgouverneur von Chihuahua z. B. arbeitete mit dem Juárez-Kartell zusammen. Diese Untersuchungen wurden durch die Nachricht vom Februar 2005 bestätigt, dass ein wichtiger Sicherheitsberater von Präsident Fox, Acosta Lugo – der Mann, der die Auslandsreisen des Präsidenten organisierte – ein Mann der Mafia ist. Er informierte die Drogenkartelle über alle geplanten Schritte zur Bekämpfung des Drogenhandels, so dass trotz der Inhaftierung der Bosse der wichtigsten Drogenkartelle das Drogengeschäft und der Kampf zwischen den Kartellen vom Gefängnis aus weiter gin-

45 Ebenda.

46 Angabe nach Gabi Löffler, Aktivistin in der Casa de Mujeres in Ciudad Juárez, Dezember 2004; Mexiko-Info aus Poonal Nr. 608 vom 3. 2. 2004.

47 Jutta Pinzler und Matthias Franck: Die Stadt der toten Töchter. Eine endlose Mordserie in Mexiko. Film von Arte 2004.

48 Sergio González Rodríguez: Huesos en el Desierto, Barcelona 2002.

49 Anne Huffschmid: Frauenmorde im Niemandsland, a. a. O.

gen. So starb Ende 2004 Arturo Guzmán Loera, eine Schlüsselfigur der mexikanischen Kokamafia im Hochsicherheitsgefängnis von La Palma. Auch der Tod von sechs Gefängniswägtern im Hochsicherheitstrakt Matamoros im Norden Mexikos ist darauf zurückerückzuführen, dass die Mafia gut informiert war und im Gefängnis einen breiten Aktionsraum besaß.⁵⁰

50 Stefanie Kron: Gewalt-
eskalation in Mexiko, in:
junge Welt, 9. 2. 2005.

Fazit

Der Ursachensuche nach dem Feminizid in der Provinz Chihuahua hält sicher kein monokausaler Erklärungsansatz stand. Es ist ein komplexes Geflecht verschiedenster Phänomene, die sich in Juárez kreuzen und zu dieser furchtbaren Ausprägung der Gewalt gegen Frauen führen. Zu nennen wären dabei die aus dem Gleis geratenen Genderbeziehungen und die Migration infolge des schnellen Wachstums der Maquiladora-Produktion, das Anwachsen und die Brutalisierung des Drogenhandels, der durch die Entstaatlichung der Region neue Spielräume erhielt, die Privatisierung der Sicherheitssysteme und deren Verbindungen zur Drogenszene, die Verquickung von Politik mit großen Unternehmen und der Drogenszene. Ein wesentlicher Punkt ist die Erweiterung des Spielraumes der Drogenmafia, und die Transformation ihres Aktionsraumes auf ganz neue Tätigkeitsfelder, die nicht allein die Drogen, sondern auch solche Bereiche in der Gesellschaft betreffen, die traditionell von Wirtschafts-, Sicherheits- oder Politikeliten besetzt wurden. Da der mexikanische Staat in Juárez mit der Schaffung von Freihandels- und Exportproduktzonen selbst die nationale Gesetzgebung aushebelte, entstand nicht nur für transnationale Unternehmen ein neuer Freiraum, sondern auch für die Drogenmafia. Bei einem Überhandnehmen des Marktes entfallen die Grenzen des Konsumierens und der Käuflichkeit. So dass selbst menschliche Körper zum Marktartikel werden, mit dem extrem hohe Profitraten erzielt werden können. Bei den Frauenmorden geht es in erster Linie um Geld – viel Geld –, Drogen und Gewinn.

Es gibt auch eine breite Diskussion darüber, inwiefern die Maquiladora-Industrie mit den Frauenmorden zu tun hat. Feministische Erklärungsansätze gehen davon aus, dass durchaus von einer zumindest indirekten Mitverantwortung gesprochen werden kann. Dies wird daraus abgeleitet, dass sie den privaten Alltag der Arbeiter beeinflussen und zu Verwerfungen in den Genderbeziehungen beitragen haben. Auch haben sie explizit verhindert, dass sich die Arbeiter unabhängig vom staatlich geförderten Gewerkschaftsdachverband organisieren und politische Interessenverbände aufstellen können. Die politisch entmündigten und von den Unternehmen persönlich abhängigen Frauen lassen sich so für die Maquiladora am besten in Wert setzen, um den globalen Wettbewerb in einer heiß umkämpften Produktionswelt zu gewinnen. So werden Geschlechtermuster geschaffen, die ein frauenfeindliches Genderverständnis und Machtasymmetrien zwischen den Geschlechtern reproduzieren. Der Körper der Frau wird als billiges Arbeitsinstrument repräsentiert, was als Muster dafür dient, dass der Körper der Frau als entpersonalisierter Nutzgegenstand für sexuellen Missbrauch, Folterungen und Tötungen verstanden wird. Sowohl in den Maquilas als auch

bei den Morden werden die benutzten Frauenkörper einfach wegge-
worfen. Viele Autoren wie z. B. Naomi Klein haben ausführlich in
Freihandelszonen recherchiert und sind zu dem Ergebnis gekom-
men, dass dort die Unterdrückung der Frauen besonders krass ist,
dass sie dazu beiträgt, die Rechtlosigkeit, Entpersonalisierung und
Verwahrlosung von Frauen zu fördern, da deren soziale Netze weg-
brechen.⁵¹

Die ermordeten Frauen von Juárez sind nicht nur die Opfer eines
psychopathischen Massenmörders wie Abdel Sharif, von Drogendeal-
ern und perversen Jünglingen aus der Juárezer Mafiaszene, sondern
sie sind Opfer in einem Gebiet, in dem Mörder straffrei bleiben und
wo auf dem Boden von Gesetzlosigkeit, zerbrochenen Identitäten
und einer zügellosen Gewinnsucht Morde an Frauen zum Geschäft
werden und einen neuen Marktposten darstellen. Die spezielle Kreuz-
ung der genannten verschiedenen Ursachen für den Mord an den
Frauen in Juárez bedeutet nicht, dass dieser Feminizid Einmaligkeit-
scharakter besitzt und keinerlei Modellcharakter hätte. Schließlich
wiederholen sich die hier aufgezeigten Konstellationen auch an an-
deren Orten, wie dies die neuesten Informationen über ähnliche
Fälle von Feminiziden in Oaxaca, in Chiapas und in fast allen latei-
namerikanischen Ländern zeigen.⁵² Auch in diesen Fällen finden
die grausamen Frauenmorde oft im Umfeld von Maquiladora-Zonen
und Regionen verstärkten Drogenhandels statt. Der Feminizid von
Juárez ist ein warnendes Beispiel für die fundamentale Bedrohung
der Menschenrechte und Frauenrechte, die aus einer ungerichteten
und national entgrenzten Industrialisierung und einer Überbewertung
des Marktes verbunden mit dem Machtzuwachs der Drogenszene
und der Kriminalisierung von Politik hervorgehen. An dem Verlauf
der Regierungsaktivitäten zur Aufklärung der Morde wird aber auch
deutlich, wie wichtig zivilgesellschaftliche Aktionen, besonders die
Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Menschen-
rechtsorganisationen ist, um die Politik zu zwingen, ihrer Verant-
wortung nachzukommen und Menschenrechte zu schützen. Sie stel-
len somit einen positiven globalen Gegenpol zu den negativen
Erscheinungen von Globalisierung dar. Die Frauenmorde beweisen
aber auch, dass die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten einen viel zu
geringen präventiven Charakter tragen und bisher nur wenig bewir-
ken konnten. Doch einiges haben sie bewirkt und es ist zu hoffen,
dass sie einmal so stark sein werden, um Verbrechen wie den Femi-
nizid in Juárez nicht nur zu bekämpfen, sondern von vornherein zu
verhindern.

51 Vgl. Naomi Klein: No
Logo. Der Kampf der Global
Players um Marktmacht. Ein
Spiel mit vielen Verlierern
und wenigen Gewinnern,
München: Riemann 2002,
6. Auflage.

52 Aussagen von Vertre-
tern des Menschenrechts-
zentrums Fray Bartolomé de
las Casas in Berlin im April
2005.

ERNESTO KROCH

Ein großes Experiment

In Uruguay regiert die Linke

Eine Partei in der Opposition kann man nach ihrem Programm beurteilen, eine Partei an der Regierung nach ihren Taten.

Am 31. Oktober 2004 wählten 52 % der Uruguayer die Frente Amplio, die Vereinte Linke, und deren Kandidaten, den Sozialisten Dr. Tabaré Vázquez, zum Präsidenten der Republik. Am 1. März 2005 trat die neue Regierung ins Amt. Zwar war die Hauptstadt Montevideo bereits 15 Jahre von der Frente Amplio regiert worden, aber eine kommunale Verwaltung mit beschränkten Kompetenzen und ohne Einwirkung auf Produktion und Wirtschaft ist noch nicht die entscheidende Probe aufs Exempel.

Zwei Prinzipien freilich – Kernstücke auch des nationalen Programms – wurden, wenn auch in bescheidenerem Maße, bereits von der municipalen Politik in die Praxis umgesetzt: Sozialpolitik in Form von Umverteilung von oben nach unten und Partizipation der Bürger an Regierungsentscheidungen.

Fehlte indes noch das Entscheidende und Schwierigste: die paralyisierte Produktion anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen. Zur Zeit des Modells »Uruguay – ein Finanzparadies« war es Vorsatz der Frente Amplio gewesen, das Kapital aus der spekulativen Finanzsphäre in die industrielle Produktion umzuleiten. Als das »Finanzparadies« – Modell von vier neoliberalen Regierungen im Juni 2002 mit einem gewaltigen Bankenkrach und 100 % Abwertung gescheitert war und das Kapital Zugvögeln gleich nach Norden flog, galt es nun, die übrig gebliebenen Ressourcen zu mobilisieren und neue Investitionen ins Land zu bringen. Ein solches Vorhaben kam geradezu einer Fata Morgana in der Wüste gleich – in einem bankrott gegangenen Land, dessen Auslandsschuld das Bruttoinlandsprodukt eines ganzen Jahres ausmacht und dessen Agrarwirtschaft und Bürger ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können.

Paradox? Eine linke Regierung, die nach Kapital lechzt? Aber schließlich hatte in Uruguay ja keine sozialistische Revolution stattgefunden, und ohne Kapital funktioniert nun mal die kapitalistische Wirtschaft nicht. Ist also alles beim alten geblieben?

Schaut man nur auf die makroökonomischen Rahmenbedingungen, so scheint sich nicht viel verändert zu haben. Zinspolitik, Wechselkurse wie gehabt, der Export von Fleisch und Wolle wird gefördert und blüht. Wie eh und je werden die bestehenden Verträge eingehalten und Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeschlossen, denen zufolge zwar die fälligen Amortisationen um 2 Jahre hinausgeschoben und auch die 100 Millionen

Ernesto Kroch – Jg. 1917; in Breslau geboren; Lehre in einer Lokomotivfabrik, 1934 als Mitglied der illegalen Kommunistischen Jugendorganisation (KJO) von der Gestapo verhaftet; nach Gefängnis und KZ Lichtenburg im Dezember 1938 über Jugoslawien nach Montevideo, Uruguay; dort bei der Eisenbahn, später in einer Dampfkesselfabrik angestellt; gewerkschaftlich und politisch in der KPU und der Frente Amplio aktiv; Mitbegründer des Kulturinstitutes Uruguay-DDR, seit 1990 Casa Bertolt Brecht; 1982 unter der Militärdiktatur in Uruguay ins Exil nach Frankfurt a. M., 1986 zurück nach Montevideo; in deutscher Sprache drei Bücher, darunter »Heimat im Exil – Exil in der Heimat« (Verlag Assoziation A) und »Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie«; in spanischer Sprache sechs Bücher, dar-

Dollar pro Jahr für das Soziale Notprogramm (PANES) gewährleistet werden, die Zinszahlungen aber weiterhin schwer auf dem kleinen Lande lasten. Denn da Uruguay außer den staatlichen Investitionen kaum über nennenswertes privates Kapital verfügt, ist es auf ausländisches angewiesen. Und für dieses gibt eben der IWF grünes oder rotes Licht.

Das grüne Licht ist aufgeleuchtet, man hört gar Lob aus Washington, doch damit ist noch nicht viel geholfen. Denn Investitionen können, müssen aber nicht Arbeit schaffen und zu Fortschritt führen. Die letzthin, noch unter der vorigen Regierung, hinzugekommenen ausländischen Unternehmen vernichten mehr Arbeitsplätze, als sie schaffen, und schädigen die Umwelt. Eine spanische und eine finnische Zellulosefabrik am Uruguayfluss werden mit ihren Dioxinen den Tourismus aus den Badeorten flussabwärts auch auf dem argentinischen Ufer vertreiben. Der Holzverladehafen einer chilenischen Gesellschaft, der am atlantischen Gestade errichtet werden soll, konnte nun wenigstens von dem Badeort La Paloma ein paar Kilometer fern gehalten werden. Nachbarn und Landwirte von Punta Sayago liegen im Zwist mit der Moonsekte, die da einen riesigen Freihandelshafen anlegen will, der ihre Lebensgrundlage zerstören und dem nahen Hafen von Montevideo das Wasser bzw. die Kundschaft abgraben würde.

Die Eukalyptus- und Kiefernplantagen, die sich auf 660 000 ha ausbreiten – Texaco allein besitzt 70 000 ha, die spanische ENCE 60 000 ha – sind arbeitsplatzvernichtend und umweltschädlich. Denn selbst die wenig arbeitsintensive Viehzucht beschäftigt immerhin 5,8 Personen pro 1000 ha, während die Forstwirtschaft da nur 4,3 Menschen Arbeit gibt. Und der Grundwasserspiegel sank in jenen Zonen derart, dass im Umfeld keine Landwirtschaft mehr möglich ist und in einigen Dörfern das Wasser gar in Zisternen herbeigeschafft werden muss.

Ob die neue Frente-Amplio-Regierung mehr Glück mit Investitionen haben wird, bleibt daher abzuwarten. Mit der Nutzung eines italienischen Kredits von 100 Millionen Dollar und der erneuten Kreditvergabe der staatlichen Banco de la Republica an kleinere und mittlere Betriebe unter günstigen Rückzahlungsbedingungen scheint immerhin ein guter Anfang gemacht zu sein.

Das brächte nicht viel, würde nicht zugleich die niederliegende Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt. Und hier hat sich immerhin einiges geändert. Allein das Soziale Notprogramm PANES, das all denjenigen, die unter zwei Dollar Einkommen am Tag haben, ein Bürgereinkommen sowie Gesundheitsvorsorge und – je nach Bedarf – Unterstützung bei der Verbesserung der Wohnverhältnisse sowie Berufsausbildung und vier Monate Arbeit sichert, bedeutet eine Erhöhung kaufkräftiger Nachfrage. Vor allem aber sind es die neue Arbeitsmarktpolitik und die Stärkung der Gewerkschaften, die den Binnenmarkt ankurbeln können. Schon wenige Stunden nach Antritt des neuen Arbeitsministers setzte dieser ein Zeichen mit der Annullierung des Dekrets, das auf Ersuchen der Unternehmer die Polizei ermächtigt, einen von streikenden Arbeitern besetzten Betrieb zu räumen. Tags darauf war durch Vermittlung des Ministers ein Arbeitskonflikt gelöst, der sechs Jahre geschwelt und zu einem Hun-

unter »Ilustraciones, Frustraciones y Esperanzas de la Izquierda« und »El Desafío de la Globalización – un proceso forzoso o gobernable?«

gerstreik der damals entlassenen sieben Gewerkschafter geführt hatte. Die Gaz de France musste diese Gewerkschafter nun wieder einstellen, die Sozialbeiträge wurden nachgezahlt. Schließlich wurden nach 15 Jahren Unterbrechung die dreiseitigen Tarifkommissionen (Consejos de Salario) wieder einberufen, und es wurden in 23 Gruppen, darunter erstmals auch die Land- und Forstarbeiter, Tarife ausgehandelt. Die Reallohnerhöhungen bewegen sich zwar noch in bescheidenen Grenzen von 3 % bis 10 %, stark Unterbezahlte kamen auf 40 %, aber es ist Ziel der Regierung, den Rückstand, der seit der Bankenkrise entstanden ist, in fünf Jahren aufzuholen. Die Gewerkschaften wollen, dass dieses Ziel bereits in drei Jahren erreicht wird. Zudem ist der Mindestlohn fast auf das Doppelte erhöht worden – aber er liegt mit 100 US-Dollar natürlich immer noch sehr niedrig. Das Schlimmste jedoch ist, dass an die 35 % der Erwerbstätigen in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, wo Tarife und Sozialgesetze überhaupt nicht greifen – nicht zu reden von den immer noch 11,5 % Arbeitslosen, deren Mehrheit keine Arbeitslosenunterstützung erhält.

Für all jene ist das Soziale Notprogramm PANES zuständig, aber auch da hapert es an schneller Hilfe. Über 150 000 Menschen hatten sich in PANES eingeschrieben, aber nach einem halben Jahr sind es noch keine 20 %, die in das Programm integriert sind. Kein Wunder in einem Land, dessen Regierung sich nie um die Armen gekümmert hatte. Ohne Sozialamt – erst jetzt wurde ein Ministerium für soziale Entwicklung geschaffen – und ohne entsprechende Beamte war die Zählung und Erfassung durchzuführen, musste man in die Elendsviertel gehen, um die wahren Verhältnisse der Eingeschriebenen zu prüfen und die Ärmsten der Armen, die von ihren neuen Rechten nichts wissen, einzuschreiben. Man musste Studenten der Fakultäten für Psychologie und Sozialwissenschaften instruieren und mobilisieren, und zusätzlich boten sich Gewerkschafter an, an diesen Arbeiten teilzunehmen. Der Hunger aber kann nicht warten, vor allem dann nicht, wenn nach Jahrzehnten Hoffnungslosigkeit das Brot endlich in greifbare Nähe gerückt scheint. Und so hat es deshalb schon Straßenblockaden und Demonstrationen gegeben, wobei sich zuweilen wahre Verzweiflung und Provokationen der bürgerlichen Opposition miteinander kombinieren. Die Colorados, die bisher jedes Sozialprogramm als unbezahlbar verfeimten, führen nun eine Hetzkampagne gegen das angebahnte, weil es nicht so schnell vorankommt, wie es sollte.

Andererseits aber blockieren die Unternehmerverbände, im Parlament gestützt von der Opposition der Colorados und der reaktionären Fraktion der Blancos, das Gesetzesprojekt, das die freie Ausübung von Gewerkschaftsrechten garantiert. Es würde »Investoren abschrecken«. Kaum waren nämlich Gewerkschaften und Unternehmer einberufen, um im Arbeitsministerium die Einsetzung der Tarifkommissionen zu vereinbaren, wurden vielerorts Arbeiter entlassen, die sich nun angesichts möglicher werdender Lohnerhöhung in ihren Betrieben organisieren wollten. Dagegen kam es zu Streiks und schließlich zu einem halbtägigen Generalstreik der Gewerkschaftszentrale PIT-CNT als Antwort auf die reaktionäre Politik der Unternehmer und den Boykott ihrer Verbände gegen das geforderte Gewerkschaftsgesetz.

Der Fünfjahres-Haushaltsplan der Nation, der dem Parlament gerade zur Abstimmung vorliegt, weist auf die Schwerpunkte und Ziele hin, die die neue Regierung gesetzt hat:

erstens Investitionen ins Unterrichtswesen, um im Laufe von fünf Jahren einen Anteil von 4,5 % am BSP zu erreichen (gegenwärtig liegt dieser Wert bei 2,8 %);

zweitens eine nationale Gesundheitsversicherung, in die alle gemäß ihrem Einkommen einzahlen und von der alle dieselbe medizinische Betreuung von öffentlichen wie von genossenschaftlichen Leistungsträgern erhalten;

drittens Einführung einer gestaffelten Einkommenssteuer (bisher gab es nur Lohnsteuer) bei gleichzeitiger Senkung der Mehrwertsteuer (die bisher bei 23 % liegt);

viertens erhöhte Investitionen im Infrastruktursektor.

Bei alledem spielt die Beteiligung der jeweils Betroffenen sowohl an der Planung als auch an der Durchführung und Kontrolle eine bedeutende Rolle. So ist zur Zeit ein Gremium von Dozenten, Schulleitern, Studenten, Eltern und Vertretern des Ministeriums dabei, eine umfassende Unterrichtsreform auszuarbeiten. Die Reform des Gesundheitssystems ist bei der Ärztegewerkschaft, der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals und bei den medizinischen Genossenschaften (Mutualistas) in der Debatte. Und das Parlament berät die Einsetzung eines Nationalen Wirtschaftsrates, der mit den Repräsentanten der Gewerkschaften, der Unternehmer- und Verbraucherverbände sowie der Universität die Regierung in Wirtschaftsfragen beraten soll. Im Bereich der Energiepolitik und der technologischen Innovation wurden analog partizipative Institutionen geschaffen. Heute sitzen ehemalige Gewerkschaftsführer in der Leitung der staatlichen Unternehmen. An deren Planung sollen Vertreter der entsprechenden Gewerkschaft sowie des Unternehmer- und Verbraucherverbandes teilnehmen. Das ist jedoch noch nicht institutionalisiert.

Die Bürgernähe und Transparenz der neuen Regierung drückt sich auch darin aus, dass Kabinettsitzungen jetzt zuweilen öffentlich stattfinden. So fasste Tabaré mit seinen Ministern Regierungsbeschlüsse vor den Nachbarn in dem Dorfe Zapicán, der Grenzstadt Bella Unión und dem Industriestädtchen Pando. Danach gab er ihnen das Mikrofon, damit sie oder die lokalen Organisationen ihre Vorschläge und Reklamationen vorbringen konnten. Die angesprochenen Minister hatten daraufhin Rede und Antwort zu stehen.

Neuigkeiten gibt es auch in dem Bereich der Menschenrechte. Drei Nach-Diktatur-Regierungen hatten über das Schicksal der unter dem Terrorregime Verschwundenen einen Mantel des Schweigens gebreitet. Der letzte Colorado-Präsident hatte unter dem Druck der Öffentlichkeit zwar eine »Friedenskommission« einberufen, die erstmals einen Bericht über die Ermordung der Verschwundenen auf der Grundlage von Zeugenberichten erstattete, aber da es dieser Kommission an der nötigen Vollmacht fehlte, um die Militärs zu befragen, mussten ihre Ergebnisse unvollständig bleiben. Jetzt gräbt auf Anordnung des Präsidenten Tabaré Vázquez ein Team von Experten in zwei Kasernenhöfen die Erde dort um, wo man Gräber von Verschwundenen vermutet. Da bekannt war, dass das Militär in der Zeit nach der Diktatur eine Ausgrabung und Verlegung der sterblichen

Überreste vorgenommen hatte, mochte jene Aktion eher darauf angelegt sein, die Generäle zum Sprechen zu bringen. Nach einer Zusammenkunft mit dem Präsidenten haben die Generäle denn auch erstmals Informationen übergeben und damit ihre Verbrechen offiziell eingestanden.

Zugleich laufen jetzt mehrere Prozesse gegen den Staatsstreichpräsidenten Bordabeny, dessen Außenminister Blanco und hohe Offiziere, die nach Befinden des Präsidenten Tabaré Vázquez nicht unter das Militäramnestiegesetz, das leider durch das Plebiszit von 1989 abgesehnet wurde, fallen.

Vor wenigen Tagen verabschiedete das neue Parlament ein Gesetz über die Humanisierung des Strafvollzugs und vorzeitige Haftentlassung. Die uruguayischen Gefängnisse sind baulich für weniger als 4 000 Inhaftierte vorgesehen, aber zur Zeit mit mehr als 7 000 überfüllt, und so leben die Gefangenen in unmenschlichen Verhältnissen. Dazu war es gekommen, weil die mit der Verelendung zunehmende Kriminalität von den vorhergehenden Regierungen nicht unter ihrem sozialen Aspekt betrachtet wurde, sondern durch Verschärfung des Strafmaßes bekämpft wurde. Nun aber suchen Colorados und Blancos eine Panik unter der Bevölkerung zu entfachen: Die Frente-Amplio-Regierung werde Tausende von Kriminellen auf die Leute loslassen. Anders als vordem hingegen kommen diejenigen, die nach Abbüßung der Hälfte ihrer Strafe freikommen – es handelt sich dabei ausschließlich nicht um wegen Gewalttätigkeit Verurteilte –, unter das Patronat von spezialisierten Kommissionen. Diese sollen ihnen Ausbildung und Arbeitsvermittlung und somit die Integration in die Gesellschaft verschaffen. Auf jeden Fall ist ihnen über das Soziale Notprogramm ein Bürgereinkommen gesichert.

Natürlich gibt es auch Maßnahmen, die in der Frente Amplio selbst umstritten sind. Bei der Ausarbeitung des Fünfjahres-Haushaltsplans kam es in der Frage des Budgets für das Unterrichtswesen fast zum Rücktritt des Finanzministers. Am Ende siegte das politische Programm der Frente Amplio mit dem Rückhalt des Präsidenten Tabaré Vázquez über das Sparprogramm des Ministers. Freilich muss man dessen straffe Sparpolitik angesichts der unter den Colorado- und Blancoregierungen herrschenden Korruption im Staatsapparat verstehen. Außer dem kostspieligen, politisch aufgeblasenen Beamtenapparat war eine skandalöse Selbstbedienung der mittleren und oberen »Staatsdiener« in allen öffentlichen Institutionen eingedrungen. Zwar wird diese Misswirtschaft jetzt durch nachträgliche Rechnungsprüfungen aufgedeckt und zieht auch Strafverfolgungen nach sich, die Löcher in den kommunalen und staatlichen Kassen aber werden davon nicht mehr gestopft und bleiben leer.

Ein anderer Streitpunkt war, wie die Dollarverschuldung der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe an die Banken zu beheben wäre: ob allgemein durch Gesetz oder individuell Fall für Fall in Verhandlung des Schuldners mit der Staatsbank. Letzteres kam dann durch.

Bei den Wahlen im Oktober 2004 war zugleich eine Volksabstimmung gegen die Privatisierung des Wassers abgehalten worden und mit 64,5 % der Stimmen durchgekommen. Demnach steht jetzt ein Artikel in der Verfassung, der die Wasserversorgung ausschließlich

staatlichen Institutionen vorbehalten. In der Provinz Maidonado hatten jedoch zwei internationale Konzerne Jahre zuvor einen Teil der Wasserversorgung übernommen. Obwohl die Frente Amplio dieses Plebiszit unterstützt hatte, bestanden Tabaré und die neue Regierung seit je darauf, dass einmal unterschriebene Verträge eingehalten werden müssten. Einem dieser Konzerne wurde zwar die Lizenz entzogen, dies aber nur aufgrund nicht erfüllter Vertragsklauseln. Dem anderen Konzern jedoch wurde die Lizenz belassen – was im Gegensatz zur Position der sozialen Organisationen, die die Unterschriften für das Plebiszit sammelten, steht.

Umweltorganisationen organisieren auch Kampagnen gegen die Errichtung von Zellulosefabriken am Uruguayfluss, denen die Regierung grünes Licht gegeben hat. Beim Bestreben der Regierung, einmal geschlossene Verträge einzuhalten, mag außer den millienschweren Kosten einer Vertragskündigung der Vertrauensverlust für Investoren ausschlaggebend sein.

Mit dem kurz vor Abtritt der vorigen Regierung von dieser unterzeichneten Investitionsvertrag mit den USA verhält es sich anders. Er war noch nicht vom Parlament ratifiziert, und schon zuvor hatte die Frente-Amplio-Fraktion angekündigt, sie wäre nicht bereit dazu. Er räume den Investoren Machtprivilegien gegenüber dem Staat ein und widerspreche dem Mercosur. Ein Artikel des Vertrages verbietet zum Beispiel die »Assoziation uruguayischer privater oder staatlicher Unternehmen mit denen eines Landes, das den USA feindlich gegenübersteht oder keine diplomatischen Beziehungen zu ihnen hat«.

Nun ist Uruguay gerade dabei, einen 500-Millionen-Dollar-Handelsvertrag mit Venezuela und einer Assoziation der Erdölgesellschaften beider Länder zu unterschreiben. Dass die erste Amtshandlung des Präsidenten Tabaré Vázquez die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Cuba war, mochte das State Department noch geschluckt haben. Schwerer zu verdauen mochte es ein, dass Tabaré in Washington über »Die Stimme Amerikas« (die Stimme des State Departments) ein Loblied auf Chávez und dessen Bolívarismus anstimmte. Damit ist angedeutet, dass der Investitionsvertrag geändert oder auf Eis gelegt werden könnte.

Angesichts dieser komplexen, teils auch widersprüchlichen Regierungspolitik der Frente Amplio mag man sich fragen, ob eine Sozialpolitik der Umverteilung von oben nach unten eine Wirtschaftspolitik mit umgekehrter Tendenz kompensiert. Um es grob auszudrücken: Welchen Sinn macht es, mit der Sozialpolitik Armut zu bekämpfen, während die Wirtschaftspolitik zugleich neue Armut produziert? Gewiss, der Umverteilungsprozess erhält durch die Partizipation der Bürger, vor allem der arbeitenden Klasse, eine qualitativ neue Bedeutung. Zusammen mit anderen Entwicklungen wie z. B. der Schaffung gleicher Chancen für alle bei Bildung, Ausbildung und sozialem Aufstieg oder der Schaffung auf solidarischer Basis gegründeter Gemeinschaften und Produktionskooperativen kann er zu Wirtschaftsdemokratie führen.

Langfristig wäre das die Grundlage für ein wesentlich anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als das zur Zeit bestehende. Und das ist schließlich das

Ziel linker Politik. Ein Ansatz dazu ist in Uruguay gemacht.

JANE ANGERJÄRV

Geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland

Für die estnische Gesellschaft hat das Grundrecht der Gleichheit der Geschlechter eine neue und eine alte Bedeutung. Neu ist die Diskussion über die Inhalte dieses Rechts vor dem Hintergrund der neuen Mitgliedschaft Estlands in der Europäischen Union. Alt sind die Vorurteile aus der sowjetischen Zeit und die damit verbundenen Erinnerungen. Deshalb ist es wichtig, zur Frage der geschlechtsbezogenen Diskriminierung auch eine rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung zu führen. Das bedeutet sowohl die Klarstellung der Begriffe als auch die kritische Betrachtung des geltenden Rechts. Es geht um die Beantwortung folgender Fragen: Was ist die geschlechtsbezogene Diskriminierung? Werden die Frauen in der estnischen Gesellschaft in bezug auf ihr Geschlecht diskriminiert? Wie ist die rechtliche Lage in Hinblick auf die geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland?

Jane Angerjärv – Jg. 1977, Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Sommer 2003 entstand im Rahmen eines Seminars eine Forschungsarbeit zum Thema geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland. Diese Forschungsarbeit ist Grundlage des vorliegenden Aufsatzes.

Diskriminierung und geschlechtsbezogene Diskriminierung Begriff der Diskriminierung (Definitionsversuche)

Diskriminierung kommt vom lateinischen Wort »discriminare«, das trennen, absondern bedeutet.¹ Die ursprünglich neutrale Bedeutung hat sich in neuerer Zeit geändert. So versteht man heute unter Diskriminierung eine ungerechte und willkürliche Benachteiligung, Herabwürdigung oder Herabsetzung.² Die Opfer der Diskriminierung sind vorwiegend soziale Randgruppen und Andersartige (Minderheiten).³ Unter der Diskriminierung im Sinne der Rechtswissenschaft versteht man eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung, die zur Benachteiligung oder Bevorzugung einer Gruppe führt.⁴ Der Schwerpunkt liegt nicht auf der Unterscheidung (nicht jede Benachteiligung oder Bevorzugung ist eine Diskriminierung), sondern auf den Merkmalen (Differenzierungskriterien). Einige Differenzierungen werden gerechtfertigt und andere nicht.⁵ Zum Beispiel ist die Diskriminierung wegen der Nationalität, der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Herkunft, des Glaubensbekenntnisses, der politischen oder sonstigen Anschauungen, ebenso wegen des Vermögens, des sozialen Status oder aus anderen Gründen gemäß § 12 des estnischen Grundgesetzes verboten.⁶ Ähnliche Regelungen findet man in den meisten europäischen Verfassungen.

Diskriminierungsarten

Von den nachstehenden Einteilungen entstammen einige insbesondere aus rechtlichen Forschungen zur Diskriminierung wegen des Geschlechts, lassen sich aber auf Grund der anderen Merkmale ebenso anwenden.⁷

1 Duden Etymologie, das Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache, B 7, Mannheim/Wien/Zürich 1963, S. 112.

2 Der Große Brockhaus, Enzyklopädie, 18. Auflage, B 3, Wiesbaden 1978, S. 205; D. Schiek: Differenzierte Gerechtigkeit, Bremen 1999, S. 24; A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, Regensburg 2003, S. 4-5.

Unmittelbare Diskriminierung⁸ besteht, »wenn eine Person wegen ihres Geschlechts in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung erfährt als eine andere Person erfährt oder erfahren würde«⁹. Der Begriff der »mittelbaren Diskriminierung«¹⁰ liegt vor, »wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen eines Geschlechts gegenüber Personen des anderen Geschlechts in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, diese Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und die Mittel sind zur Erreichung dieses Zieles angemessen und erforderlich«.¹¹ Die mittelbare Diskriminierung betrifft Gruppen, meist Minderheiten¹², und wird oft durch Statistik als Benachteiligung bewiesen.¹³

In bezug auf das Recht wird zwischen der tatsächlichen (de facto) und rechtlichen Diskriminierung (de jure) unterschieden.¹⁴ Tatsächliche Diskriminierung ist eine Benachteiligung von Menschen, bedingt durch ein benachteiligendes bzw. bevorzugendes Sozialverhalten,¹⁵ und rechtliche Diskriminierung liegt vor, wenn eine Diskriminierung durch das Recht, durch die Akte der legislativen, exekutiven oder judikativen Gewalt, geschieht.¹⁶ In verschiedenen Aufsätzen findet man auch den Begriff »positive Diskriminierung«¹⁷. Der Begriff »positive Diskriminierung« bezeichnet Maßnahmen zur Förderung (Bevorzugung) der benachteiligten Gruppe.¹⁸

Geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen

Beim Begriff der geschlechtsbezogenen Diskriminierung von Frauen wird als Grundlage oft die Definition aus Art. 1 der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau herangezogen. Diesem zufolge ist die Diskriminierung von Frauen »jede auf Grund des Geschlechts vorgenommene Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zum Ziel oder zur Folge hat, daß die von der Grundlage der Gleichberechtigung von Männern und Frauen ausgehende Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der Frau – gleich welchen Familienstandes – auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, staatsbürgerlichem oder anderem Gebiet beeinträchtigt oder vereitelt wird«.¹⁹

Anhand der Definition wird deutlich, daß die Gleichbehandlung von Frauen und Männern ein Grundrecht ist, dessen Durchsetzung auf allen Gebieten gewährleistet werden muß. Zugleich heißt es, daß für die Durchsetzung der Gleichheit und Gleichberechtigung sowohl Schutz- als auch Fördermaßnahmen erforderlich sind. Die einzelnen Tatbestände, Maßnahmen und Ausnahmen müssen europäisch bzw. einzelstaatlich geregelt werden.

Fazit

Die ursprünglich neutrale Bedeutung des Wortes »Diskriminierung« hat sich mit der Zeit zu einem negativen Kennzeichen einer ungerechtfertigten Benachteiligung einer Person oder einer Gruppe auf Grund bestimmter Merkmale gewandelt. Die Arten der Diskriminierung weisen darauf hin, daß Diskriminierung eine dynamische Wortbedeutung hat, die mit der Zeit immer wieder einen neuen Rahmen findet. Zugleich können durch die Unterscheidung von Diskriminierungsarten unterschiedliche Zielgruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, besser

3 Ebenda, S. 4.

4 D. Schiek: Differenzierte Gerechtigkeit, S. 24-25; A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, S. 4-5; N. Högenauer: Die europäischen Richtlinien gegen Diskriminierung im Arbeitsrecht, Hamburg 2002, S. 62 ff.

5 A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, S. 4-5.

6 In Kraft getreten am 3. 7. 1992.

7 Z. B. Art 2, RL 2002/73/EG, A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, S. 5-9; N. Högenauer: Die europäischen Richtlinien, S. 62 ff.

8 An einigen Stellen wird es als direkte Diskriminierung bezeichnet, z. B. H. D. Jarass, B. Pieroth: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, München 2002, Art 3, Rn 85.

9 Art 2, RL 2002/73/EG.

10 An einigen Stellen wird es als indirekte Diskriminierung bezeichnet, z.B. H. D. Jarass, B. Pieroth: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 3 Rn 85.

11 Art 2, RL 2002/73/EG.

12 Zum Begriff »Minderheit«: A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, S. 1-2.

13 Ebenda, S. 6-7.

14 ILO (Hg.): Naistöötajate õiguste ja soolise võrdõiguslikkuse ABC, Geneva 2000, S. 21-22.

15 A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, S. 6-7.

16 Ebenda, S. 7-8.

17 Ebenda; K. Plett: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, in: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation, Antidiskriminierungsgesetz für Berlin?! Berlin 1999, S. 14-18; ILO (Hg.): Naistöötajate õiguste ja soolise võrdõiguslikkuse ABC, S. 21-22.

18 A. Stock: Gleichstellung im Vergleich, 2003, S. 7-9.

19 UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, Art 1, RT (Riigiteataja, Staatliche Zeitung) II 1995, 5, 31.

20 Insbesondere: Ü-M. Papp: National Gender policy, in: P. Maimik, K. Mänd, Ü-M. Papp (Hg.): Towards a balanced society, Women and Men in Estonia, Tallinn 2000, S. 76-77; M. Järve, Ü-M. Papp: Sissejuhatus, in: M. Järve (Hg.): Jagatud õigused ja vastutus. Sooline võrdõiguslikkus Eestis, Sotsiaalministeerium 1999, S. 7; J. Helemäe, E. Saar, R. Vöormann: Kas haridusetas investeerida? Hariduse selekteerivast ja startifitseerivast rollist kahe põlvkonna kogemuse alusel, Tallinn 2000, S. 146-161; K. Täht, M. Unt: Soost tulenev amivalentsus tööturul, in: E. Saar (Hg.): Trepist alla ja üles: Edukad ja ebaedukad postsotsialistlikus Eestis, Tallinn 2002, S. 126-144.

21 Ü-M. Papp: National Gender and equality policy, S. 72 ff.

22 R. Vöormann: Soolised erinevused tööturul, in: M. Järve (Hg.): Jagatud õigused ja vastutus. Sooline

rechtlich geschützt werden. Die geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen umfaßt alle vorher genannten Diskriminierungsarten (Tatbestände). Sie wird als Verletzung des Grundrechtes auf Gleichbehandlung verstanden. Der Schutz vor und das Verbot von geschlechtsbezogener Diskriminierung muß sowohl auf der europäischen als auch auf der einzelstaatlichen Ebene gesichert sein.

Der gesellschaftliche Hintergrund der geschlechtsbezogenen Diskriminierung von Frauen in Estland

Daten und Fakten zur geschlechtsbezogenen Diskriminierung von Frauen
Die folgende Zusammenstellung zur sozialen Situation in Estland basiert auf soziologischen Untersuchungen und Berichten von Forschungsinstituten.²⁰

- In vielen Branchen des estnischen Arbeitsmarktes dominiert die geschlechtliche Segregation in »männliche und weibliche Berufe«;
- im Vergleich zu den Männern üben die Frauen meistens schlecht bezahlte, einfache und routinemäßige Tätigkeiten aus;
- junge Frauen bekommen oft keine Stelle, weil sie kleine Kinder haben oder weil sie – noch – keine Kinder haben;
- im Durchschnitt sind die Löhne der Frauen $\frac{1}{4}$ niedriger als die der Männer. Dies gilt für alle Branchen. In bestimmten Positionen (mittleres und höheres Management) bekommen Frauen weniger Lohn als Männer, die über die gleiche Qualifikation und Ausbildung verfügen;
- Familien, in denen nur die Frau berufstätig ist, sind meistens in einer schlechteren wirtschaftlichen Lage als Familien, in denen nur der Mann berufstätig ist;
- die Frauen tragen oft die Lasten der unbezahlten Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Krankenpflege der (alten) Familienmitglieder. Die postulierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie findet bei den Männern keine aktive Anwendung;
- den Frauen widerfährt im Vergleich zu den Männern mehr sexuelle Gewalt zu Hause, auf der Arbeit und im öffentlichen Raum.

Die vorliegenden Daten und Fakten weisen auf die geschlechtsbezogene Diskriminierung hin und spiegeln u. a. die Probleme der jungen estnischen Demokratie wider. Wo könnten die Ursachen liegen?

Historisches »Erbe« und gegenwärtige Herausforderungen

Estland gehörte von 1945 bis 1990 als Sowjetrepublik der Sowjetunion an. Die damaligen Politiker sprachen viel über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Zumindest in der Propaganda entsprach die Wirklichkeit dem Selbstbild. So verbinden viele Menschen in Estland mit der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht nur die Vorstellung von einem europäischen Grundrecht, sondern auch die vom sowjetischen Selbstbild²¹.

Im Vergleich zu westlichen Ländern war die Beschäftigungsrate der Frauen relativ hoch, im Jahre 1989 waren 84,9 Prozent der Frauen erwerbstätig.²² Gleichwohl war ein Grund für die hohe Beschäftigungsquote der insgesamt niedrige Lohn, der den Lohn der Frauen für das Familieneinkommen unverzichtbar machte.²³

Auch in sowjetischer Zeit waren die Frauen schlechter bezahlt als Männer. In den 70er und 80er Jahren war es die Regel, daß in einer Branche die Durchschnittslöhne um so niedriger waren, je mehr Frauen

in ihr tätig waren. In den 90er Jahren setzte sich diese Tendenz fort.²⁴ Abgesehen davon, daß die Kinderbetreuung organisiert war²⁵, trugen die Frauen die doppelte Belastung durch den Haushalt.²⁶ Dementsprechend war die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der sowjetischen Zeit nur formell auf allen Gebieten gewährleistet.

Dennoch sind die sowjetischen Befangenheiten in der estnischen Politik der 90er Jahre deutlich erkennbar. Damals fanden die großen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen von der Planwirtschaft hin zum kapitalistischen Wirtschaftssystem, zur Privatisierung des staatlichen Vermögens usw. statt. Für die Frauen hieß das, im Gegensatz zur sowjetischen Zeit, Kinder zu gebären und zu Hause zu sein.²⁷ Die Forschungen zeigen, daß Anfang der 90er Jahre 40 Prozent der Frauen dafür plädierten, daß im Zweifelsfall der Mann auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt sein muß.²⁸ Obwohl die Zahlen sich geändert haben (die Bevorzugung der Männer wurde im Jahre 1996 von 29 Prozent der Frauen unterstützt),²⁹ sind die Frauen während der letzten Wahlkampagne zum Parlament (Frühling 2003) immer noch als »die nationalen Geburtsmaschinen« bezeichnet worden.³⁰

So fehlt eine ernsthafte politische Debatte zu den Problemen der Gleichberechtigung der Geschlechter. In den Diskussionen spiegeln sich eher die historisch gewachsenen Vorurteile und die Dominanz sozial-kultureller Stereotype wider. Dennoch sind hinsichtlich der Mitgliedschaft der Europäischen Union neue Herausforderungen für die estnische Regierung entstanden. In bezug auf die geschlechtsbezogene Diskriminierung sind die Änderungen in erster Linie mit den »acquis communautaire« verbunden.³¹ Dabei fordern die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen in allen Bereichen mehr Aufmerksamkeit für die Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter.³² Dies führte dazu, daß parallel zu der Harmonisierung der Rechtsakte verschiedene Pläne und Projekte, die das Ziel der geschlechtsbezogenen Gleichbehandlung verwirklichen sollen, entstanden sind.³³ Die Durchführung und die Umsetzung der entsprechenden Tätigkeiten brauchen finanzielle Mittel und effektive Institutionen, die allerdings nicht ausreichend vorhanden sind.³⁴ Ebenso ist es zum Erreichen der Gleichbehandlung nötig, daß sich die Werte in der Gesellschaft ändern. Eine wichtige Rolle spielen hier neben dem Staat die nichtstaatlichen Organisationen und die Sozialpartner. So, wie der Diskriminierungsschutz möglichst für alle gelten soll, so müssen auch viele Interessengruppen an den Vorbereitungen beteiligt sein. Dies würde zu einer besseren Anwendung führen.

Fazit

Die estnische Gesellschaft hat viele Schwierigkeiten mit der Gewährleistung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Einige Ursachen liegen in Voreingenommenheiten aus sowjetischer Zeit. Dennoch sind positive Tendenzen in der gegenwärtigen Entwicklung erkennbar. Die Umsetzung der Änderungen bedarf einer neuen gesellschaftlichen Grundlegung und ihrer Unterstützung durch die Mehrheit.

Gegenwärtiges Recht in Estland in bezug auf die geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland

Die gesetzlichen Bestimmungen Estlands müssen sowohl die faktische interne Ausgangslage berücksichtigen als auch den internationalen und

vördõiguslikkus Eestis, Sotsiaalministeerium 1999, S. 41; R. Vöörmann: Men and women on the labour market: wage ratios, in: P. Maimik, K. Mänd, Ü-M. Papp (Hg.): Towards a balanced society, S. 46.

23 M. Sepper (Hg.): Võrdsed võimalused naistele ja meestele Euroopa Liiduga ühinemise protsessis Kandidaatriikide aruannte võrdlev analüüs, Ülevaade Eesti aruandest, Tallinn 2003, S. 17 f.

24 J. Helemäe, E. Saar, R. Vöörmann: Kas haridusetasus investeerida? S. 155.

25 L. Kurvet Käosaar, R. Põldsaar: Feminismihirmul suured silmad, in: L. Järviste (Hg.): Tilliga ja tillita: retsepte Eesti feministidelt, ENUT 2003, S. 78-79; K. Täht, M. Unt: Soost tulenev amivalentsus tööturul, S. 126-127.

26 M. Sepper (Hg.): Võrdsed võimalused naistele ja meestele Euroopa Liiduga, S. 17 ff; K. Täht, M. Unt: Soost tulenev amivalentsus tööturul, S. 126-127.

27 A. Maimik: Rahvuslik sünnituskombinaat, in: L. Järviste (Hg.): Tilliga ja tillita: retsepte Eesti feministidelt, ENUT 2003, S. 27-29.

28 K. Täht, M. Unt: Soost tulenev amivalentsus tööturul, S. 134-135.

29 Ebenda.

30 A. Maimik: Rahvuslik sünnituskombinaat, in: L. Järviste (Hg.): Tilliga ja tillita: retsepte Eesti feministidelt, ENUT 2003, S. 27-29.

31 Siehe Kapitel 4, S. 17 f.

32 M. Sepper (Hg.): Võrd-

sed võimalused naistele ja meeste Euroopa Liiduga, S. 62.

33 Ü-M. Papp: National Gender policy, S. 72 ff.

34 M. Sepper (Hg.): Võrdsed võimalused naistele ja meeste Euroopa Liiduga, S. 18-19.

35 M. Muda: Regulation of Gender Equality as a Fundamental Right in Estonia, *Juridica International VII*, 2002, S. 106-116.

36 RT (Staatliche Zeitung) II 1995, 5, 31.

37 RT II 1993, 10, 13.

38 RT II 2000, 15, 93.

39 Amtsblatt Nr. L 045 vom 19/02/1975, S. 0019-0020.

40 Amtsblatt Nr. L 269 vom 05/10/2002, S. 0015-0020.

41 Amtsblatt Nr. L 014 vom 20/01/1998 S. 0006 - 0008, Geändert durch Amtsblatt Nr. L 205 vom 22. 7. 98, S. 66.

42 Ebenda.

43 § 12 GG der Estnischen Republik.

europäischen Abkommen, Konventionen und Richtlinien entsprechen. Einige Probleme der geschlechtsbezogenen Diskriminierung wurden im vorigen Absatz dargestellt. Im folgenden Teil werden die geltenden Regelungen des internationalen und europäischen Rechts vorgestellt und anhand der rechtlichen Lage bzw. der Probleme Estlands behandelt.

Vorgabe der internationalen und europäischen Regelungen

Das internationale und europäische Recht zur geschlechtsbezogenen Diskriminierung umfaßt zahlreiche Konventionen, Richtlinien und Empfehlungen. Hier nur einige der wichtigsten³⁵ ratifizierten Konventionen:

- UN Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (1979) (in Kraft getreten in Estland im Jahr 1991).³⁶
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1966 (in Kraft getreten in Estland im Jahr 1992).³⁷
- Europäische Sozialcharta 1961 (in Kraft getreten in Estland im Jahr 2000).³⁸

Bedeutsame Richtlinien (RL) zur geschlechtsbezogenen Diskriminierung der Frauen sind:

- Richtlinie 75/117/EWG des Rates vom 10. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen.³⁹ Die Richtlinie fordert in erster Linie Maßnahmen zur Verwirklichung der Entgeltgleichheit.
- Richtlinie 2002/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen.⁴⁰ Die Richtlinie legt wichtige Grundbegriffe wie unmittelbare und mittelbare Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Belästigung fest, ebenso fordert sie Förderungsmaßnahmen zur Verwirklichung der Gleichheit auf der beruflichen Ebene.
- Richtlinie 97/80/EG des Rates vom 15. Dezember 1997 über die Beweislast bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.⁴¹ Die Richtlinie bestimmt das Prinzip der Beweislastumkehr. Daher trägt die Beweislast nicht das potentielle Diskriminierungsopfer, sondern der mögliche Diskriminierungstäter.

Geltendes Recht zur geschlechtsbezogenen Diskriminierung von Frauen und Männern

Estnisches Grundgesetz

Im § 12 des estnischen Grundgesetzes ist das Diskriminierungsverbot verankert.⁴² Im Vergleich zum deutschen Grundgesetz ist die estnische Regelung ziemlich »nüchtern« und bestimmt das allgemeine Gleichheitsgebot (»Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«⁴³) und verbietet auf Grund vorher genannter Merkmale die Diskriminierung. Der Begriff der Diskriminierung wird nicht erläutert, auch ein besonderer Gleichheitsgrundsatz zwischen Frauen und Männern ist nicht vorhanden.

Die arbeitsrechtlichen Regelungen

Im Arbeitsrecht sind die Bestimmungen in bezug auf die geschlechtsbezogene Diskriminierung in verschiedenen Normativakten geregelt.

§ 10 des Arbeitsvertragsgesetzes z. B. verbietet die Bevorzugung oder Benachteiligung auf Grund des Geschlechts,⁴⁴ § 5 des Lohngesetzes legt die Entgeltgleichheit fest.⁴⁵ Die §§ 27-31 des Urlaubsgesetzes sichern den Eltern- und Schwangerschaftsurlaub.⁴⁶ Jedoch existieren erhebliche Probleme hinsichtlich der Verwirklichung des Gleichheitsprinzips.⁴⁷

44 RT I 1992, 15/16, 241; 2002, 62, 377.

45 RT I 1994, 11, 154; 2002, 62, 377.

46 RT I 2001, 42, 233; 2002, 62, 377.

Gesetz zur geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung⁴⁸
Ziel

47 Ebenda.

Ziel des Gesetzes (GGG) ist gem. § 1 die Verhinderung der geschlechtsbezogenen Diskriminierung und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (als Grundrecht) in allen gesellschaftlichen Bereichen.⁴⁹

48 RT I 2004, 27, 181

49 § 1 GGG.

Im Bezug auf die vorliegenden Probleme und mangelhaften Regelungen des Arbeitsrechts⁵⁰ ist es erforderlich, daß das Prinzip der Gleichberechtigung von Frauen und Männern anerkannt wird und eine rechtliche Entsprechung findet. Ebenso ist es nötig, durch die Normen präventive Maßnahmen zur Verhinderung der Diskriminierung und zur Förderung der Gleichberechtigung zu implementieren. In diesem Sinne ist die Regelung der GGG näher an den Erfordernissen. Allerdings ist eine Voraussetzung für die Zielerreichung auch die effektive Rechtsdurchsetzung.

50 Ebenda.

Definitionen

GGG definiert Begriffe: die geschlechtsbezogene Gleichberechtigung, Gleichbehandlung von Frauen und Männern, unmittlere und mittelbare Diskriminierung und sexuelle Belästigung.⁵¹

51 § 3 GGG

Die Definitionen der unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierung basieren auf der RL 2000/73/EG.⁵² Das GGG definiert nur den Begriff der sexuellen Belästigung. Jedoch sind sexuelle Belästigung und Belästigung nicht identisch.⁵³ Auf Grund der Richtlinie⁵⁴ ist die Belästigung »eine unerwünschte Verhaltensweise, die mit dem Geschlecht in Zusammenhang steht und bezweckt oder bewirkt, daß die Würde der betroffenen Person verletzt wird und ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird«⁵⁵. Sexuelle Belästigung ist ein »Spezialfall« der geschlechtsbezogenen Belästigung⁵⁶ und liegt vor, »wenn sexuell bezogene unerwünschte verbale, nicht verbale oder physische Verhaltensweisen bezwecken oder bewirken, daß die Würde der betroffenen Person verletzt und ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird«⁵⁷. Dementsprechend sollten auch die gesetzlichen Regelungen diese zwei Begriffe trennen.

52 Ebenda.

53 I. Hadelar: Die Revision der Gleichbehandlungsrichtlinie 76/207/EWG-Umsetzungsbedarf für das deutsche Arbeitsrecht, NZA 2003, H 2, S. 78-79.

54 Art 2, RL 2002/73/EG.

55 Art 2, RL 2002/73/EG.

56 I. Hadelar: Die Revision der Gleichbehandlungsrichtlinie 76/207, S. 79.

57 Art 2, RL 2002/73/EG.

Geltungsbereich

Gemäß § 2 GGG gelten die gesetzlichen Regelungen für die ganze Gesellschaft. Ausnahmen bilden nur Familienverhältnisse, das Privatleben und registrierte Glaubensgemeinschaften.⁵⁸

58 § 2, Abs. 2 GGG.

Entsprechend dem GGG liegt die Diskriminierung nicht vor bei der Militärflicht von Männern, dem besonderen Schutz der Schwangeren usw.⁵⁹

59 § 6 GGG.

Das Gesetz legt das geschlechtsbezogene Diskriminierungsverbot für die Arbeitsverhältnisse (Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsbildung,

60 §§ 6-8 GGG.

zu beruflichem Aufstieg, in bezug auf die Arbeitsbedingungen) fest⁶⁰. Im GGG werden Beispielfälle geschildert.⁶¹ Im Hinblick auf geringe Erfahrungen der estnischen Gerichtspraxis ist ein solches Muster für die Auslegung hilfreich. Gleichzeitig besteht bei der Festlegung einer Liste immer die Gefahr, daß die Anwendungs- bzw. Auslegungsgrenzen viel zu eng gezogen werden.

61 § 5 Abs. 2 GGG.

Für die Arbeitsverhältnisse ist es bedeutsam, daß dem Arbeitgeber im Gesetz konkrete Pflichten zur Information über die Einhaltung der Regeln gegenüber dem Arbeitnehmer auferlegt werden und er entsprechende Unterlagen aushändigen muß.⁶² Neben Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen (Bewerbern, Bewerberinnen), die einer Diskriminierung ausgesetzt sein können, haben auch die Gewerkschaften Rechtsanspruch auf Information.⁶³

62 § 7 Abs. 1 GGG.

63 § 7 GGG.

Beweislastverteilung

Gemäß § 4 GGG wird die Beweislast umgekehrt. Das heißt, immer dann, wenn eine Person, die sich durch die Nichtanwendung des Gleichberechtigungsgrundsatzes für verletzt hält und bei einer zuständigen Stelle Tatsachen glaubhaft macht bzw. zu machen versucht, die das Vorliegen einer unmittelbaren oder mittelbaren Diskriminierung vermuten lassen, obliegt es dem Beklagten zu beweisen, daß keine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorgelegen hat.⁶⁴ Diese Bestimmung würde in Estland eine neue Dimension der Sicherheit und Gewährleistung der Gleichheitsrechte eröffnen. Allerdings ist sie in der Öffentlichkeit sehr umstritten.

64 Art 10, RL 2000/78/EG.

Positive Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Das GGG sieht für die Förderung der geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung staatliche und kommunale Behörden,⁶⁵ Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsinstitutionen bzw. Organisationen⁶⁶ und Arbeitgeber⁶⁷ vor. Der Gesetzentwurf legt Repräsentationsverhältnisse der Geschlechter fest.⁶⁸ Zu den Aufgaben der Arbeitgeber gehört die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen durch die Anwendung besonderer Maßnahmen wie die Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.⁶⁹ Das GGG umreißt die Aufgaben für den/die Sozialminister(in) und die Beauftragten zur Förderung der Gleichberechtigung.⁷⁰

65 § 9 GGG.

66 § 10 GGG.

67 § 11 GGG.

68 §§ 11 GGG.

69 § 11 GFGG.

70 § 22 GFGG.

Das GGG sieht auch die Gründung und Zusammensetzung eines Rates für die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter vor. Der Rat soll die Regierung bei entsprechenden Fragen unterstützen.⁷¹

71 § 24 GFGG.

Rechtsdurchsetzung und Rechtsfolgen

Gem. § 13 GGG ist der Schadensersatz im Fall des nicht eingehaltenen Diskriminierungsverbotes und des dadurch erstandenen immateriellen wie materiellen Schadens eine angemessene Geldsumme. Die Verjährungsfrist ist gem. § 10 Abs. 3 GGG 1 Jahr.

72 Ebenda.

Hinsichtlich der jetzigen gesellschaftlichen Lage⁷² ist es notwendig, über die Verankerung des Mindestschadensersatzes nachzudenken. Mindestschadensersatz könnte eine Voraussetzung für die Klageerhebung sein. Nämlich nur, wenn das Diskriminierungsopfer weiß, was es minimal erwarten kann, ist es bereit, diesen Weg zu gehen. Deshalb ist es nötig, den Mindestschadensersatz gesetzlich festzulegen.

Beauftragte/r

Die Zuständigkeit der/des Beauftragten liegt in erster Linie in der Aufsicht des Gesetzes, als Stelle für Beschwerden bzw. Stellungnahmen der Bürger, in der Analyse der Auswirkungen des Gesetzes, als BeraterIn der Exekutivorgane (Regierung, Ämter, Kommunen).⁷³

73 § 15-21 GGG

Zusammenfassung

Es lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

- Die geschlechtsbezogene Diskriminierung der Frauen umfaßt verschiedene Diskriminierungsarten (Tatbestände) und wird in der rechtswissenschaftlichen Literatur als Verletzung des Grundrechtes auf Gleichbehandlung angesehen.
- In der estnischen Gesellschaft gibt es viele Schwierigkeiten, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu gewährleisten.
- Das Gesetz der geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung ist der erste Schritt zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und Bekämpfung der geschlechtsbezogenen Diskriminierung.

Literaturverzeichnis

- Hadeler, Indra: Die Revision der Gleichbehandlungsrichtlinie 76/207/EWG-Umsetzungsbedarf für das deutsche Arbeitsrecht, NZA 2003, H. 2, S. 78 ff.
- Helemäe, Jelena; Saar, Ellu; Võõrmann, Rein: Kas haridusse tasus investeerida? Hariduse selekteerivast ja startifitseerivast rollist kahe põlvkonna kogemuse alusel (Hat es gelohnt, in Bildung zu investieren? Die selektive und stratifizierende Rolle der Bildung auf Grund der Erfahrungen aus zwei Generationen), Tallinn 2000.
- Högenauer, Nikolaus: Die europäischen Richtlinien gegen Diskriminierung im Arbeitsrecht, Hamburg 2002.
- ILO (Hg.): Naistöötajate õiguste ja soolise võrdõiguslikkuse ABC (ABC der Rechte und geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung der Arbeitnehmerinnen), Geneva 2000.
- Jarass, Hans D.; Pieroth, Bodo: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, München 2002.
- Järve, Malle; Papp, Ülle-Marike: Sissejuhatus, in: Järve, M. (Hg.): Jagatud õigused ja vastutus. Sooline võrdõiguslikkus Eestis (Einführung, in: Geteilte Rechte und Verantwortung. Geschlechtsbezogene Gleichberechtigung in Estland), Sotsiaalministeerium 1999, S. 7.
- Kurvet, Käosaar, Leena; Põltsaar, Raili: Feminismihirmul suured silmad, in: Järviste, L. (Hg.): Tilliga ja tillita: retsepte Eesti feministidelt (Die grossen Augen der Feminismusangst, in: Mit Dill oder ohne, Rezepte von Estnischen Feministen), ENUT 2003, S. 78 ff.
- Maimik, Andres: Rahvuslik sünnituskombinaat, in: Järviste, L., (Hg.) Tilliga ja tillita: retsepte Eesti feministidelt (Das nationale Geburtskombinat, in: Mit Dill oder ohne, Rezepte von Estnischen Feministen), ENUT 2003, S. 27-29.
- Muda, Merle: Regulation of Gender Equality as a Fundamental Right, Juridica International VII, 2002, S. 106-116.
- Papp, Ülle-Marike: National Gender policy, in: Maimik, P., Mänd, K., Papp, Ü-M. (Hg.): Towards a balanced society, Women and Men in Estonia, Tallinn 2000, S. 76-77.
- Plett, Konstanze: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, in: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Dokumente lesbischschwuler Emanzipation, Antidiskriminierungsgesetz für Berlin?! Berlin 1998, S. 14-18.
- Schiek, Dagmar: Europäisches Arbeitsrecht, Baden-Baden 1997.
- Schiek, Dagmar: Differenzierte Gerechtigkeit, Bremen 1999, S. 24-37.
- Sepper, Mari-Liis (Hg): Võrdsed võimalused naistele ja meestele Euroopa Liiduga ühinemise protsessis. Kandidaatriikide aruamnte võrdlev analüüs, ülevaade Eesti aruandest, (Gleiche Möglichkeiten für Männer und Frauen in der Europäischen Erweiterung. Vergleichende Analyse der Beitrittsländer, Übersicht des Estnischen Berichts), Tallinn 2003.
- Stock, Anke: Gleichstellung im Vergleich, Regensburg 2003.
- Täht, Kadri, Unt, Marge: Soost tulenev amivalentsus tööturul, in: Saar., E. (Hg.): Trepist alla ja üles: Edukad ja ebaedukad postsotsialistlikus Eestis, (Geschlechtliche Ambivalenz auf dem Estnischen Arbeitsmarkt, in: Treppe hinauf und hinunter: Erfolgreiche und nicht Erfolgreiche im postsozialistischen Estland), Tallinn 2002, S. 126 ff.
- Võõrmann, Rein: Soolised erinevused tööturul, in: Järve, M.: Jagatud õigused ja vastutus. Sooline võrdõiguslikkus Eestis (Geschlechtsbezogene Differenzen auf dem Arbeitsmarkt, in: Geteilte Rechte und Verantwortung, Geschlechtsbezogene Gleichberechtigung in Estland), Sotsiaalministeerium 1999, S. 41 ff.
- Võõrmann, Rein: Men and women on the labour market: wage ratios, in: Maimik, P., Mänd, K., Papp, Ü-M. (Hg): Towards a balanced society, Women and Men in Estonia, Tallinn 2000, S. 46 ff.

SASCHA WAGENER

Die Marxsche Verfassungskritik

Er nannte das verfasste Frankreich »eines der interessantesten Studienobjekte«.¹ Seine Kritik am Verfassungsprozess bürgerlicher Gesellschaften baute er auf der Analyse der französischen Verfassung vom 4. November 1848 auf. »Volk! Kümmere dich ebensosehr um die Details wie um die Prinzipien«, ließ Marx in Bezug auf die Widersprüche »dieses Humbugs von einer Konstitution« verlauten.² Heute, wo wir uns als Linke mit der Europäischen Verfassung auseinandersetzen, kann ein Blick auf die Verfassungs-Ansichten des alten Marx nicht schaden.³

Im Februar 1848 stürzte im Zuge einer Wirtschafts- und Staatskrise eine Koalition aufgeklärter bürgerlicher und sozialistischer Kräfte die Julimonarchie des Louis-Philippe. Für Karl Marx war diese Koalition »ein Kompromiß der verschiedenen Klassen, ... deren Interessen sich aber feindlich gegenüberstanden«.⁴ Die neue, provisorische Regierung rief die Republik aus. Das allgemeine Wahlrecht wurde eingeführt, die Schuldhaft abgeschafft, die Pressefreiheit hergestellt und das Versammlungsrecht garantiert. Zeitungen und politische Klubs verschiedener Richtungen entstanden in beachtlicher Anzahl, geeint in der Überzeugung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Weitreichendste Maßnahme war die Schaffung so genannter Nationalateliers, welche als staatlich geförderte Werkstätten mehr als einhunderttausend Arbeitslose beschäftigten.

Die Bevölkerung in den Provinzen misstraute den sozialen Versuchen in der Hauptstadt. So errangen Monarchisten und gemäßigte Republikaner in den freien Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung am 4. Mai 1848 die Mehrheit. Die bald dekretierte Auflösung der Nationalwerkstätten und die Bedrohung der Existenz der dort Beschäftigten führte im Juni zum Aufstand. Erst nach drei Tagen blutiger Kämpfe mit mehr als 3 000 Toten gelang es der bürgerlichen Regierung, die Revolte niederzuschlagen. Gleichzeitig begannen in der konservativ ausgerichteten Nationalversammlung die Arbeiten an der Verfassung, der »Constitution«. Ein noch vor dem Juniaufstand beratener Entwurf enthielt eine Fülle an sozialen Artikeln, darunter das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit. Diese waren in der am 4. November 1848 verabschiedeten Verfassung gestrichen.

Eigentlich war das Recht auf Arbeit für Marx ein »Widersinn, ein elender, frommer Wunsch« innerhalb einer bürgerlichen Verfassung.⁵ Seine Verwirklichung hätte die Unterordnung des Kapitals unter die Arbeit und damit die Aufhebung der Lohnarbeit bedeutet. Das

Sascha Wagener –
Jg. 1977; studiert in Berlin
und Potsdam Politik und
Kunstgeschichte;
1996-99 Vorsitzender der
Josus in Luxemburg,
2003-05 Bundessprecher
des Jugendverbandes
[solid] die sozialistische
jugend.

1 Karl Marx: Die Konstitution der Französischen Republik, angenommen am 4. November 1848, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 7, Berlin 1973, S. 506.

2 Ebenda, S. 504.

3 Vgl. Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Mit einer Rezension von Karl Korsch, Frankfurt am Main 1966 (Erstausgabe: Wien 1929). Vgl. Arkadij Gurland: Marxismus und Diktatur,

Recht auf Arbeit war für ihn die sinnverstellende Formel, worin die revolutionären Ansprüche des Proletariats in die Verfassung Einzug erhalten sollten. Dennoch begrüßte er ihre Erwähnung als eine von vielen »Anerkennungen der Menschenrechte«.⁶

In der Präambel der Verfassung erklärte sich Frankreich als demokratische, einigte, unteilbare Republik und versprach, seine Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgendeines Volkes zu verwenden. Gerade dieser Satz erlaubte es Marx, von einer »rhetorischen Präambel« zu sprechen, nachdem ein französisches Expeditionskorps im April 1849 die römische Republik niedergeschlagen hatte.⁷

Die bürgerlichen Rechte bestimmten das zweite Kapitel der Verfassung. Marx machte darauf aufmerksam, dass jede garantierte Freiheit durch »Ausnahmen, die das Gesetz macht« auch wieder beseitigt wurde.⁸ Die Unverletzlichkeit der Wohnung war relativiert durch die Möglichkeit der Behörden, »in den durch das Gesetz vorgeschriebenen Formen und Fällen einzudringen«.⁹ In Artikel 4 hieß es: »Es dürfen keine Sondergerichte gebildet werden, gleichviel unter welcher Bezeichnung oder unter welchem Vorwand.« Tatsächlich setzte die Nationalversammlung 1848 ein Sondergericht ein, welches für die Deportation der Juniinsurgenten verantwortlich zeichnete.¹⁰ Eine Deportation in fieberverseuchte Gebiete, welche einem Todesurteil gleichkam und somit im Widerspruch zu Artikel 5 stand: »Die Todesstrafe für politische Vergehen ist abgeschafft«.¹¹ Artikel 8 garantierte das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Petitionsrecht, die Versammlungs- und die Pressefreiheit. Bis 1850 waren diese Rechte durch eine ganze Reihe von Gesetzen beschränkt und wieder aufgehoben worden. Selbst über das literarische Drama wurde im Juli 1850 die Zensur verhängt, während Versammlungen von Arbeitern, welche sich zum Erstreiten höherer Löhne zusammenschließen wollten, seit November 1849 grundsätzlich untersagt waren.¹² Artikel 9 gab vor, die »Freiheit des Unterrichts« unter Aufsicht des Staates sicherzustellen. Doch in den durch Gesetz am 15. März 1850 festgelegten Bedingungen entzog sich der Staat seiner Verantwortung und unterwarf das Erziehungs- und Bildungssystem der katholischen Kirche.¹³

Im dritten Kapitel »Von den Staatsgewalten« wurde die Trennung der exekutiven, legislativen und juristischen Gewalt als die erste Bedingung einer freien Regierung festgelegt. Für Marx war dies reiner »Verfassungsunsinn«. Er sah »nicht die Trennung, sondern die Einheit der Gewalten« als Voraussetzung einer freien Regierung. Während in der Julimonarchie nur eine Fraktion der Bourgeoisie herrschte, stand mit der Februarrevolution 1848 und der Parlamentarisierung der Eintritt aller bürgerlichen Fraktionen in den Kreis der politischen Macht auf der Tagesordnung. Die besitzenden Klassen sollten ihre Herrschaft in Einheit vervollständigen und über alle Gewalten ausdehnen. Die Maschinerie ihres Staates müsse einfach zusammengesetzt, nicht verworren und kompliziert sein. Erst so würden die Machtverhältnisse ihren Schleier verlieren und ein Terrain für die Emanzipation des Proletariats entstehen.¹⁴

Das vierte Kapitel umfasste die Bestimmungen zur Zusammensetzung der Nationalversammlung, zum Wahlrecht und zum Prozess der Gesetzgebung. Die Verfassung gestand jedem volljährigen Fran-

hrsg. von Dieter Emig, Frankfurt am Main 1981.

4 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 16.

5 Ebenda, S. 42.

6 Marx, Konstitution, S. 494.

7 Marx, Klassenkämpfe, S. 56 f. u. 64 ff.; Marx, Konstitution, S. 494.

8 Ebenda, S. 495.

9 Maurice Duverger: Constitution du 4 novembre 1848, in: Maurice Duverger (Hg.): Constitutions et documents politiques, Paris 1989 (Erstausgabe Paris 1957), S. 146. Marx, Konstitution, S. 495.

10 Duverger, S. 146; Marx, Konstitution, S. 495.

11 Ebenda, S. 496.

12 Ebenda, S. 496 f.

13 Duverger, S. 147; Marx, Konstitution, S. 497.

14 Marx, Klassenkämpfe, S. 18; Marx, Konstitution, S. 498.

15 Duverger, S. 148.

16 Hier gilt es, Marx Behauptung, wonach die Wahlrechtsreform von 1850 zwei Drittel des französischen Volkes des Wahlrechts beraubte (Marx, Konstitution, S. 498), zu korrigieren (G.-A. Chevallaz: *Histoire Générale de 1789 à 1918*, Lausanne 1992, S. 143).

17 Marx, Konstitution, S. 499 f.

18 Duverger, S. 153 u. 155; Marx, Konstitution, S. 500 ff.

19 Duverger, S. 153 f.; Marx, Konstitution, S. 502.

20 Duverger, S. 155; Marx, Konstitution, S. 502 f.

21 Duverger, S. 155; Marx, Konstitution; S. 503.

22 Ebenda, S. 504.

zosen das Wahlrecht zu. Ein Wahlgesetz sollte »die Gründe bestimmen, wodurch einem französischen Bürger das Recht zu wählen und gewählt zu werden entzogen werden kann«.¹⁵ Dieses Gesetz schloss am 15. März 1849 alle kriminellen Verbrecher und am 31. Mai 1850 alle politischer Verbrechen Überführten vom Wahlrecht aus. Anschließend wurde das Wahlrecht Wanderarbeitern und Arbeitslosen, faktisch einem Drittel der französischen Bevölkerung, entzogen.¹⁶ Die Verfassung sprach von der Unverletzlichkeit des Repräsentanten. Tatsächlich war diese durch Bestimmungen nach dem Juniaufstand weitgehend aufgehoben. Abgeordnete konnten wegen ihrer Äußerungen mit Geldstrafen belegt und ausgeschlossen werden. Der Gesetzgebungsprozess sah vor, dass abgesehen von dringenden Fällen, jedes Gesetz erst nach drei Lesungen von der Nationalversammlung angenommen werden konnte. Nach Marx wurde die Ausnahme zur Regel und wurden wichtige Gesetze stets nach nur einer Lesung angenommen.¹⁷

Das fünfte Kapitel übertrug die vollziehende Gewalt dem Präsidenten der Republik. Auffallend war der Widerspruch zwischen Macht und Ohnmacht des neuen Amtes. Der Präsident konnte eigenständig Minister ernennen und absetzen, Bürgermeister und Nationalgarden suspendieren und über die bewaffnete Macht verfügen. Sollte er jedoch die Tätigkeit der Nationalversammlung beeinflussen, verzögern oder verhindern, wäre er wegen Hochverrats sogleich seines Amtes enthoben. Die Gesetze beschloss die Nationalversammlung, im Zweifelsfall auch gegen den Willen des Präsidenten. Wesentlich für die starke präsidiale Stellung war die direkte Wahl durch das Volk, welche ihm den Verweis auf eine plebiszitäre Berufung und eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der Nationalversammlung ermöglichte.¹⁸

Der durch das achte Kapitel eingerichtete Oberste Gerichtshof stellte das wichtigste Kontrollorgan gegenüber Präsident und Regierung dar. Marx beklagte die aristokratische Besetzung des Gremiums und den Ausschluss der nicht lesekundigen Bevölkerungsmehrheit aus den Geschworenenreihen durch Gesetz vom 7. August 1848.¹⁹

Im neunten Kapitel hieß es: »Jeder Franzose ist zum Dienst in der Armee und in der Nationalgarde verpflichtet, mit Ausnahme der Fälle, die das Gesetz bestimmt.« Doch während sich die reichen Franzosen von der Dienstpflicht in der Armee freikaufen konnten, wurden die oftmals revolutionär eingestellten Nationalgarden in vielen Regionen aufgelöst.²⁰

Im elften Kapitel wurde der Weg zur »Revision der Konstitution« genau festgelegt. Danach musste eine eigens zu wählende Versammlung gewünschte Veränderungen nach drei aufeinander folgenden Verhandlungen mit einer Dreiviertel-Mehrheit annehmen.²¹

Marx hielt demokratische und soziale Prinzipien für Schein in einer Gesellschaft, die keineswegs die Verrechtlichung von Beziehungen zwischen Gleichen anstrebte, sondern zwischen Ungleichen verfestigte. Nach ihm konnte »die Bourgeoisie zwar in Worten demokratisch sein, aber nicht in ihren Handlungen«.²² Sie verfolgte mit »einer Menge schöner Worte« die unumschränkte und harte Herrschaft als kollektive Klasse über die anderen Klassen der Gesellschaft »wie sie überhaupt nur unter der Form der parlamentarischen Republik

möglich war«.²³ Nicht zuletzt schuf die bürgerliche Verfassung durch die herausgehobene Stellung der Nationalversammlung die Bedingungen ihrer Überwindung selbst. Sie setzte durch das allgemeine Stimmrecht das Proletariat, die Bauern und die Kleinbürger in den Besitz der politischen Macht. Damit entzog sie der Bourgeoisie langfristig die politischen Garantien ihrer gesellschaftlichen Macht. Organische Gesetze, Sondergerichte und die Beschneidung des allgemeinen Wahlrechts konnten diese Logik verzögern. Aufheben aber konnte sie nur der Bruch der Verfassung, ihre Fortentwicklung zur Makulatur und die Umwandlung der parlamentarischen Republik in ein diktatorisches Regime. Diese These stand am Anfang der hier nicht weiter auszuführenden Marxschen Bonapartismustheorie.

Marx haben an der französischen Verfassung die inneren Tendenzen zur organischen Aufhebung rechtlicher Zugeständnisse und zur Überwindung der Macht der Bourgeoisie durch die Übertragung der politischen Garantien dieser Macht an die breite Bevölkerung interessiert. Der restliche rhetorische Überbau zum Einsatz der Streitkräfte und zur Garantie der Ordnung und des Eigentums waren für ihn uninteressant. Annahme oder Ablehnung der Verfassung maß er an keiner Stelle Bedeutung bei.

Der europäischen Linken würde ein wenig mehr Marx in der Analyse und damit ein bisschen weniger Verbitterung in der Auseinandersetzung über die »Europäische Verfassung« gut tun. Diese ist durch ihre deutliche Sprache ein klares Spiegelbild dessen, was sich im Kapitalismus schon lange zusammenbraut. Marx hätte es Freude gemacht, sie zu studieren.

23 Ebenda, S. 503; Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, Berlin 1975, S. 140.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Die deutschen Meinungsforscher und Volksbefrager sind zu beneiden; und die staatsnahe Journalisterei gleich mit: Die Befrager sind wegen ihrer Unverdrossenheit (oder auch Unverschämtheit ...) zu beneiden, mit der sie uns weiterhin mit ihren Analysen belästigen, schamlos und ohne eine Spur schlechten Gewissens; obwohl sie doch allesamt vor der vergangenen Bundestagswahl mit ihren Prognosen so was von daneben lagen, daß unsreiner am Wahlabend aus dem Wundern gar nicht mehr herauskam. Und die alldeutschen Journalisten – die ganze Politmoderatorenschaft des Fernsehens inbegriffen – tun heute so, als habe es diesen Hyperflop im vorigen Herbst gar nicht gegeben und verbreiten nach wie vor ungerührt und nahezu kommentarlos Woche für Woche die jeweils neuesten Trends von Volkes Stimme. Mitte Januar zum Beispiel hatte es geheißt, sechzig Prozent der Deutschen blickten optimistisch in die Zukunft; und kurz darauf geriet – just während ihrer Bush-Aufwartung – Angela Merkel auf Platz 1 im deutschen Politiker-»Ranking«. Und bei der Verbreitung all dieser Werte von niemandem und nirgends auch nur andeutungsweise der geringste Hinweis darauf, daß wir vielleicht den Aussagen der Meinungsforscher mit Argwohn begegnen sollten, wenigstens das.

So also haben wir es denn mit einer feinspinnigen Kumpanei von Forschern und Journalisten zu tun. Nein, natürlich muß so etwas heutzutage nicht »angeordnet« werden (noch funktioniert die Gesellschaft ja nicht wie die *BILD*-»Zeitung«), so etwas ordnet sich ziemlich von allein. Dafür sorgen schon Interessenlagen und (zumeist informelle) Abhängigkeiten. Und der Bürger – mehr ein Mündel als mündig.

Es gibt natürlich Lichtblicke. Einer heißt – und das, scheint mir, spricht sich zum Glück herum – WDR-Fernsehen. Björn Wirth ko-

lumnierte in der *Berliner Zeitung* über ein *Focus*-Gespräch mit WDR-Intendant Fritz Pleitgen (der einst von einem ZK-Medien-Aufpasser, der sich während Pleitgens DDR-Korrespondenten-Zeit sehr über ihn geärgert hatte, während einer »Anleitung« mit der Verbalinjurie »Pleitgeengeier« belegte). Im *Focus*-Interview war Pleitgen – von wegen Pleitgeengeier! – gefragt worden, welchen Sendeplatz Frank Plasbergs vielgerühmte *WDR*-Talkshow »Hart, aber fair« erhalten solle, wenn sie im nächsten Jahr ins Erste wechsele. *Focus* plädierte – erstaunlicherweise – für den Sendeplatz, der heute von »Sabine Christiansen« besetzt ist. Pleitgen parierte: »Dafür ist die Sendung zu journalistisch.« Björn Wirths Kommentar: »Aua.«

Ich weiß nicht, ob der Wechsel von »Hart, aber fair« vom Dritten ins Erste hundertprozentig sicher ist. Vielleicht findet ARD-Programmdirektor Günter noch ein paar bislang nicht bedachte Blaubluthochzeiten oder unvorhergesehene königliche Todesfälle bzw. Prinzessinnen- oder Prinzengeburten. Gegen die scheint kaum ein Kraut gewachsen zu sein. Und an einen »Aufstand der Ernstzunehmenden« wage ich ohnehin nicht zu denken, dazu waren deren Proteste, als Quoten-Struve den *Politmagazinen* die Sendezeit kürzte, denn doch zu verhalten gewesen. Mehr als leicht ironische Zwischentöne in den An- und Abmoderationen bei *Monitor*, *Panorama* und den anderen war nicht festzustellen gewesen. Aber – kann ja sein – vielleicht habe ich etliche Proteste nicht mitbekommen.

In Berliner Zeitungen geht es – vornehmlich auf den Lokalseiten – nun schon seit Monaten hin und her in Sachen Religions- versus Werte- (bzw. Religionskunde-)unterricht. Die Positionen sind eigentlich klar, dennoch gelingt es vor allem den Kirchen, immer wieder zu überraschen. Daß deren Repräsentanten – vorzugsweise der Berliner Bischof Wolfgang Huber – die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Staat anders auslegen als städtisch-staatliche Verantwortungsträger, liegt in der Natur der Sache. Und daß sich kirchliche Repräsentanten auch nicht durch den Umstand, daß sie zu großen Teilen staatlich alimentiert werden, veranlaßt sehen, sich zu bescheiden, spricht in gewisser Weise auch für sie: Sie lassen sich eben auch durch die satten staatlichen Zuwendungen nicht korrumpieren. Als Kirchenfunktionäre Anfang des Jahres auf die Idee gekommen waren, in Berliner Schulen Faltblätter, heutzutage Flyer geheißen, auszulegen, mit denen für den Religionsunterricht geworben werden sollte, war erst einmal Ende der Fahnenstange. Nein, als Skandal wurde dieser Vorgang öffentlich mitnichten behandelt. Dennoch wurden die Aktivisten zurückgepiffen. Da konnte ihnen nicht einmal ihr Bischof helfen.

Ach, ja, außerdem wurde im Berichtszeitraum noch die Fußball-WM-Serie »Pleiten, Pech und Pannen« gestartet: Die in Berlin geplante Eröffnungs-Gala fällt aus, der Rasen wäre hinterher womöglich nicht rechtzeitig verfügbar, verlautete vom FIFA-Thron in Zürich. Vielleicht war das gelogen, vielleicht auch nicht. Auf jeden Fall aber keimt, was deutsche Fußball-WM-Angelegenheiten angeht, Hoffnung – *Das Blättchen* brachte diese Hoffnung auf den Punkt: Wenn Deutschland (gemeint ist natürlich immer die deutsche Fußballmannschaft) rechtzeitig ausscheide, blieben uns nationale Besoffenheiten weitgehend erspart. Wäre das nichts? Ein Anfang ist jedenfalls gemacht. Gruß nach Zürich und Dank.

**Thomas Bach (Hrsg.):
Schelling in Rußland. Die frühen
naturphilosophischen Schriften
von Daniil Michajlovic Vellanskij
(1774-1847), Basilisken-Press
Marburg/Lahn 2005, 344 S. (64 €)**

Längst schon gilt der kleine Marburger Verlag des unermüdlischen Armin Geus unter den Liebhabern der wissenschaftshistorischen Kulturgeschichte als Insideradresse für das besondere Thema, für das Kunstvolle im Historienfluß der philosophischen und wissenschaftlichen Ideenwelt, kurz: für die Rosinen im Kuchen der ja kaum noch überschaubaren Spezialarbeiten zur Geschichte von Philosophie und Wissenschaft. Auch die vorliegende Arbeit zur Wirkungsgeschichte Schellings in Rußland gehört zu diesen Besonderheiten, wobei der größte Teil der hier bearbeiteten russischen Originalschriften erstmals ins Deutsche übersetzt worden ist. Wer die romantisch-naturphilosophische Literatur des einsetzenden 19. Jahrhunderts kennt, weiß um die Schwierigkeit eines solchen Vorhabens. Larisa Shumeiko, Thomas Bach und Siegfried Kratzsch ist es vorzüglich gelungen, einen lesbaren Text herzustellen, wengleich die spezielle Begrifflichkeit gerade dieses Kapitels naturphilosophischen Denkens (differente Totalität, tierischer Magnetismus, der dynamisch akzidentielle Prozeß etc.) vielleicht doch die eine oder andere Erläuterung durch Fußnoten oder ein kommentierendes Schlagwortverzeichnis verdient hätte. Das ist aber die einzige kritische Anmerkung, die der Rezensent mit Rücksicht darauf macht, daß neben dem Fachphilosophen gewiß Historiker verschiedenster Spezialrichtungen gern zu diesem Büchlein greifen werden.

Im Mittelpunkt der Abhandlung steht der in der ukrainischen Stadt Borzno im Gouvernement Cernigov geborene Arzt und Naturphilosoph Daniil Michajlovic Vellanskij (1774-1847). Aus einfachen Verhältnissen stammend, fiel er früh schon durch außergewöhnliche Begabung auf und wurde in das Kiewer Priesterseminar aufgenommen, um bald schon in St. Petersburg eine militärische Laufbahn einzuschlagen. 1796 ging er an die Medizinisch-Chirurgische

Schule am Zweiten Infanterie-Hospital in St. Petersburg und wurde 1802 vom Collegium medicum zum Auslandsstudium vorgeschlagen. Vellanskij begab sich zunächst nach Jena, wo Schelling und Steffens wirkten, und folgte 1803 Schelling nach Würzburg. Hier traf er mit Lorenz Oken zusammen, der ihn mindestens ebenso beeinflusste wie Schelling. Der deutschen Sprache vorzüglich mächtig (der Medizinunterricht in St. Petersburg erfolgte in deutscher Sprache!), mußte er bei der Abfassung seines auch in vorliegendem Bande im Mittelpunkt stehenden Hauptwerkes »Pro-lusion zur Medizin als Grundwissenschaft« (St. Petersburg 1805) zu guten Teilen selbst sprachschöpferisch tätig werden, um die Sprache Schellings mit der bis dato gewohnten russischen philosophischen Terminologie in Einklang zu bringen. Die Rückübertragung ins Deutsche durch Shumeiko und Bach stellt unter dieser Voraussetzung selbst eine eigene schöpferische Leistung dar, für die man angesichts der Lesbarkeit des Produktes nur den Hut ziehen kann.

Doch ein Daniil M. Vellanskij ist in der deutschen philosophiegeschichtlichen Literatur kaum bekannt. Die Recherchen von Thomas Bach förderten manche Überraschung zutage. So ist in der deutschen Ausgabe der Schelling-Biographie Arsenij Gulygas 1982 gerade das Kapitel über die russische Schellingrezeption weggelassen. Auch die neueste Schelling-Biographie von Xavier Tilliette (Stuttgart 2004) nennt ihn nicht, während er von Victor Terras in der Routledge Encyclopedia of Philosophy (London, New York 1998) als russischer Schellingianer Erwähnung findet. Ausführlich hat Alexandre Koyré bereits 1929 Vellanskij's Rolle innerhalb der russischen Philosophie abgehandelt, und 1980 legte Z. A. Kamenskij seine Betrachtungen zur russischen Geschichts- und Kunstphilosophie der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor, in denen Vellanskij's Verdienste auch auf jenen Erkenntnisfeldern gewürdigt wurden. Beide Schriften liegen jedoch eine ganze historische Epoche zurück; und die Einblicke in den »russischen Schellingismus« sind seither durch neuere Forschungen erheblich erweitert worden, so in dem 1998 von Vladimir Fedorovic Pustarnakov in St. Petersburg edierten Sammelband über die »Philosophie Schellings in Russland«. Doch

die neuere russische wie ukrainische philosophiehistorische Forschung gehört, soweit nicht ins Englische übertragen, nicht unbedingt zu den Rezeptionsgebieten hiesiger philosophischer Institutionen. So bildet, nach einem die Wirkungsgeschichte der Naturphilosophie Vellanskijs wie die Forschungslage zum Schellingismus in Rußland skizzierenden Vorwort Thomas Bachs, die von Larisa Shumeiko vorgelegte umfangreiche Darstellung von Leben und Werk Vellanskijs für den deutschen Leser fraglos die erste ausführliche Begegnung mit dieser vielseitigen und wirkungsmächtigen Denkerpersönlichkeit der russischen wie ukrainischen Geistesgeschichte, und sie stellt zugleich die erste ausführliche, auf neue Forschungen gegründete Lebens- und Werkanalyse Vellanskijs dar. Wer sich dann noch an der Originalität dieses spezifischen Schellingismus erfreuen will, lese neben dem Hauptwerk Vellanskijs, der Prolusion, noch dessen Dissertation, das Programm für den Physiologieunterricht an der St. Petersburger Medizinisch-Chirurgischen Akademie (Vellanskij zusammen mit Petr A. Zagorskij), das »Schema des Universums« in der Sicht Vellanskijs sowie einige ausgewählte Briefe Vellanskijs, unter anderem an seinen Förderer Fürst Vladimir Fedorovic Odoevskij, die in diesem Bande aufgenommen sind.

Vergleicht man die Wirkungsgeschichte des Schellingschen Werkes auf die Medizin in Deutschland mit der im damaligen Rußland, werden prinzipielle Übereinstimmungen, aber auch wichtige Unterschiede deutlich. Übereinstimmend ist wohl die auf Dauer ablehnende Haltung zu einer im Schellingschen Sinne anzugehenden Theorie- und Unterrichtsreform der Medizin und Naturwissenschaft. Über die anregende Rolle Schellings, aber auch Okens und Steffens auf die bestimmenden Geister der Zeit kann man kaum pauschal urteilen, sondern das zeigt sich eigentlich nur bei einem subtilen Vergleich der Gedankenentwicklung der damals führenden Mediziner, wenn sie ihren Übergang zu romantischen Positionen begründet haben wie zum Beispiel Johann Christian Reil, der allerdings entgegen der Behauptung im Buch (S. 7) zumindest in seiner vorromantischen Periode kein Vitalist gewesen ist. Daß hier noch eine ganze Menge zu erkunden ist, zumal der Ruf der Schellingschen

Naturphilosophie in der deutschen Philosophiegeschichte wie auch in der Geschichte von Naturwissenschaft und Medizin eine systematische Abwertung erfahren hat, muß dabei ausdrücklich hervorgehoben werden. Larisa Shumeiko konzentriert sich deshalb zu Recht auf eine Diskussion der damaligen Stimmen zu Vellanskijs und Schellings Naturphilosophie und überläßt ein endgültiges Urteil weiteren Forschungen. Die Unterschiede zur deutschen Romantik in Medizin und Naturwissenschaft müßten dort liegen, wo die deutschen Ärzte die Thematik der Sozialmedizin sowie die Frage nach der Natur seelischer Erkrankungen verstärkt in den Vordergrund gerückt haben, was mir aus der Lektüre der Schriften Vellanskijs nicht hervorzugehen scheint – weder in der Prolusion noch in den 25 philosophischen und medizinischen Thesen (S. 298-302). Übrigens hat Vellanskij die relative Wirkungslosigkeit seiner Überlegungen gelegentlich selbst so empfunden und seine Zweifel geäußert, ob es gelingen werde, die in der russischen wissenschaftlichen Kultur dominierende französische Philosophie zurückzudrängen.

Alles in allem eine sehr anregende Schrift – der Rezensent dankt für einen genüßlichen Nachmittag.

REINHARD MOCEK

Anne Applebaum:
Der Gulag, Goldmann Verlag
München 2005, 734 S. (14 €).

Vor gut zwei Jahren erregte Anne Applebaum mit ihrem Buch »Der Gulag« großes Aufsehen. Für die erste systematische Darstellung des sowjetischen Lager- und Zwangsarbeitersystems wurde die renommierte Journalistin 2004 mit dem Pulitzerpreis geehrt. »Der Gulag« ist jetzt auch als Taschenbuch erschienen.

Von 1929 bis zu Stalins Tod 1953 haben ungefähr 18 Millionen Menschen das Lagersystem durchlaufen. Neueste Schätzungen gehen dabei von bis zu 4,5 Millionen Opfern aus, die Hunger, Zwangsarbeit und sibirische Winter gefordert haben. Der westlichen Öffentlichkeit ist der »Gulag« (Glawnoje Uprawlenije Lagerj – Hauptverwaltung Lager) als System von

Straf- und Arbeitslagern, das sich über das gesamte Gebiet der ehemaligen Sowjetunion erstreckte, erstmals durch Alexander Solschenyzyins »Archipel Gulag« bekannt geworden.

Struktur, Organisation und Standorte des Gulag sind heute gut dokumentiert. Sie zeigen, dass Stalins System der Zwangsarbeit in unwirtschaftlichen Regionen zu einem eigenständigen Wirtschaftszweig wurde. Nur so war es möglich, Bodenschätze jenseits des Polarkreises zu fördern, den Eismeer-Kanal zu realisieren oder das Eisenbahnnetz nach Sibirien auszuweiten.

Anne Applebaum stand für ihre Recherchen erstmals die Archive der russischen Geheimdienste zur Verfügung, aus denen sie eine Unzahl an Dokumenten der Verwaltungen, aber auch der Lagerinsassen zitiert.

Sie unternimmt in ihrer Darstellung einen ebenso interessanten wie gelungenen Versuch. Zwei große Abschnitte zum Ursprung des Gulag (1917-1939) sowie zu Aufstieg und Fall des Lager-Industrie-Komplexes (1940-1986) umrahmen eine umfassende Darstellung des alltäglichen Lebens als Häftling und Wärter. Anne Applebaum rekonstruiert das Leben von der – häufig willkürlichen – Verhaftung, zeigt Vernehmung, Folter, Transport und schildert den Alltag in den meist sehr unwirtschaftlichen Lagern im eisigen Norden oder asiatischen Steppen.

Sie dokumentiert die Lagerverwaltung vor Ort, den jahrzehntelangen Kampf zwischen politischen Gefangenen und Kriminellen um die Vorherrschaft und zeigt außergewöhnliche Lager, in denen Techniker und Naturwissenschaftler im Dienst der sowjetischen Wissenschaft forschten.

Bei allem Wahnsinn (Hungersnöte, Epidemien oder Massenvergewaltigungen) in den Lagern herrschte fast so etwas wie Normalität. Beziehungen wurden geschlossen, Kinder – wenn auch unter menschenunwürdigen Bedingungen – geboren und aufgezogen, sogar kulturelles Leben existierte gar nicht so selten.

Spätestens mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und der konsequenten Umstellung auf Rüstungsproduktion hatte die Sowjetführung auch ein Interesse am Überleben der Häftlinge. Massenexekutionen, wie sie zur Zeit des Großen Terrors an der Tagesordnung waren, wurden seltener.

In den verschiedenen Epochen der sowjetischen Geschichte unterlag auch der Gulag stetigem Wandel. Stalin, Berija und später auch Andropow sahen hartes Durchgreifen gegen »staatsfeindliche Elemente« als unumgänglich an. Massenverhaftungen und regelmäßige »Säuberungen« des politischen Apparats waren die Folge, vor allem in den 30er Jahren in Kombination mit Schauprozessen und Exekutionen. Allerdings ging die ökonomische Bedeutung des chronisch defizitär wirtschaftenden Gulags stetig zurück. Stalins ehrgeizige Großprojekte wie der Weißmeer-Kanal, bei dem 300 000 Zwangsarbeiter ihr Leben verloren, waren nicht mehr zu finanzieren und wirtschaftlich unrentabel.

In den »Tauwetter«-Perioden unter Chruschtschow und Breschnew ging auch die Anzahl der Gefangenen deutlich zurück. Aber erst Gorbatschow erließ 1986 eine Generalamnestie für politische Gefangene, was nach fast 60 Jahren das Ende des Zwangssystems bedeutete. Anne Applebaum widmet der heutigen Bedeutung des Gulag einen eigenen Abschnitt. Während ihrer Recherchen stieß sie immer wieder auf eine Mauer des Schweigens. Nur einer kleinen Minderheit ist das Thema heute noch wichtig.

Lässt sich der Gulag mit anderen Unrechtsstrukturen des 20. Jahrhunderts vergleichen? Anne Applebaum ist skeptisch, sieht aber den zentralen Unterschied zum KZ-System des Nationalsozialismus darin, dass der Gulag als System zur Zwangsarbeit, nicht jedoch als Vernichtungslager konzipiert worden sei. Einschränkung stellt sie allerdings fest, dass es Phasen gab, in denen massenhaftes Sterben in den Lagern durch die Administration zumindest billigend in Kauf genommen wurde. Zu Recht stellt sie fest, dass der Historikerstreit bei der Bewertung nicht hilfreich ist.

Anne Applebaum ist ein ebenso beeindruckendes wie bedrückendes Buch gelungen. Ihre Bemühungen, das alltägliche Leben der Betroffenen zu ergründen, lassen die Geschichte menschlich werden. Wer sich für russische Zeitgeschichte oder Totalitarismus interessiert, kommt an »Der Gulag« nicht vorbei.

BERT GROSSE

Robert Foltin:
Und wir bewegen uns doch.
Soziale Bewegungen in Österreich,
Edition Grundrisse Wien 2004,
352 S. (18 €)

Robert Foltin stellt mit seinem Buch eine faktenreiche Geschichte der neuen sozialen Bewegungen in Österreich vor. Parallel dazu geht er auf die Ereignisse und Entwicklungen der *großen* österreichischen und internationalen Politik ein – soweit sie Auswirkungen auf die Entstehung, das Wirken oder den Zerfall der verschiedenen sozialen Bewegungen in Österreich hatten. Mit Definitionsfragen hält sich Foltin, der ausdrücklich keine akademische Arbeit liefern will, sympathischerweise nicht lange auf, er begreift die neuen sozialen Bewegungen als Produkt *und* als Ursache der Krise des fordistischen Modells: Durch die Expansion des staatlichen Sektors (der in Österreich noch größer ist als in der BRD), die Krise der patriarchalen Kleinfamilie und eine allgemeine kulturelle Liberalisierung wurden die Bedingungen für abweichende Lebensstile und Politikmodelle besser.

Foltins Blickwinkel wird dabei von seinem fast 30 Jahre währenden Aktivismus in der undogmatischen radikalen Linken geprägt. Folglich nehmen gesellschaftliche Konflikte, an denen diese Strömung der Linken aktiv(er) beteiligt war, einen größeren Raum ein als andere. Foltin referiert »1968«, die kommunistischen Gruppen, die Entstehung von Kinderläden und die Kämpfe um Wohnhäuser und politisch-kulturelle Zentren. An anderen Auseinandersetzungen außerhalb Wiens – etwa gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf oder das Wasserkraftwerk in Hainburg – beteiligten sich auch andere, gemäßigttere Strömungen. Das Buch hat jedoch eine gewisse geografische Schlagseite, finden doch die meisten der referierten Ereignisse in Wien statt, der Rest des Landes wird kaum berücksichtigt.

Die besonderen Bedingungen linker Politik in Österreich dürfen bei der Lektüre nie aus den Augen verloren werden: Die Arbeiterklasse war noch mehr verstaatlicht als in Deutschland, es gab eine absolut moskautreue Kommunistische Partei (die KPÖ), die Grünen

waren nur in den ersten ein, zwei (und nicht wie die Grünen in der BRD, die ersten neun, zehn) Jahre links. Geschichtspolitische Kontroversen, etwa zur Vergangenheit des Bundespräsidenten Waldheim, spielen und spielen in der politischen Linken eine Rolle. Die Nationalideologie begreift Österreich, das ja lange weder in der NATO noch in der Europäischen Union war, als erstes Opfer des Nationalsozialismus. So konnten unter dem Vorwand, man sei 1938 ja schließlich von Deutschland besetzt worden, die Zeit des aktiven und breiten nationalsozialistischen Mituns erfolgreich »bewältigt« werden.

Breiten Raum nehmen die Proteste gegen die schwarz-blaue Regierung im Jahre 2000 und die sogenannte Globalisierungsbewegung ein. Diese begreift Foltin in Anlehnung an Negri/Hardt als Multitude und knüpft große Hoffnungen an sie, da durch diese beiden Bewegungen eine gewisse Neubegründung linker Politik in formaler und inhaltlicher Hinsicht passiert sei. Eine Chronologie sowie ein nützliches Literatur- und Zeitschriftenverzeichnis schließen den Band ab, der insgesamt als ein gelungener Überblick bewertet werden kann, der die Leserinnen und Leser in die teilweise fremd anmutende, teilweise allzu bekannte kleine Welt der linken Opposition in einer postfaschistischen Gesellschaft führt.

BERND HÜTTNER

Dieter Kelp, Jürgen Widera:
Rheinhausen ist überall.
Kirche als Anwalt der kleinen
Leute, Neukirchener Verlagshaus
2005, 272 S. (14,90 €)

15000 Menschen, ein Walzwerk, ein Meer aus Gewerkschaftsfahnen. Auf der Bühne predigen Pfarrer den Brecht. Die Villa auf dem Hügel ist in Gefahr, »wenn die Hütte in der Ebene bedroht ist.« Weihnachten 1987: Das Krupp Stahlwerk in Rheinhausen soll geschlossen werden. Es folgt ein sechs Monate langer Arbeitskampf. Der Konflikt wird zum landesweiten Medienereignis. Rockstars, Schauspieler und Politiker solidarisieren sich. Die Breite der gesellschaftlichen Unterstützung erreicht ein nie gekanntes Ausmaß.

»Rheinhausen ist überall« stand damals auf den Transparenten und ist der Titel einer neu erschienenen Dokumentation, die den legendären Arbeitskampf aus heutiger Sicht noch einmal Revue passieren lässt. Die Autoren Jürgen Widera und Dieter Kelp sind evangelische Pfarrer. Pfarrer Kelp wurde bekannt, als er Anfang der 90er Jahre als Parteiloser für die PDS in den Bundestag einziehen sollte. Die Plakate waren schon gedruckt, aber dann wurde daraus doch nichts. Als gebürtiger Österreicher brauchte Kelp erst einmal einen deutschen Pass und das ging nicht so schnell. Später fuhren die Pfarrer Kelp und Widera mit vielen anderen Arbeitskämpfern u. a. zu den Kalikumpeln nach Bischofferode, um diese mit ihren Erfahrungen zu unterstützen. Davon hatten sie reichlich im Konflikt um den Erhalt des Rheinhauser Stahlwerkes sammeln können.

Damals in Rheinhausen konnte eine neue Bewegung beobachtet werden: Die Kirchen traten erstmals ganz deutlich an die Seite der Beschäftigten. Und sie taten dies mit ungewöhnlicher Parteilichkeit. Die Gemeinden und ihre Pastoren betrieben dabei keine Opferhilfe, kein Seelenstreicheln als Befriedungsstrategie, sondern ermutigten die Beschäftigten zur Gegenwehr. Der kirchliche Einsatz war für die Ausstrahlung des Arbeitskampfes von wesentlicher Bedeutung. Kein Wunder, dass die prominente Rolle der Pastoren Kritik herausforderte. Diese kam aus der Kirche, der Politik, aber auch von Gewerkschaftern. Große Teile des Betriebsrates konnten mit den »Pfaffen« zunächst wenig anfangen, und jene Funktionäre der IG Metall, die den Konflikt lieber ganz schnell runterfahren wollten, sahen sich in ihrem Vertretungsmonopol angegriffen. Kulturell und politisch ging vielen Akteuren die Situation völlig gegen den Strich.

In ihrem Buch lassen die beiden Pfarrer die Beteiligten zu Wort kommen. Es tritt eine bunte Truppe auf, die vom Manager über den CDU-Spitzenpolitiker bis zum ehemaligen DKP-Funktionär Norbert Arndt reicht. Da ist der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der seinerzeit stark angefeindet wurde und jetzt die Kirchen seinerseits dafür kritisiert, zu wenig systemkritisch, ja viel zu leise zu sein. Oder der ehemals starke Mann der NRW-SPD, Friedhelm Fahrtnmann. Er verur-

teilt noch heute barsch die Einmischung der Pastoren. »Sie haben für die Seligkeit der Menschen zu sorgen, für sonst nichts ... « Mit dem früheren NRW-Landesbezirksleiter Peter Gasse findet sich ein langjähriger IG Metall-Funktionär, der zugibt, dass man zu Beginn die Pfarrer als »Figuren ohne Verantwortung ... die ihre Show abzogen« ansah. Eine Einschätzung, so Gasse heute, die »grundfalsch« war.

Das Krupp Stahlwerk konnte nicht erhalten werden. Doch es gelang erstmals, einem Unternehmen Zusagen für die Ansiedlung von Ersatzarbeitsplätzen abzurufen. Und: Der Arbeitskampf in Rheinhausen hat einen Wandel bei Kirche und Gewerkschaft eingeleitet. Aus einem Bündnis, welches mit viel Misstrauen begann, wurde Freundschaft. In den Jahren nach Rheinhausen gab es keinen Arbeitskampf, keine Maifeier ohne die Pastoren des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA). Ein monatliches politisches Nachtgebet veranstalten seitdem die Vertrauenskörper der großen Stahlbetriebe gemeinsam mit KDA und KAB. Die IG Metall tagt in kirchlichen Räumen, man arbeitet in Sozialbündnissen zusammen, organisiert Seminare und Freizeiten. Rheinhausen war eine wegweisende Pionierleistung in Sachen Kooperation von Gewerkschaften mit der Zivilgesellschaft. Die damals gesammelten Erfahrungen können und sollten für heutige Problemstellungen nutzbar gemacht werden. Dazu leistet »Rheinhausen ist überall« einen wichtigen Beitrag, und es ist zudem ein wirklich amüsantes und kurzweiliges Lesevergnügen.

JURI HÄLKER

Klaus Müller:
Mikroökonomie – kritisch und praxisnah, mit Aufgaben, Klausuren und Lösungen,
GUC-Verlag Chemnitz 2004,
450 S. (24,95 €)

»Bobbys Heimtiercenter ermittelt die Nachfragefunktion für weibliche weiße Ratten mit $p = 21 - 1/3x$. Wieviel Ratten würden nachgefragt, wenn das niedliche Tierchen 10 € ko-

stet?« (S. 169) Die Antwort findet sich auf S. 388 und lautet: »33 Ratten«. – Dies ist eine typische Übungsaufgabe der Mikroökonomie. So oder so ähnlich sind sie alle formuliert. Die Lösung erhält man durch einfache oder partielle Differentiation, durch das Lösen verschiedener Gleichungen oder ganz einfach mittels einer Formel, die irgendwo im Text des Lehrbuches versteckt ist. Auch die Texte ähneln sich in ihrer Struktur und Anlage. Egal, ob man das Lehrbuch von Schumann, Stobbe, Woll, Varian, Böventer, Franke, Reiß, Wiese oder Mankiw zur Hand nimmt: Immer geht es um volkswirtschaftliche Grundbegriffe und fundamentale ökonomische Zusammenhänge, um die Theorie der Nachfrage der privaten Haushalte und des Güterangebots der Unternehmen, um Marktformen und Preisbildung, Wettbewerb, Monopol, Oligopol und Konkurrenz. Unterscheiden tun sie sich lediglich im Grad der Formalisierung ökonomischer Zusammenhänge und hinsichtlich ihres theoretischen Anspruchs, was letztlich aber auf dasselbe hinausläuft.

Anders jedoch das hier bereits in dritter Auflage vorliegende Lehrbuch des sächsischen Autors Klaus Müller. Es weist in Struktur und Inhalt einige Besonderheiten auf, auf die es sich lohnt, näher einzugehen. So ist es unter allen bekannten Lehrbüchern der Mikroökonomie wohl das einzige Werk, das neben den bekannten Großmeistern der klassischen und neoklassischen Ökonomie Smith, Marshall, Jevons, Samuelson usw. auch Theoretiker wie Marx und Ota Šik zitiert und worin selbst Viviane Forrester, Alfred Lemnitz, Günter Fabiunke, Herbert Meißner und Robert Kurz genannt werden. Ja, selbst Sahn Wagenknecht taucht in einer Fußnote auf. Neben *Handelsblatt*, *FAZ* und *Zeit* findet ganz selbstverständlich auch das *Neue Deutschland* als Quelle Erwähnung – ein Pluralismus, der ebenso ungewöhnlich wie abwegig anmutet, der eigentlich aber ganz normal sein sollte in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Der Autor macht damit deutlich, daß er zwar gewillt ist, dem theoretischen Grundmodell des Mainstream zu folgen, dies aber nicht bis in alle Verästelungen und Fußnoten hinein und vor allem nicht unkritisch, wie zahlreiche Passagen des Buches belegen. Wodurch sich die vorliegende Ausarbeitung von ähnlichen Dar-

stellungen unterscheidet, ist vor allem »die kritische Sicht auf den Teil der Welt, den die mikroökonomische Lehre abzubilden versucht« und zugleich, wie das eingangs angeführte Beispiel zeigt, »eine gewisse heitere Distanz zur trockenen Ernsthaftigkeit, mit der in neoliberalen Vereinfachungen die ökonomische Wirklichkeit (v)erklärt wird«. So steht es jedenfalls im Vorwort.

Mit seiner Darstellung verfolgt der Autor darüber hinaus aber noch andere Ziele. So will er zeigen, daß das »neoliberale Projekt«, welches die theoretische Ökonomie »zu einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplin, ähnlich der Physik, genauer vielleicht der Mechanik oder Hydrodynamik, zu machen« versucht, zwangsläufig scheitern muß, denn komplexe sozialökonomische Systeme wie die Volkswirtschaft lassen sich nun mal nicht »mit einfachen algebraischen Formeln beschreiben«. Eigentlich bräuchte man dafür eine ganz andere Theorie. Da diese aber derzeit nicht verfügbar ist, muß man sich einstweilen an die Hauptthesen der offiziellen Lehre des Mainstream halten, »doch geschieht dies kritisch und in Konfrontation zur Realität«, betont Müller im Vorwort. Und er hält sich daran, ebenso wie an sein pluralistisches Grundverständnis der ökonomischen Theorie. Ausdruck dessen ist zum Beispiel, daß er an verschiedenen Stellen seines Buches theoretische Exkurse einfügt, die das Ziel haben, den Studierenden zu zeigen, wie bestimmte Fragen von verschiedenen Theorien durchaus unterschiedlich beantwortet werden. Entsprechende Übersichten, wie zum Beispiel auf S. 35 f., sollen den Lesern dabei den Zugang zu den einzelnen Theoriesträngen und das Verständnis bestimmter theoretischer Ansätze erleichtern. Als hilfreich erweisen sich dafür auch die theoriegeschichtlichen Exkurse im Text. So kann sich der interessierte Leser nach den ermüdenden Ausführungen über die Bestimmung der Grenzrate der Substitution als dem umgekehrten Verhältnis der Grenznutzen bestimmter Güter, dargestellt anhand von Harzer Käse und Ungarischer Salami (S. 116), bei der Erörterung einiger Überlegungen Thomas von Aquinos und Aristoteles' zum »gerechten Preis« erholen, bevor der Text mit der grenznutzenbestimmten Erklärung des Preises fortfährt und Indifferenzkurven und Budgetgerade die Aufmerksamkeit fesseln.

Die Kritik des Autors am Kapitalismus, am »reinen Modell« der Marktwirtschaft sowie an den wirtschaftspolitischen Fehlern der Gegenwart zieht sich durch das gesamte Buch hindurch. Sie findet sich sowohl explizit in entsprechenden Abschnitten (S. 80 ff., 130 ff., 266 ff.) als auch implizit, enthalten in distanzierenden Formulierungen, kritischen Fragestellungen und witzigen Beispielen und Übungsaufgaben. Wenn es aber stimmt, daß »die herrschende Lehre« die realistische sozialökonomische Analyse, die eigentlich angestrebt wird, durch »Glasperlenspiele« ersetzt und die »in einer hoch entwickelten mathematischen Geheimsprache konstruierte ›logische‹ Scheinwelt, in der das anonyme Marktgeschehen auf harmonischste Weise alle wirtschaftlichen Probleme lösen könne«, eine an Trivialität kaum zu überbietende Vorstellung ist, dann gilt dies in bestimmtem Maße auch für dieses Buch. Denn trotz seiner kritischen Diktion und seiner pluralistischen Form ist es Bestandteil der »herrschenden Lehre« und bedient sich – selbstredend – der formalen Darstellung. Der Unterschied zu ähnlichen Werken reduziert sich mithin auf den kritischen Akzent der Darstellung und den Grad der thematischen Abstraktion. Immerhin etwas, weshalb sich die Lektüre lohnt. Und dies keineswegs nur für Studenten der Ökonomie.

ULRICH BUSCH

Jürgen Meier:

»Eiszeit« in Deutschland

(Einsprüche 16),

Verlag Westfälisches Dampfboot

Münster 2005, 186 S. (15,90 €)

Jürgen Meier, freier Journalist, Autor von Rundfunk-, Film-, Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen, unter anderem auch für dieses Blatt, steht ein breitgefächertes Instrumentarium zur Verfügung, um in den Tiefen der Gesellschaft die Tendenzen einer meist nicht gerade menschenfreundlichen Entwicklung aufzuspüren und freizulegen: Kapitalanalyse ebenso wie (Moral-)Philosophie, Sozialpsychologie ebenso wie Ästhetik und Kunsttheorie. Meier schert sich wenig um die Gebräuche im akademi-

schen Bereich, wo trotz aller postulierter Aufgeklärtheit vieles immer noch nebeneinander existiert oder aber postmodern durcheinandergerrührt wird. Meier kann mit seinen Instrumenten umgehen.

Dieses Mal hat er mit ihnen Hand an den deutschen Zustand angelegt: »Eiszeit« in Deutschland«. Meier interessieren die Beziehungen der Menschen untereinander in Zeiten bewußt herbeigeführten Gesellschaftszerfalls. Er untersucht das, was er »bürgerliche Moral« nennt, und diskutiert, wie weit die ohne Ethik auskommt. »Sprechen wir heute von der Arbeitsmoral, so stellen wir mit diesem Begriff lediglich fest, mit welchem Einsatz und Elan die Menschen ihre tägliche Arbeit verrichten. Wenn es erst allgemein Sitte geworden ist, dass Menschen in 1-Euro-Jobs arbeiten, Tarifverträge der Vergangenheit angehören, dann empfinden die Menschen, die von diesen Tatsachen nicht unmittelbar betroffen sind, diesen Zustand als völlig normal. Die Form der bürgerlichen Moral hat sich damit verändert, deren Devise lautet dann: Hauptsache Arbeit.« (S. 11 f.)

Im Abschnitt »Wer hat Angst vor Bürokraten?« behandelt er Karrieremechanismen, denen Politiker unterworfen sind – auch für linke Politiker nicht ganz unheikel. Meier versucht zu umreißen, wie der Politikerberuf bürokratisiert wurde und der Politiker aufgehört haben, als Citoyen ein eigenes politisches Programm zu verfolgen. »Der Citoyen scheint ein über der Gesellschaft schwebendes Wesen zu sein, dessen Aufgabe allein die Hinwendung des menschlichen Trachtens auf das ›Allgemeinwohl‹ (Gerhard Schröder) ist, das alle gesellschaftlichen Interessen miteinander zu versöhnen hat. Mit dem Hinweis auf das ›Allgemeinwohl‹ versucht der moderne Bürokrat den Schein eines ethischen Feldherren zu mimen, der aber nichts anderes tut, als die jeweilig herrschende Moral den herrschenden Markt- und Kapitalbedingungen anzupassen.« (S. 30)

Aber Meier sieht nicht nur Verfall und meidet auch wohltuend die linke Larmoyanz über die Schlechtigkeit der Welt. Statt dessen zeigt er nüchtern, wie spontan immer aufs Neue das Bedürfnis entsteht, Wege aus der sozialen Kälte zu finden.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Rosa Luxemburg und die Diskussionen der Linken in der Gegenwart

Internationale Konferenz am 3. und 4. März 2006 in Berlin

Das Programm der internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz steht. Zahlreiche in- und ausländische Gäste haben ihr Kommen zugesagt. An der Konferenz werden u. a. teilnehmen: *Annelies Laschitza* (Berlin), *Tanja Stolokken* (Oslo), Prof. em. *Georg Fülberth* (Marburg), Prof. *Michael R. Krätke* (Amsterdam), Prof. Dr. *Dorothea Schmidt* (Berlin), Prof. *Jakow Drabkin* (Moskau), *Gilberto Lopez y Riva* (Mexiko-Stadt), Prof. *Roland Roth* (Magdeburg), *Isabel Loureiro* (Sao Paulo), *Edgardo Lander* (Venezuela), *Pablo Slavin* (Argentinien), *Claire Villiers* (Frankreich) sowie *Mimmo Porcaro* (Italien).

Eröffnet wird die Konferenz mit einer Lesung der Malerin Heidrun Hegewald. Die Gäste werden in 4 Modulen und 7 Foren zu verschiedenen Themen referieren.

Die Titel der Module sind:

- Modul 1** »Rosa Luxemburg in ihrem historischen Kontext und ihre Bedeutung heute«
- Modul 2** »9 Fragen zum Kapitalismus«
- Modul 3** »Mit lebendigen Klassenverhältnissen rechnen – Strategie und Taktik politischen Kampfes in der Tradition Luxemburgs«
- Modul 4** »Eine neue Linke ist möglich! Rosa Luxemburgs Vision einer demokratisch – sozialistischen Linken«

Als Begleitprogramm zur Konferenz werden zwei Ausstellungen, »Rosa Luxemburg« und »Rosa Luxemburg in der bildenden Kunst und in Büchern« sowie die Aufführung des Films »Rosa Luxemburg« (Regie: Margarete von Trotta) angeboten.

Ferner werden Filme von Studierenden der Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf« Potsdam-Babelsberg gezeigt. Studierende der Hochschule für Schauspielkunst »Ernst Busch« werden Szenen aus dem Stück »Rosa« von Florian Havemann gestalten. Freitag gibt es im Abendprogramm ein Solokonzert mit Hans-Eckardt Wenzel mit dem Titel »Lieder und Texte«. Der Eintritt zum Konzert ist frei.

Konferenzort:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzraum 1. Etage
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Kontakt:

Dr. Wolfgang Bey, Tel.: 030 / 44310 161, E-mail: bey@rosalux.de

Weitere Informationen zum Programm unter www.rosalux.de

MARCUS HAWEL
 Negative Critique and a Certain Negation
 Concerning the Practical Side of Critical
 Theory

Reflecting upon the relationship between theory and practice, the author finds that theory presents its practical side, and does so, above all, negatively because it must deny a certain practice while, simultaneously, adjusting itself to it. Theory has to be critical – fighting against abstract utopia as well as against »real politics«.

SASCHA LIEBERMANN
 Freedom is a Challenge, not a Land
 of Milk and Honey

This article is in answer to Ulrich Busch's critical view of the concept of a Guaranteed Basic Income (UTOPIE kreativ No. 181, November 2005; for the beginning of the discussion see No. 176, June 2005). The author especially discusses what he sees as the common points between the government's »workhouse«-policy and those who criticize it.

SIEGFRIED PROKOP
 Ernst Bloch and Wolfgang Harich in 1956

The author reflects upon the close friendship and contrary discussions that took place between Ernst Bloch and Wolfgang Harich, two of the bestknown communist critics of the course taken by the SED, especially following the XX. Congress of the CPSU in February, 1956. He recalls their common efforts to publicly discuss the subsequent development of socialism.

WOLFGANG HARTMANN
 The »Noel Field Case«

The author presents Bernd-Rainer Barth's two-volume-book »Der Fall Noel Field« which presents 161 documents describing the period Noel Field spent in socialist prisons (1949-1954) and lived in Hungary (1954-1970), as well as brief biographies of 57 persons implicated in the »Noel Field Case« which served as an unprecedented vehicle for launching the major show trials against leading communists in Eastern Europe.

GERHARD WAGNER
 Between Moonlight and Gaslight
 Heine and the Aesthetics of the Industrial Age

The author discusses Heinrich Heine's (1797-1856) works as very relevant in today's context. He describes Heine as an eyewitness of the »double revolution« (Hobsbawm) – the 19th century industrial and political revolu-

tions – and as one of the rare multi-talented thinkers who were poets, as well as, writers and theoreticians and have much to contribute to the understanding of modern social contradictions.

RAINA ZIMMERING

Murder of Women and No Solution. The Women of Juárez

The major Mexican city of Juárez, near the US border, has become a cruel symbol of violence against women. The author discusses the structural links between the murders, on the one hand, of at least 400 women (600 are still missing) and, on the other, the oppression of ethnic minorities, the growth of the drug traffic and the economic and political deformations.

ERNESTO KROCH

A Big Experiment. In Uruguay, the Left Governs

The author discusses the results of Uruguayan politics since March 1st, 2005 when the Frente Amplio and the United Left government and its socialist president, Dr. Tabaré Vázquez actually took office. He describes the efforts being made in social, educational and foreign policies, to develop a new political course and takes a look into the economic contradictions.

JANE ANGERJÄRV

Discrimination of Women in Estonia

Estonia is one of the youngest members of the European Union. This – the author says – creates also a challenge in gender politics. There is discrimination against women, which stems from various sources: traditional and cultural stereotypes, the heritage of wages discrimination left over from the Soviet period, coupled with new forms that have arisen since the demise of the Soviet Union.

SASCHA WAGENER

Marx' Critique of Constitution

Looking into Karl Marx'critique of the French constitution of 1848 the author pleads for less bitterness on the Left in today's discussion of the European constitution. Marx, he maintains, was interested in those immanent tendencies in the French constitution, that could lead to new forms of public power – not in the rhetorical superstructure guaranteeing the property or the deployment of the military forces.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,

10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 16 27)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €